

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



49

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Verlag „Arbeit Zukunft“, **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart

Preis Deutschland 4,00 € - Österreich 4,50 € - Schweiz 5,00 CHF

Erste Auflage, Januar 2025

INHALTSANGABE

BURKINA FASO

Organisieren wir die Revolution im Lichte der Errungenschaften und Lehren des Volksaufstandes und im entschlossenen Kampf gegen die Illusionen der Putschisten5
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS

DÄNEMARK

Verstärkung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten9
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)

DEUTSCHLAND

Marxismus und Geschlecht14
ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

**Der notwendige Kampf für soziale Sicherheit und eine Garantie der Rechte:
Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs23**
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCT) DOMINIKANISCHE REPUBLIK

FRANKREICH

Über Volksmobilisierungen, die sich gegen die Ursachen des Klimawandels richten27
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS

INDIEN

Indiens Unterstützung Israels gegen die Bevölkerung von Gaza entlarvt Modis Regierung.....31
REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE

ITALIEN

Der Kampf gegen das Aufkommen eines autoritären Regimes in Italien35
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM - FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS ITALIENS

SPANIEN

Über die aktuellen Aufgaben41
KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS/ PCE (M-L)

TÜRKEI

China - imperialistisch oder guter Imperialismus?51
PARTEI DER ARBEIT (EMEP)

BURKINA FASO

FEIERLICHKEITEN ZUM 10. JAHRESTAG DER VOLKSERHEBUNG VOM 30. UND 31. OKTOBER IN OBERVOLTA, BURKINA FASO:

Organisieren wir die Revolution im Lichte der Errungenschaften und Lehren des Volksaufstandes und im entschlossenen Kampf gegen die Illusionen der Putschisten

Am 30. und 31. Oktober 2024 jährt sich der Volksaufstand zum zehnten Mal. Der Geist des Widerstands und des Kampfes ist noch immer fest in den Köpfen und im Gedächtnis des Proletariats, des Volkes und der Jugend des Volkes verankert, die sich ihrer Stärke in den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Verteidigungs- und Sicherheitskräften und insbesondere beim Sturz des diktatorischen Regimes von Blaise Compaoré bewusst wurden.

Dieser Geist zeigte sich im gesamten Staatsgebiet im siegreichen Widerstand gegen den faschistischen Militärputsch vom September 2015, der das finstere Ziel verfolgte, das gestürzte Regime, das durch den Volksaufstand vertrieben wurde, wiederherzustellen.

Die derzeitige Situation ist durch die vielschichtige Krise des neokolonialen Systems gekennzeichnet, die in einer Sicherheitskrise gipfelt, die das Land in einen reaktionären Bürgerkrieg gestürzt hat. Seit fast einem Jahrzehnt sind Tausende von Toten

unter den Verteidigungs- und Sicherheitskräften (FDS) und der Zivilbevölkerung zu beklagen, und der Zentralstaat hat die Kontrolle über einen großen Teil des Territoriums verloren. Dieser Krieg, der unserem Volk von bewaffneten terroristischen Gruppen und den imperialistischen Mächten, insbesondere Frankreich, aufgezwungen wurde, hat dramatische Folgen, wie die Flucht von Millionen von Menschen aus ihren Regionen, die zu Binnenvertriebenen im eigenen Land geworden sind, eine noch nie dagewesene humanitäre Krise und die Zerstörung der sozialen Grundversorgung, zu der die Bevölkerung keinen Zugang mehr hat.

Die Putschistenclans, die die Patriotische Bewegung für Schutz und Wiederherstellung (MPSR) anführen, haben die politische Instabilität des Landes vertieft und sind nicht in der Lage, eine konsequente Lösung für die derzeitige Situation zu finden, die durch den Bankrott des neokolonialen Staates gekennzeichnet ist.

In diesem komplexen und schwierigen Kontext

wird unser Volk den 10. Jahrestag des Volksaufstandes feiern. Unsere Partei, die Revolutionäre Kommunistische Partei von Volta (PCRv), blickt auf die wertvollen Lehren zurück, die sie aus diesem historischen Moment gezogen hat, um den Weg der sich entwickelnden Revolution in unserem Land trotz verschiedener Hindernisse zu führen.

Der Aufstand vom 30. und 31. Oktober 2014: sein Ausmaß, seine Grenzen und die Lehren, die wir daraus ziehen müssen

Am 30. und 31. Oktober 2014 hat unser Volk einen Volksaufstand durchgeführt, der zum Sturz von Hauptmann Blaise Compaore, der Nationalversammlung und der Regierung führte. Die Demonstranten zerstörten die Nationalversammlung und griffen alle Symbole und Würdenträger der Macht der Vierten Republik an. Dieser Aufstand hat eine immense politische Bedeutung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Er hat gezeigt, dass die Arbeiterklasse und das Volk einen Volksaufstand durchführen und ihre Unterdrücker, die reaktionäre Bourgeoisie und die imperialistischen Mächte, stürzen können.

Sie hat die ganze revolutionäre Energie, den Opfergeist, die Kampfbereitschaft und den Heroismus des Volkes und der Volksjugend gezeigt.

Sie hat unserem Volk, das sich seiner Stärke bewusst geworden ist, den Völkern der Region, dem Proletariat und den Völkern der Welt, die im Gegenzug ihre unerschütterliche Solidarität und Unterstützung für die Volksbewegung in unserem Land zeigen, Hoffnung gegeben.

Dieser Volksaufstand hat auch Grenzen, die es nicht erlaubten, ihn in eine siegreiche Revolution umzuwandeln, und zwar folgende:

- Das Volk verfügte nicht über die geeigneten Organisationen für die Machtergreifung und -ausübung, nämlich die Sowjets oder Räte. Die Sowjets sind die Organisationen, die die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und das ganze Volk umfassen, um die Macht durch einen Aufstand zu ergreifen, sie zu behalten und sie im Namen des Volkes und für das Volk auszuüben. Durch die Sowjets wird das Bündnis
- der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft und anderer Volksschichten zur Errichtung der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter der Führung des Proletariats und seiner Avantgardepartei verwirklicht. Am 30. und 31. Oktober fehlten diese wesentlichen Organe.
- Das aufständische Volk stand mit leeren Händen da, und die Tatsachen haben gezeigt, dass ein Aufstand mit leeren Händen nicht zu einem vollständigen Sieg über die Bourgeoisie und den französischen Imperialismus führen kann. Dies bestätigt die historische Erfahrung des Proletariats und der Völker, die zeigt, dass der Sieg der Revolution unmöglich ist, solange die Aufständischen keine Waffen haben und solange die bewaffneten und verteidigenden Kräfte der Bourgeoisie nicht aufgelöst werden und ein wesentlicher Teil dieser Kräfte auf die Seite der Aufständischen übergeht.
- Der Militärapparat und ein Teil des politischen und administrativen Apparats blieben intakt, ganz zu schweigen von den französischen und US-amerikanischen Besatzungstruppen, die zur Verteidigung von Blaise Compaore in unserem Land eingesetzt wurden.
- Auch wenn die bäuerlichen Massen an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, waren sie nicht massiv beteiligt; dennoch bilden sie die Hauptkraft der Revolution in unserem rückständigen, landwirtschaftlichen, neokolonialen Land. Daraus ergibt sich immer die Notwendigkeit, sie zu organisieren und in Kampfbereitschaft zu versetzen. Sie sind die Hauptkraft der Revolution in unserem Land mit seinem rückständigen agrar-neokolonialen Charakter.
- Der Organisationsgrad und die Führung des Volksaufstandes wiesen Unzulänglichkeiten auf, aus denen unsere Partei die notwendigen Lehren gezogen hat.
- Aufgrund dieser Schwächen der Aufstandsbewegung haben der französische Imperialismus und seine

Verbündeten in der reaktionären Bourgeoisie in unserem Land und im französischen Hinterhof am 1. November 2014 einen konterrevolutionären Staatsstreich angezettelt, indem sie sich auf die faschistische Fraktion der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (FDS), das Präsidialsicherheitsregiment (RSP), stützten.

Einige wesentliche Lehren, die aus dem Volksaufstand vom 30. und 31. Oktober 2014 zu ziehen sind

Aus dem Volksaufstand vom 30. und 31. Oktober 2014 lassen sich die folgenden wesentlichen Lehren ziehen, die jedoch nicht erschöpfend sind:

1. Die rasante Beschleunigung der Geschichte hat das Volk mit der Notwendigkeit eines Volksaufstandes konfrontiert und es hat sich mit Mut, Entschlossenheit und Heldentum im ganzen Gebiet dafür eingesetzt, auch wenn nicht alle Bedingungen für einen siegreichen allgemeinen bewaffneten Aufstand (Organisationsgrad, Bewaffnung des Volkes, feste Führung des Proletariats und seiner Avantgardepartei) erfüllt waren. Die Partei hat von einer prinzipiellen leninistischen Position aus aktiv an diesem Volksaufstand teilgenommen und hat die Ereignisse mit Mut, Heldentum, Klarheit und Entschlossenheit betrachtet und betrachtet sie auch weiterhin. Dieser Volksaufstand von historischer Bedeutung, der von unserem Volk unter Beteiligung unserer Partei durchgeführt wurde, wurde von den afrikanischen Völkern und der ganzen Welt unterstützt und begrüßt. Nichts kann mehr so sein, wie es vorher war, und dieser Volksaufstand, der den Geist unseres Volkes für immer prägt, muss als Generalprobe für die Organisation eines bewaffneten Generalaufstands unter der Führung der PCRV für die nationale demokratische und volksnahe Revolution, die Einsetzung einer revolutionären Volksregierung und die verfassunggebende Versammlung betrachtet werden. Dieser Volksaufstand bestätigt nachdrücklich die Richtigkeit der politischen Linie der PCRV, die Richtigkeit ihrer Taktik und ihrer Aufstandsslogans.

2. Die reaktionäre bürgerliche Opposition und ihre Satelliten in den Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich aus Angst vor der Kraft und Entschlossenheit des Volksaufstandes für den putschistischen Weg unter der Führung des Präsidenten-Sicherheitsregiments und des französischen Imperialismus entschieden. Der Volksaufstand entlarvte sie als vulgäre Putschisten und Lakaien des französischen Imperialismus, die nichts mit dem Volk zu tun haben.

Dies ist ein wichtiges Element der politischen Klärung für die Fortsetzung des revolutionären Kampfes, denn die Teile der Massen, die durch die Demagogie getäuscht wurden, werden deren wahren Charakter erkennen und sich von ihnen abwenden.

3. Der französische Imperialismus hat seine Entschlossenheit gezeigt, jede revolutionäre Aufstandsbewegung in unserem Land zu zerschlagen, auch durch eine direkte militärische Intervention seiner Truppen; unter Berücksichtigung der Bedeutung, die unser Land, wie François Hollande damals sagte, für seine politischen, wirtschaftlichen, militärischen, geostrategischen und geopolitischen Interessen zu Hause und in der Region darstellt. Er hat dies deutlich gemacht:

- Der konterrevolutionäre Staatsstreich, der mit Hilfe der RSP durchgeführt wurde und zu dessen Unterstützung die korrupte oberste Militärhierarchie sowie alle reaktionären Kräfte des Landes gezwungen wurden, die ihr untergeordnet sind; die Flucht von Blaise Compaoré und seinen Angehörigen aus dem Land. Unter diesen Bedingungen ist es klar, dass die Beseitigung der PCRV im Mittelpunkt ihres strategischen Plans steht.

4. In vielen Teilen des Landes führten die Bauernmassen bereits heftige Kämpfe (gegen Enteignungen, prekäre Lebensbedingungen, verschiedene Formen der Unterdrückung und Ausbeutung), von denen einige eine aufständische Form annahmen. Diese Kämpfe trugen dazu bei, die Machtbasis der Vierten Republik zu erschüttern und die Be-

dingungen für den Ausbruch des Volksaufstandes vorzubereiten, an dem sie in einigen Orten aktiv teilnahmen. Auf der Grundlage der politischen Plattform für den revolutionären Wandel und des Agrarprogramms der PCRV müssen die Arbeiterklasse und das Volk, die Demokraten, Progressiven und Revolutionäre:

- die revolutionäre Bewegung der Bauernschaft, insbesondere des Agrarproletariats, der Halbproletarier und der armen Bauernschaft verstärken;
- sie im Hinblick auf ein revolutionäres Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf der Grundlage der Errungenschaften des Volksaufstandes besser organisieren.

5. Die große Zahl der Kleinbürger in unserem Land spielte eine wichtige Rolle in den Volkskämpfen während der Aufstandstage am 30. und 31. Oktober sowie am 1. und 2. November 2014. Einige Organisationen, die diese Schichten vertreten, schwanken zwischen den Positionen des Proletariats und denen der Bourgeoisie und des Imperialismus. Aus Angst vor der Macht und dem Ausmaß des Volksaufstandes haben sie sich mit den Putschisten verbündet. Es ist wichtig, dass die Arbeiterklasse, das Volk und die Jugend des Volkes sich von diesen reformistischen und putschistischen Strömungen und den Illusionen, die sie zum Ausdruck bringen, distanzieren.

6. Viele Aktivisten der demokratischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und verschiedene Verbände) haben sich aktiv am Volksaufstand beteiligt. Sie bewiesen Mut, Kampfgeist und Heldentum. Auf der Grundlage der Errungenschaften des Volksaufstandes, die sich in den Köpfen verschiedener Bevölkerungsgruppen verankert haben, verfügen diese demokratischen Organisationen mehr denn je über günstige Bedingungen, um:

- ihre Reihen zu stärken und zu revolutionieren;
- sich noch besser zu organisieren und ihren Kampf für ihre spezifischen Forderungen mit dem Kampf für politische Freiheit, für nationale und soziale Befreiung zu verbinden.

Der Volksaufstand hat also deutlich gezeigt, dass die Revolution in unserer Gesellschaft ein Problem ist, das gelöst werden muss; wir müssen ihn als Generalprobe für den bewaffneten Aufstand betrachten, der allein die Verwirklichung der nationalen demokratischen Revolution und der Volksrevolution ermöglichen kann, die eine echte Alternative zu der tiefen Krise darstellt, in der sich unsere Gesellschaft befindet.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS

DÄNEMARK

Verstärkung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Wir senden euch dieses Dokument vom 10. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks (APK) im September. Es ist das Ergebnis einer gründlichen Diskussion in der gesamten Partei und der Arbeit an Analysen, die in Einheit & Kampf Nr. 47 - „Der dänische Imperialismus und die imperialistischen Bündnisse EU und NATO - im Kontext der Rivalität der imperialistischen Mächte und der imperialistischen Kriege“ - veröffentlicht wurden.

Ein sich ausweitender regionaler imperialistischer Krieg in Europa, in den die imperialistischen Räuber die Arbeiterklasse und die Völker hineinziehen wollen, rückt immer näher.

1. Der Kampf gegen diesen Krieg erfordert zuallererst eine klare Analyse seines Wesens und seiner Ursachen. Wir müssen uns über die Interessen und die Rolle der Arbeiterklasse und der Völker sowie über die Klasseninteressen und die Rolle der Herrschenden, der imperialistischen Bourgeoisie, im Klaren sein.

Wenn es um den Krieg und den Völkermord des zionistischen Israels in Palästina geht, unterstützen wir das Recht des palästinensischen Volkes auf bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmacht und für ein freies Palästina. Wir fordern ein Ende von Israels Völkermord und Krieg, ein Ende der direkten und indirekten Unterstützung Israels und seiner Kriegsverbrechen durch die dänische Regierung. Wir beteiligen uns an der Entwicklung der umfassenden Solidaritätsbewegung und wenden uns gegen die Pläne der Imperialisten für eine Zweistaatenlösung, um ihre Kontrolle und ihren Einfluss im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Ohne die militärische, politische, diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung des Imperialismus und seiner Militärbündnisse wäre Israel nicht in der Lage, seine jahrzehntelange Besetzung Palästinas, seine Angriffskriege und den derzeitigen Völkermord aufrechtzuerhalten. Israels Völkermord und der zionistische Staat können nicht bekämpft werden, ohne den dahinterstehenden Imperialismus zu bekämpfen.

In Bezug auf den Krieg in der Ukraine haben die Kommunistische Arbeiterpartei, die APK und die Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) vom ersten Tag an deutlich gemacht, dass es sich um einen zwischenimperialistischen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO handelt, einen Krieg, für den das ukrainische und russische Volk seit nunmehr über zwei Jahren einen blutigen Preis zahlt.

Der dänische Imperialismus und die SVM-Regierung (eine Regierung der nationalen Einheit zwischen der Sozialdemokratie und zwei offen bürgerlichen Parteien) lassen große finanzielle und militärische Ressourcen in den Krieg fließen, zuletzt F16-Kampfflugzeuge für das Selenski-Regime in der Ukraine. Die dänischen Monopole verhandeln bereits wie die Aasgeier über die Verteilung der Kriegsbeute, wenn die zerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden soll. Die SVM-Regierung will nicht nur die Waffenproduktion in Dänemark erhöhen, sondern auch Waffenfabriken in der Ukraine bauen.

Dieser Krieg dient nur den Interessen einer Klasse: der imperialistischen Monopolbourgeoisie, auf beiden Seiten des Krieges. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, die eine oder andere Seite in diesem Krieg zu unterstützen, kein Interesse daran, das imperialistische Kriegsband NATO gegen das imperialistische Russland zu unterstützen oder umgekehrt, sondern sie muss konkrete internationale Solidarität mit der ukrainischen und russischen Arbeiterklasse und dem ukrainischen Volk zeigen, indem sie sich der dänischen Kriegsunterstützung für die Fortsetzung dieser Morde widersetzt. Arbeiter sollten nicht gegen Arbeiter anderer Länder kämpfen. Der Feind der Arbeiterklasse ist ihre eigene Bourgeoisie.

2. Wenn sich der Ukraine-Krieg zu einem großen regionalen Krieg ausweitet, wird er weiterhin den Charakter eines zwischenimperialistischen Krieges haben - eines Krieges zwischen zwei imperialistischen Mächten und Blöcken, in dem die europäischen Länder direkt an der Seite der USA und der NATO-Krieg führen werden. Es ist reine Kriegsdemagogie, wenn der sozialdemokratische

Ministerpräsident versucht, die Menschen davon zu überzeugen, dass es um die Verteidigung der „westlichen Werte und der Demokratie“ geht. Wessen Werte im Westen, fragen wir? Nicht die Werte der Arbeiterklasse, denn das sind der Frieden und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und des Volkes. Aber die Werte der imperialistischen Bourgeoisie sind der Profit und die Kontrolle der Märkte und Ressourcen. Es ist unsere Aufgabe, den Klasseninhalt der Phrasen, unter denen die herrschende Klasse ihre Kriegsvorbereitungen verbirgt, aufzudecken und zu bekämpfen, denn viele werden geneigt sein zu glauben, dass es sich um einen „gerechten Krieg“ gegen Putin handelt - „er oder wir“.

Wenn es um die Ursache von Kriegen geht, müssen wir weiterhin die endlosen Lügen der Kriegspropaganda entlarven, warum es imperialistische Kriege gibt. Wir müssen die ganze Wahrheit über die Ursache der imperialistischen Kriege sagen und aufzeigen, dem Kampf gegen die imperialistische kriegführende Klasse Führung, Inhalt und Antworten geben, wie man sie beenden und verhindern kann.

3. Die Ursache des Krieges liegt nicht in der „schlechten Natur“ der Menschen, der „schlechten Politik“ der Regierungen, diesem oder jenem Vorfall, der Frage, wer zuerst angegriffen hat, ob mit oder ohne UN-Mandat, oder ob er von einem verrückten Präsidenten wie Putin, Trump oder Hitler verursacht wurde; das ist nicht die Frage. Die Ursache ist in der Spaltung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete, verwurzelt. Der Kapitalismus ist die Ursache des Krieges, und der Krieg kann nicht vom Kapitalismus getrennt werden. Kriege sind keine Ausnahmen, sie richten sich nicht gegen die Grundlagen des Kapitalismus, gegen das Privateigentum, den Wettbewerb oder sein Ausbeutungssystem, sondern sind die direkte Folge davon.

Der Imperialismus, das monopolistische Stadium des Kapitalismus, verschärft alle Hauptwidersprüche des Kapitalismus in einem solchen Ausmaß, dass der „Frieden“ zu einer bloßen Verschnaufpause für neue Kriege wird. Die Welt und ihr gesamter gesellschaftlicher Reichtum werden von

einer kleinen Zahl großer Monopole und imperialistischer Mächte vollständig monopolisiert und aufgeteilt. Die ungleiche wirtschaftliche und politische Entwicklung der einzelnen Länder schafft die Notwendigkeit einer ständigen Neuaufteilung. Dies kann letztlich nur durch einen Krieg zwischen den entscheidenden imperialistischen Ländern erreicht werden. Gleichzeitig kann die Ausbeutung von Hunderten Millionen von Arbeitern nur durch blutige Unterdrückungskriege aufrechterhalten werden.

Speziell in Europa rüsten verschiedene Länder, die EU und die NATO auf und erweitern ihre Kriegsvorbereitungen. Die USA haben ihre eigenen Militärbasen in ganz Europa aufgebaut, darunter auch in Dänemark, von wo aus sie ungehindert bis an die russische Grenze operieren können. Gleichzeitig will der US-Imperialismus die Entwicklung Russlands und Chinas in Eurasien mit einem Kreis verbündeter Länder zwischen den NATO-Ländern und den Grenzen Russlands durch die SCO, BRICS und das „Belt and Road-Projekt“ bremsen. Die NATO hat ihr Einsatzgebiet längst auf die ganze Welt ausgedehnt.

Der Krieg kann nicht vom Kapitalismus und Imperialismus getrennt werden. Deshalb ist die „Abschaffung“ des Krieges nur durch die Abschaffung des Kapitalismus und des Imperialismus möglich, d.h. durch den Bruch mit der Macht der bürgerlichen Klasse der Ausbeuter und durch eine revolutionäre Veränderung, die proletarische soziale Revolution, die die Machtergreifung der Arbeiterklasse, den Aufbau des Sozialismus und schließlich die Beseitigung der Klassen bewirkt.

4. Das bedeutet, dass der Kampf gegen den Krieg nicht losgelöst oder getrennt vom Klassenkampf geführt werden kann, sondern mit der Arbeiterklasse als führender Kraft notwendigerweise als Teil desselben integriert werden muss. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist eine aktuelle und notwendige Aufgabe in der Entwicklung des revolutionären Prozesses, der, wenn die subjektiven und objektiven Faktoren vorhanden sind und mit einer starken kommunistischen Partei, zur Revolution der Arbeiterklasse führen kann. Dies ist der einzige Weg, um die Kriegsfrage

zu lösen. In Dänemark gibt es heute keine starke kommunistische Partei der Arbeiterklasse, aber die APK hat die notwendige Aufgabe übernommen, dafür zu kämpfen.

Im Rahmen des Aufbaus einer breiten antiimperialistischen Antikriegsbewegung muss jeder konkrete Schritt der Regierung und des Staates zur Vorbereitung eines Krieges offengelegt und dagegen protestiert werden. Sei es die Ausweitung der Kriegsproduktion, die Teilnahme an EU- und NATO-Kriegsübungen oder an direkten NATO- und EU-Kriegseinsätzen. Die US-Militärbasen müssen aus Dänemark verschwinden. Wenn Teile der dänischen Häfen blockiert werden, wann immer das US- oder NATO-Militärkommando das auf dänischem Territorium haben will, müssen wir protestieren und ebenso gegen die NATO-Luftstützpunkte in Jütland und auf Bornholm. Man muss gegen die dänische Kriegsproduktion protestieren, nicht nur, wenn die Terma¹ Kriegsmaterial für den israelischen Völkermord liefert. Es muss auch dagegen protestiert werden, dass die obersten Gewerkschaftsführer ATP-Pensionsgelder² in Terma investieren und jetzt im Vorstand von Terma sitzen.

5. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg muss verbunden werden mit dem Kampf gegen den gesamten Imperialismus, mit den Klassenkämpfen in Betrieben, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen - in der konkreten Arbeit, Propaganda und Agitation der Partei. Und nicht zuletzt muss der gemeinsame Kampf mit der revolutionären Perspektive und der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus in einer schöpferischen Weise verbunden werden, die den Helfershelfer von Krieg und Krise schlagen kann: den Antikommunismus der Reaktion.

6. Wir müssen daran arbeiten, den sozialen Kampf, den Kampf für öffentliche Gesundheit und Bildung, den Kampf gegen Kürzungen und Privatisierungen eng mit dem Kampf gegen Krieg und Rüstung zu verbinden. Die Milliarden, die für Rüstung, für nationale Militärbudgets, für die Militärbudgets der NATO und der EU ausgegeben werden,

¹ Terma ist ein dänischer Rüstungskonzern mit internationalen Verbindungen.

² ATP ist eine staatliche Arbeitsmarkt-Zusatzpension und relativ niedrig, als Ergänzung zur Folkepension, d.h. staatliche Rente.

müssen stattdessen für das Wohl und die Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden. Auch die Gewerkschaftsbewegung muss sich direkt in den Kampf gegen den imperialistischen Krieg einschalten. Ihre Friedenspflicht besteht nicht gegenüber den Unternehmern, sondern gegenüber der Arbeiterklasse, die international ist. Es muss ein Kampf dagegen geführt werden, dass die Gewerkschaftsführung akzeptiert, dass die Kosten des Krieges und der Inflation auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden und dass ein Urlaubstag der Arbeiter mit der Begründung abgeschafft wurde, dass wir einen Tag länger arbeiten müssen, um die Kosten des Krieges zu decken.

7 Eines der starken Werkzeuge der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus und seine Kriege ist ihre internationale Solidarität. In konkreten Aktionen, in unserer Propaganda, in unseren verschiedenen Medien müssen wir weiterhin daran arbeiten, die internationale Solidarität zu stärken und den Aufbau der internationalen Solidarität und Einheit unter der dänischen Arbeiterklasse und Jugend zu stärken.

Die APK ist Teil der IKMLPO, und durch unsere Verbindungen zu den verschiedenen Parteien und Organisationen können wir das Wissen über das Leben und die Kämpfe der Arbeiterklasse in der ganzen Welt an die dänische Arbeiterklasse weitergeben. Je mehr wir voneinander wissen, desto stärker sind die Bande der Solidarität, die geschaffen werden können.

8 Ein Aspekt der konkreten Kriegsvorbereitungen seitens des dänischen Imperialismus und der Regierung ist die Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Öffentliche Bildungseinrichtungen und Gelder werden für militärische Forschung statt für Gesundheit verwendet. In einigen Gymnasien wurden spezielle militärische Programme für zukünftige Offiziere eingerichtet. Frauen sollen im Namen der Gleichberechtigung zum Wehrdienst einberufen werden und die Dienstzeit in der Armee soll verlängert werden, um nur einige Schritte zu nennen. All dies bedeutet, dass besondere Maßnahmen in Bezug auf die Generation der Jugendlichen ergriffen werden müssen, die als Kanonenfutter für die Interessen der dänischen Monopole

und der NATO vorgesehen sind, während diesen Jugendlichen vorgegaukelt wird, dass sie für die Demokratie kämpfen und Dänemark verteidigen. Die Faschisierung des Staatsapparates, die wir erleben, ist Teil der Militarisierung der Gesellschaft durch den Imperialismus.

9. Um einen Kampf gegen den Krieg zu führen, ist es nicht nur notwendig, die reaktionären und gefährlichen Kriegspläne aufzudecken, sondern auch die verschiedenen opportunistischen und revisionistischen Abweichungen, die die Politik des einen oder anderen imperialistischen Blocks unterstützen, in Wort und Tat aufzudecken und zu bekämpfen:

Die linksopportunistische Einheitsliste (Enhedslisten) möchte von der Jugend und der Linken als Partei gegen Imperialismus und Krieg wahrgenommen werden. Aber zusammen mit den Sozialdemokraten und der SF [Sozialistische Volkspartei] unterstützen sie die Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO und der EU, die ihre Militärunion aufgebaut hat. Sie verschleiern den Charakter dieser Kriegsbündnisse, indem sie vorgeben, dass sie durch den Druck der Bevölkerung in friedliche Bündnisse umgewandelt werden können, anstatt den Kampf gegen die NATO und die EU und den gesamten Imperialismus zu unterstützen.

Je näher die Kriegsgefahr in Europa rückt, desto gefährlicher ist die Verbreitung von Illusionen über den Imperialismus und die verschiedenen imperialistischen Mächte. Während Kräfte wie "Enhedslisten" und SF die NATO und den dänischen Imperialismus unterstützen, wenden sich Teile der alten revisionistischen Friedensbewegung und die heutigen revisionistischen Parteien nur gegen den US-Imperialismus. In dieser Frage sind sie sich mit der neueren chinesisch-russischen imperialistischen Variante einig, die zur Verteidigung der verschiedenen chinesischen und russischen Friedensinitiativen aufrufen, die in Wirklichkeit die eigenen imperialistischen Interessen dieser Mächte fördern. Die chinesische Doktrin des „Multilateralismus“, deren Hauptbefürworter in Dänemark die Kommunistische Partei (KP) ist, ist im Grunde eine Erweiterung des gegenwärtigen imperialistischen Systems, wobei China jedoch eine viel größere Rolle auf Kosten der Vereinigten Staaten spielen will.

Es ist nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse und des Volkes, zwischen dem US-, dem russischen oder dem chinesischen Imperialismus zu wählen, es liegt nicht in ihrem Interesse, eine imperialistische Macht gegen die andere zu verteidigen. Die Arbeiterklasse kann niemals einer imperialistischen Macht im Kampf gegen eine andere vertrauen oder sich auf sie verlassen.

10. Einen Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen, besteht sowohl aus einem politischen, ideologischen, theoretischen Kampf als auch aus konkreten Aktionen, bei denen alle Möglichkeiten, die vorhanden sind und geschaffen werden können, genutzt werden müssen. Es ist besonders wichtig, sich mit den ehrlichen Antikriegskräften, die es gibt, zu verbinden. Jedes Ergebnis muss als Teil des Aufbaus einer antiimperialistischen und revolutionären Front gesehen werden. Wir müssen flexibel arbeiten, um Einheit und Aktionseinheit zu schaffen, ohne die Prinzipien unserer Politik zu kompromittieren, und ständig dafür eintreten, dass der Kampf gegen den Krieg sich inhaltlich zu einem antikapitalistischen, antiimperialistischen Kampf entwickeln muss.

Deshalb ist die breiteste und dringendste Mobilisierung für den Frieden, gegen den imperialistischen Krieg und die Kriegswirtschaft, gegen die zunehmende Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft notwendig; ein Kampf, der zu Aktionen, Streiks und Demonstrationen ausgebaut werden muss.

Der Ernst der Lage macht es notwendig, keine Möglichkeit auszulassen, um die sozialen und politischen Folgen des Krieges für die Arbeiterklasse und das Volk anzuprangern, die Lügen der Regierung aufzudecken und die opportunistischen Führer zu verdrängen, die Bildung einer breiten Volkskoalition zu fördern, um die kriegstreiberische, chauvinistische und nationalistische Politik der herrschenden Klasse zu besiegen. Wir müssen ein Ende der gegenwärtigen dänischen Beteiligung an den imperialistischen Kriegen, ein Ende der Unter-

stützung für den Krieg Israels und den Krieg in der Ukraine fordern. Konkret fordern wir den Austritt Dänemarks aus der NATO und der kriegstreiberischen EU sowie den Abzug der US-Stützpunkte aus dem Land.

Es ist nur möglich, die Versuche der Imperialisten, einen neuen großen regionalen Krieg auszulösen, zu verhindern, genauso wie es nur möglich ist, die dänische Bourgeoisie und ihre reaktionäre Regierung daran zu hindern, uns in einen Krieg zu ziehen, wenn die Mobilisierung der Arbeiterklasse und die Antikriegsbewegung stark genug sind. Mit einer starken antiimperialistischen Antikriegsbewegung, die in der Arbeiterklasse verwurzelt ist, kann ein konkreter Krieg eine Zeit lang verhindert werden. Um jedoch den Krieg und die Gefahr des imperialistischen Krieges zu beseitigen, muss sich eine solche Bewegung zu einer revolutionären Bewegung entwickeln, um den Imperialismus durch den Sozialismus zu ersetzen.

Kommunisten, klassenbewusste Arbeiter und junge Revolutionäre müssen alles tun, um zu verhindern, dass ein größerer Krieg ausgelöst wird, und sie müssen alles tun, um ihn abzuwenden.

Aber wenn trotz der Bemühungen der Arbeiter und Völker, die den Frieden wollen, ein Krieg ausbricht, wird es am Ende nicht möglich sein, den Kampf zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die imperialistischen und faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus, für den Sieg der Revolution der Arbeiterklasse und des Sozialismus, der die Ursachen der ungerechten Kriege beseitigen wird, aufzuhalten.

Vom 10. Parteitag der APK aus rufen wir auf: Stoppt die imperialistischen Kriege - internationale Solidarität - und Solidarität mit der ukrainischen und russischen Arbeiterklasse.

15. September 2024

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)

DEUTSCHLAND

Marxismus und Geschlecht

In diesem Artikel möchten wir einige Fragen aufgreifen, die in aktuellen Debatten rund um das Thema Geschlecht sowohl in Deutschland als auch, soweit wir das beurteilen können, in weiteren Ländern aufkommen. Ziel ist es, den Standpunkt des Materialismus gegen verschiedene unwissenschaftliche Auffassungen zu verteidigen und einen Diskussionsbeitrag zur Haltung der Marxisten-Leninisten in den aktuellen Frauen- sowie LGBTI-Bewegungen zu leisten. (LGBTI steht dabei für „Lesbian, Gay, Bisexual, Trans- und Intersexual“).

In den letzten Jahren wird die Debatte rund um Fragen des Geschlechts immer weiter zugespitzt, insbesondere als Teil des Kulturkampfes zwischen einem reaktionär-konservativ und einem liberal-progressiven Lager in der bürgerlichen Politik. Im Kern geht es in den Diskussionen um die Frage, was Geschlecht überhaupt ist, aus deren Beantwortung sich die konkreten Politiken der verschiedenen Strömungen ableiten lassen. Es ist eindeutig, dass die realen, politischen Angriffe des konservativen Lagers in vielen Ländern sowohl Angriffe auf erkämpfte Frauenrechte, als auch die massive Einschränkung demokratischer Rechte

von LGBTI-Personen sowie einen Anstieg der Gewalt gegen diese ohnehin schon vulnerable Gruppe bedeuten. Sie sind ein beliebtes propagandistisches Instrument von insbesondere rechtspopulistischen Kräften die in einer Reihe von Ländern bedeutende Wahlerfolge erzielt haben. Die Bestärkung und Zementierung konservativer Rollenvorstellungen zwischen Mann und Frau geht einher mit Angriffen auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie ökonomische Unabhängigkeit der Frau.

Gleichzeitig sehen wir einen eindeutigen Mangel an wissenschaftlichen, überzeugenden Gegenpositionen im linksliberal-progressiven Lager. Vielmehr findet hier seit Jahren eine Abkehr von jeglicher politischer Herangehensweise an die benannten Fragen statt und es wird sich auf einen rein kulturellen Standpunkt der Diversität von Identitäten zurückgezogen, bei dem explizit irrationale, poststrukturalistische Theorien das Grundgerüst bilden. Natürlich sind diese ideologischen Mängel auch Ausdruck des bürgerlichen Klassencharakters sowohl der aktuellen Frauen- als auch LGBTI-Bewegung, in der die proletarischen, auf materialistischem Boden stehenden Elemente noch

sehr schwach sind. Der Einfluss dieser Theorien führt nicht nur dazu, dass den Angriffen auf demokratische, Frauen- und LGBTI-Rechte wenig entgegen gesetzt werden kann. Ausgehend von diesen Theorien sehen wir auch Tendenzen, die Frauenfrage als untergeordnete Frage in einer allgemeinen, queeren Bewegung zu betrachten, die ihr Ziel als die Befreiung von allen unterdrückten „Identitäten“ ausgibt. Dieser Ansatz, der auf keiner materialistischen Analyse fußt, verhindert auch, dass die Ursachen von geschlechtsspezifischer Unterdrückung und ihre spezifischen Effekte für Frauen sowie LGBTI-Personen erkannt und ein fundiertes politisches Programm dagegen entwickelt werden kann. Natürlich berührt die Frage, was Geschlecht eigentlich ist, sowohl die Frauenfrage als auch die LGBTI-Frage – die heutige Vermischung beider Fragen rührt jedoch aus ideologischer Schwäche und hat für beide politischen Kämpfe negative Folgen. Je mehr sich die Angriffe auf Frauen und LGBTI-Personen weltweit mehren, die auch als Teil des allgemeinen Erstarken faschistischer Kräfte weltweit verstanden werden müssen, desto wichtiger wird auch die ideologische Klarheit in Bezug auf diese Fragen, um unseren Kampf zu stärken.

Die meisten Theorien und Auffassungen, die wir heute in der Frauen- sowie der LGBTI-Bewegung vorfinden, sind eine Reaktion auf den biologischen Determinismus. Im konservativen Lager finden wir zahlreiche biologisch-deterministische Auffassungen, die davon ausgehen, dass Mann und Frau klare, biologisch bestimmte Rollen in der Gesellschaft hätten. Frauen seien aufgrund ihrer Biologie dazu bestimmt, die Kinder zu gebären, aber auch zu erziehen, sich um den Haushalt zu kümmern und emotionale Fürsorge zu leisten. Einige Theorien gehen so weit, zu behaupten, Frauen seien nicht nur durch ihre Rolle in der Fortpflanzung, sondern auch durch ihren Körperbau, die Größe ihres Gehirns oder ihren Hormonhaushalt zur Hausfrau und Mutter bestimmt. Männer hingegen seien aus denselben Gründen als Versorger, starkes Geschlecht, Politiker und Führer vorgesehen. Diese Vorstellung, die durch religiöse und konservative Politiker und Medienschaffende heute in mehr oder weniger radikaler Weise verbreitet wird, ist offensichtlich unwissenschaftlich – genau wie beispielsweise die Rassentheorie, die bis heute von

Rassisten versucht wird, biologisch zu begründen. Konservative Rollenbilder argumentieren mit einem Naturzustand, der von modernen, feministischen Vorstellungen verkannt werden würde. Dieser angebliche Naturzustand ist insb. an religiösen Vorstellungen orientiert und hält keiner auch nur flüchtigen historischen Bestandsaufnahme stand. Die monogame Einzelehe und die bürgerliche Familie sind eine historisch junge Erscheinung, deren Notwendigkeit auf einem bestimmten ökonomischen Zustand beruht. Die bürgerliche Familienvorstellung von einem Mann, der analog zur Jagdtätigkeit außer Haus das Geld eintreibt und einer Frau, die als Mutter rein auf die häusliche Sphäre und mütterliche Pflichten begrenzt bleibt, konnte und kann es für die Arbeiterklasse nicht geben. Die kapitalistische Klassengesellschaft zeichnet Tag für die Tag diese Realität. Wir gehen auf diese unwissenschaftlichen, reaktionären Vorstellungen an dieser Stelle nicht weiter ein, außer zu sagen: Gesellschaftliche Rollen lassen sich nicht einfach aus der Biologie ableiten, sondern sind Ergebnisse eines historischen Prozesses, unterscheiden sich je nach historischer Periode und sind untrennbar verbunden und letztendlich bestimmt durch die Grundlage des menschlichen Lebens, die Produktions- und Reproduktionsweise.

Der Marxismus gab uns schon vor über einem Jahrhundert das Werkzeug an die Hand, mit dem wir sowohl dem Rassismus als auch der geschlechtsspezifischen Unterdrückung auf den Grund gehen können: Den historischen Materialismus (der schon von Friedrich Engels auch auf die Rolle der Frau und der Familie direkt angewandt wurde, weswegen Clara Zetkin sein Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ als „von grundlegender Bedeutung für den Befreiungskampf des gesamten weiblichen Geschlechts“ bezeichnete – dazu später mehr). Anders als der proletarischen Frauenbewegung ist der historische Materialismus dem bürgerlich-feministischen Lager, das heute die Frauen- sowie LGBTI-Bewegung dominiert, jedoch naturgemäß fremd. Die beiden gängigen Theorien rund um Geschlecht zeigen den Mangel, den dieser Umstand hervorruft, sehr deutlich. Also – was sind die gängigen Betrachtungsweisen von Geschlecht in diesen Bewegungen und wo liegen ihre Mängel?

Gibt es kein biologisches Geschlecht?

So gibt es einerseits die Strömung, die in einem Versuch der Zurückweisung des biologischen Determinismus die Existenz von zwei Geschlechtern an sich leugnet. Diese Auffassungen, größtenteils in der Queer Theory zusammengefasst, sind beheimatet im Poststrukturalismus, einer philosophischen Strömung, die die gesellschaftliche Realität selbst als konstruiert wahrnimmt und die sogenannte Dekonstruktion von Ideologien als Schlüssel der Veränderung betrachtet. Im Poststrukturalismus sind gesellschaftliche Zustände grundsätzlich nichts materiell Bedingtes, sondern Ergebnisse eines Diskurses, die von Menschen durch ihre Benennung erst konstruiert werden und entsprechend auch wieder dekonstruiert werden können. Kurzgesagt ist der Poststrukturalismus ein heute in westlichen Universitäten sehr populärer Gegenentwurf zum Marxismus (von einem seiner Begründer, Michael Foucault, 1977 folgendermaßen formuliert: „[...] wir müssen die bedeutende Tradition des Sozialismus grundlegend in Frage stellen, denn alles, was diese Tradition in der Geschichte hervorgebracht hat ist zu verdammen“). Judith Butler ist eine der bedeutendsten Vertreterinnen der Queer Theory und stellt Überlegungen wie die folgende zur Diskussion: „Ist Weiblichkeit eine natürliche Sache oder eine kulturelle Performance oder ist Natürlichkeit durch diskursiv beschränkte performative Handlungen konstituiert, die den Körper durch und innerhalb der Kategorien des Geschlechts hervorbringen?“ Die (für den Poststrukturalismus typisch komplizierte) Frage will darauf hinaus, dass nicht nur gesellschaftliche Rollenbilder, sondern auch gleich die Biologie selbst gesellschaftlich konstruiert sei. So finden wir in feministischen Kreisen und Literatur heute Auffassungen, die ganz grundsätzlich die Vorstellung der geschlechtlichen Binarität in der Biologie zurückweisen. Zwei Geschlechter in die Biologie hineinzunutzen sei Ergebnis einer sexistischen gesellschaftlichen Ordnung und hätte keine Grundlage in den biologischen Prozessen selbst.

Diese Vorstellung lässt sich jedoch sehr leicht widerlegen. Die menschliche Fortpflanzung basiert grundsätzlich auf Zweigeschlechtlichkeit. Menschen verfügen über einen doppelten Satz an Chromosomen.

Diese bestehen aus DNA und enthalten die Erbinformation. Frauen haben dabei XX- und Männer XY-Chromosomen. In der Fortpflanzung kommt je ein halber Chromosomensatz des Vaters und der Mutter zusammen, was in der befruchteten Eizelle dann wieder einen doppelten Satz ergibt. Die einzigen Zellen, die nicht diploid, sondern haploid sind, also nur einen Chromosomensatz haben, sind die Keimzellen: Eizellen und Spermien. Je nachdem, welche Chromosomen im Nachkommen zusammenkommen – ein X und ein Y oder ein X und ein X – bestimmt sich das Geschlecht dieses Nachkommens. Danach bilden Menschen dann die Geschlechtsmerkmale aus, wobei vor allem die Produktion von Hormonen eine Rolle spielt, die dazu führen, welche primären (Geschlechtsteile) und sekundären (Brüste Behaarung etc...) Geschlechtsmerkmale wir ausbilden. Natürlich haben dabei nicht alle Männer gleich viel Gesichtsbehaarung und nicht alle Frauen gleich ausgeprägte Brüste. Selbst bei den primären Geschlechtsmerkmalen, also den Geschlechtsorganen, kann es Abweichungen geben. Der Begriff Intersexualität beschreibt das Phänomen uneindeutiger Geschlechtszugehörigkeit, zum Beispiel durch uneindeutige primäre oder sekundäre Geschlechtsmerkmale (früher wurden Kinder, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren wurden, in Deutschland und weiteren Ländern nach der Geburt operiert, um eindeutig einem Geschlecht zugeteilt werden zu können – eine gefährliche und für die Betroffenen folgenreiche Praxis, die von Interessensvertretungen intersexueller Personen in Deutschland einheitlich abgelehnt wird). Das (recht seltene) Phänomen der Intersexualität stellt jedoch eine Abweichung dar und ist keineswegs ein Beweis dafür (wie es teilweise herangezogen wird), dass Geschlechtlichkeit in der Biologie ein Spektrum und männlich und weiblich nur zwei Pole darauf wären.

Der grundlegende Mangel dieser Strömung ist nicht, dass er versucht, den biologischen Determinismus zurückzuweisen. Das Problem ist, dass die Queer Theory dem biologischen Determinismus rein gar nichts entgegenzusetzen hat – sie kann nicht erklären, wie biologische Unterschiede und gesellschaftliche Rollenbilder zusammenhängen, sondern wirft mit den gesellschaftlichen Rollenbildern gleich die biologischen Unterschiede mit aus

dem Fenster. Im Deutschen gibt es ein Sprichwort: Das Kind mit dem Bade auszuschütten – in guten Vorsätzen also auch Erhaltenswertes zu beseitigen. Dabei stimmen die Poststrukturalisten mit dem biologischen Determinismus tatsächlich in weiten Teilen überein – denn sie teilen implizit ja die Annahme, dass wenn es biologische Unterschiede gäbe, diese zwangsläufig zu strikten gesellschaftlichen Rollenbildern und Zwängen führen müssten. Damit legt der Poststrukturalismus selbst offen, dass er vollkommen unfähig ist, zu erklären, woher geschlechtsspezifische Unterdrückung kommen könnte (und was das den Poststrukturalisten völlig fremde Phänomen Klassengesellschaft eventuell damit zu tun haben könnte). Frei von jeglicher Erklärungskraft fällt er in den Irrationalismus zurück und tritt in direkten Widerspruch zu biologischen Tatsachen, was sein Vorhaben, biologischen Determinismus zurückzuweisen, zwangsläufig unglaubwürdig macht.

Gibt es ein biologisches und ein gesellschaftliches Geschlecht?

Es gibt eine weitere Theorie, die in der Frauen- sowie LGBTI-Bewegung und auch der deutschen Sozialwissenschaft mittlerweile so weit verbreitet ist, dass ihre Hintergründe teilweise gar nicht mehr hinterfragt werden: Die Unterscheidung zwischen sex (= biologisches Geschlecht) und gender (= soziales Geschlecht). Im Gegensatz zum biologisch bestimmten sex umfasst gender die gesellschaftlichen Implikationen, die mit den Begriffen Mann und Frau einhergehen - von jeweils typischen Berufen über zugeschriebene oder tatsächliche Eigenschaften bis hin zu Identität und Selbstbild der jeweiligen Person. Die ursprüngliche Idee derjenigen, die die Unterscheidung einführten, war ebenfalls die Zurückweisung des biologischen Determinismus, also der Vorstellung, dass die gesellschaftliche Rolle von Mann und Frau durch biologische Faktoren festgeschrieben sei. Die Unterscheidung versucht, biologische Faktoren zu berücksichtigen, ihnen jedoch ihre Wirkmächtigkeit zu entziehen, indem neben das biologische Geschlecht eine weitere, davon unabhängige Kategorie tritt: Das soziale Geschlecht, das als die ausschlaggebende und identitätsstiftende Kategorie betrachtet und unabhängig von der Biologie begriffen wird. Die Trennung

zwischen sex und gender ist somit eine scheinbare Lösung für die Widersprüchlichkeit, dass menschliche Identität nicht in zwei starre und biologisch determinierte Kategorien geteilt werden kann. Scheinbar ist diese Lösung deshalb, weil auch die sex-gender-Unterscheidung erstmal überhaupt nichts erklärt, sondern im Gegenteil weitere Fragen aufwirft: Einerseits sagt die strikte Trennung von sex und gender nichts über den Zusammenhang beider Kategorien aus. Andererseits kann sie nicht erklären, wie soziales Geschlecht entsteht – in der Praxis wird gender somit meistens einfach mit dem Empfinden gleichgesetzt. Eine Person kann zwar ein biologisches Geschlecht haben, aber das gender, also die Identität, bestimmt sich durch Empfinden, also das Zugehörigkeitsgefühl, das dann eben männlich, weiblich oder in ganz anderen Kategorien (z.B. nicht-binär) ausgeprägt sein kann. Und es ist ja in jeder Hinsicht nachvollziehbar, dass einige, vor allem junge Menschen heute sagen: „Ich fühle mich nicht zugehörig zu den beiden Rollenbildern, die mir in dieser Gesellschaft präsentiert werden. Wenn du mich nach meiner Identität fragst, dann werde ich dir keine binäre Kategorie nennen können“. Fakt ist, dass geschlechtliches Empfinden ein komplexer, psychischer Prozess ist. Gender versucht, für dieses Empfinden eine Kategorie zu finden, bringt aber weitere Probleme mit sich, denn: Was ist denn ein weibliches oder männliches Empfinden? Gibt es (neben biologischen Faktoren) ein weibliches oder männliches Wesen? Ist dieses Wesen angeboren, wie es die Formulierung „im falschen Körper geboren“ suggeriert, die für das Empfinden von trans-Personen verwendet wird? Indem die Kategorie gender als von der Biologie und meist auch von der Gesellschaft losgelöstes, individuelles Phänomen betrachtet wird, wird es unweigerlich zu einer idealistischen Kategorie. (Das Problem, dass Geschlecht, sei es nun biologisch oder gesellschaftlich, überhaupt den Rahmen für das Empfinden und die Identifikation bildet, ist dadurch ebenfalls nicht gelöst – teilweise wird Geschlecht sogar in seiner Bedeutung überhöht, weil es gleichbedeutend mit der gesamten individuellen Identität betrachtet wird). Somit steht man vor einer Unterscheidung in das biologische Geschlecht, das, je nach Auslegung, entweder zwei Geschlechter und intersexuelle Abweichungen davon oder eine Vielzahl von biologischen Geschlechtern zu-

lässt, und das gesellschaftliche Geschlecht, das eine reine Identitätskategorie ist. Beide haben nichts miteinander zu tun und hängen innerhalb dieser Konstruktion auch nicht zusammen. Die mangelnde Erklärungskraft dieses Ansatzes ist offensichtlich. Zwar ist er eine verständliche Reaktion darauf, die Vielfalt menschlichen Empfindens nicht in biologisch determinierte Kategorien zu drängen. Ein politisch sinnvolles Programm, das über die Anerkennung aller Geschlechtsidentitäten hinaus auch den Ursprung der Unterdrückung erkennt und eine Perspektive gibt, bietet sie nicht. Dies hat bis heute nur der historische Materialismus zustande gebracht.

Der Ursprung der Unterdrückung der Frau

Für den historischen Materialismus ist „das in letzter Instanz bestimmende Moment der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens.“ So schreiben Marx und Engels, „[...] daß die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen [durch die Produktion], anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen - das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die Familie.“ Der Begriff der Reproduktion beschreibt die konkrete Schaffung und Erhaltung menschlichen Lebens. Engels folgert: „Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andererseits der Familie.“ Die Frage, wie die Produktion und Reproduktion organisiert sind, ist zu jedem geschichtlichen Zeitpunkt entscheidend. Sie ist die materielle Grundlage, auf der sich Moral, Gesetz, Kultur sowie in letzter Instanz auch Rollenbilder und Identitäten bilden können. Dieser historisch-materialistische Ansatz war es, der der Arbeiterbewegung erlaubte, jegliche idealistische, reaktionäre oder religiöse Vorstellung auf wissenschaftlichem Boden entgegenzutreten. Seien es Rassismus oder Sexismus, der historische Materialismus hilft uns begreifen: Diese Ordnungen sind nicht in Stein gemeißelt. Sie haben Bedingungen, unter denen sie entstehen und Bedingungen, unter denen sie vergehen können. Um diese zu schaffen, müssen wir sie verstehen. Friedrich Engels und Clara Zetkin

waren es, die in der deutschen sowie internationalen Arbeiterbewegung schon früh die Frauenfrage aufgriffen und historisch-materialistisch den Ursprung der Unterdrückung der Frau untersuchten. Innerhalb dieser Betrachtungen der Frauenfrage bieten sich auch wertvolle Anhaltspunkte für die Frage nach Geschlecht allgemein. Zwar betrachteten weder Engels noch Zetkin explizit von Mann und Frau abweichende Geschlechtsidentitäten. In ihren Abhandlungen zur Frauenfrage lässt sich aber die grundsätzliche Betrachtungsweise des historischen Materialismus in Bezug auf die Genese und Erhaltung von Geschlechterrollen erkennen. Dabei spielt natürlich das biologische Geschlecht eine Rolle, jedoch zeigt uns der historische Materialismus, dass dieses keineswegs zwangsläufig zu unterdrückenden Rollenbildern führt, sondern warum die Gesellschaft und ihre Funktionsweise entscheidend für Rollenbilder sowie geschlechtliches Empfinden, Unterdrückung und Befreiung sind.

Für die Rolle der verschiedenen Geschlechter in der Gesellschaft ist die Frage nach der Reproduktion besonders entscheidend. Hier kommt auch die Biologie ins Spiel. Denn es ist zwar nicht so, wie von biologisch-deterministischen Vorstellungen behauptet, dass die biologischen Unterschiede alle weiteren gesellschaftlichen Aufgaben von Mann und Frau bestimmen. Natürlich gibt es biologische Unterschiede – ihr Ausmaß wird jedoch von den Vertretern genannter Anschauungen vollkommen übertrieben (so sind die durchschnittlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die von biologischen Deterministen hervorgehoben werden, z.B. in der Größe des Gehirns oder der Muskelmasse, teils geringfügiger als die Unterschiede zwischen einzelnen Frauen oder einzelnen Männern). Aber es gibt natürlich einen Unterschied, der sich nicht leugnen lässt und für die historische Entwicklung der Geschlechterrollen kaum unterschätzbar Auswirkung hat: Die Rolle der Geschlechter in der Reproduktion. Es sind die Frauen, die eine Hälfte der Gesellschaft, die die Kinder neun Monate lang im Bauch tragen, gebären und sich zumindest in der frühen Phase der Kindheit um sie kümmern (d.h. stillen) müssen. Diese Tatsache hat sich in keiner Gesellschaft bisher aufgehoben und hat, je nach Gesellschaftsform, zu einer mehr oder weniger strikten Aufgabenteilung der

Geschlechter geführt. Und sie wird sich auch in zukünftigen Gesellschaften, egal wie Produktion und Reproduktion organisiert sind, nicht aufheben. Entscheidend für die Geschlechterrollen ist also, wie die gesellschaftliche Produktion und insbesondere die Reproduktion organisiert sind und ob diese Art der Organisation systematisch zu Unterdrückung und Zwang führt oder nicht.

Die erste explizit historisch-materialistische Studie zu dieser Frage nahm Engels in „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ vor. Hierin widmet er sich ausführlich der Darstellung der verschiedenen Familienformen in der Urgesellschaft und ihrer Auswirkung auf die Stellung der Frau. Die Arbeitsteilung in der Urgesellschaft ist nach Engels eine naturwüchsige, die zwar auf den Positionen von Mann und Frau im Fortpflanzungsprozess beruht, jedoch keineswegs so strikt oder mit nachteiligen Rollenbildern verbunden ist wie heute. Durch die niedrige Entwicklung der Produktivkräfte war im Urkommunismus kein ökonomischer Bereich, weder in der Produktion (wo tendenziell der Mann eine wichtigere Rolle einnahm) noch in der Reproduktion (wo tendenziell die Frau eine wichtigere Rolle einnahm), im Stande, ein Mehrprodukt abzuwerfen. Alle Mitglieder der Gesellschaft erarbeiteten sich kollektiv die materielle Lebensgrundlage. Engels schließt daraus, dass auch die Rolle der Frau in der Urgesellschaft eine andere gewesen sein muss als heute. Solange das Privateigentum und das Aneignen von Reichtümern noch keine Rolle spielten, brachte die naturwüchsige Arbeitsteilung keinem der beiden Geschlechter einen bedeutenden Nachteil. Engels nennt das Aufkommen des Privateigentums insofern bekannterweise die „welthistorische Niederlage des weiblichen Geschlechts“.

Mit der Herausbildung des Privateigentums und der Klassengesellschaft verändert sich sowohl die Organisation der Produktion als auch der Reproduktion grundlegend. Die Produktion dient seither der Schaffung des Mehrproduktes, das privat angeeignet wird. Wir sehen jedoch, dass natürlich auch die Reproduktion untrennbar mit der Produktion verbunden ist und die Rolle der Frau, die in dieser Reproduktion unweigerlich eine besondere Rolle spielt, somit ebenfalls in der Klassengesellschaft anderen Charakter bekommt. Auch die Reproduktion

wird den Notwendigkeiten der Klassengesellschaft unterworfen. Da die Reproduktionsarbeit kein Mehrprodukt abwirft, die Gesellschaftsordnung von nun an jedoch auf Privateigentum beruhte, verlor die Frau ihre bisherige Stellung: „Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein Privatdienst; die Frau wurde erste Diensthilf, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt“.

Halten wir fest: Es gibt biologische Unterschiede, diese sind aber nicht, wie die biologischen Deterministen behaupten, hauptsächlich entscheidend. Es ist die Gesellschaft und explizit die ökonomische Grundlage der Gesellschaft, die Art, wie Produktion und Reproduktion organisiert sind, die den Geschlechtern jeweils einen Platz in der Gesellschaft zuweist und für die Frau explizit zu geschlechtlicher Unterdrückung führt. Wie sich die biologischen Faktoren in eine geschlechtlich zugewiesene Aufgabe und somit Rolle übersetzen wird also letztendlich bestimmt durch die ökonomischen Verhältnisse der gegebenen Gesellschaft. Die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse war es auch, die überhaupt zur modernen Frauenfrage geführt hat, wie Clara Zetkin anschaulich darlegt, und sie sind es auch, die grundlegend verändert werden müssen, um Geschlecht nicht mehr zu einer Kategorie der Unterdrückung und des Zwangs zu machen. Dass diese historisch-materialistische Anschauung nicht nur in der Lage ist, zu erklären, unter welchen Bedingungen die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts entstanden ist, sondern auch die Perspektive für ihre Beseitigung aufzeigt, wird besonders in Clara Zetkins Ausführungen zur Frau im Kapitalismus und im Sozialismus deutlich. 1889 formulierte Zetkin: „Die Frauenemanzipationsfrage ist ein Kind der Neuzeit, und die Maschine hat diese geboren“. Mit der Industrialisierung wurden einerseits die Aufgaben des Haushalts vereinfacht, andererseits wurde im Kapitalismus die Arbeiterfrau, zunächst aus finanzieller Not, in Form der Lohnarbeit in den Produktionsprozess katapultiert. Der Kapitalismus und das Aufkommen der Proletarierin waren es, die die Trennung der Arbeit nach Geschlecht und die grundlegend verschiedenen Positionen der Geschlechter in der Familie und in der Gesellschaft in Frage stellten. Denn wenn die Frau neben dem Mann gleichermaßen beteiligt am Pro-

duktionsprozess ist, dann ist es auch nicht weit zur Frage nach gleichen politischen Rechten: „Es konnte früher wohl von einer gradweisen Hebung der Lage der Frau in dem oder jenem Sinne die Rede sein, aber nicht von einer Frauenfrage im modernen Sinne des Wortes, von einer Erschütterung der ganzen Grundlage ihrer Stellung [...]“ Der Kapitalismus schafft somit erst die Grundlage für die gesellschaftliche Befreiung der Frau. Engels schreibt: „Erst die große Industrie unsrer Zeit hat ihr - und auch nur der Proletarierin - den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet.“ Auch die Notwendigkeit der Ehe zum Vererben von Eigentum hebt sich im Proletariat, der besitzlosen Klasse, auf. (Zetkin nimmt auch Bezug auf bis heute herrschende Forderungen aus dem konservativen Lager, die geschlechtliche Arbeitsteilung innerhalb der bürgerlichen Familie wiederherzustellen, in der die Frau eine reine Hausfrau wäre: Diese sei reaktionär und die reine Hausfrau in der kapitalistischen Gesellschaft ein „Anachronismus“.) Der Kapitalismus schafft zwar die erste Grundlage der Befreiung der Frau. Doch erst im Sozialismus, in dem sowohl Produktion- als auch Reproduktion nicht der Erzeugung eines Mehrproduktes zur privaten Aneignung, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse aller unterworfen sind, wird auch die Frau als Teil der gesamten Arbeiterklasse befreit sein und die Trennung von Produktion und Reproduktion aufgehoben werden.

Historischer Materialismus und Geschlecht

Was sagt uns der historische Materialismus und seine Abhandlung der Frauenfrage über Geschlecht allgemein? Erst einmal erkennt er unbedingt an, dass es biologische Tatsachen gibt, ein weibliches und ein männliches Geschlecht, die in der Fortpflanzung einen bestimmten Platz einnehmen. Es ist jedoch die Gesellschaft und ihre Organisation, die Rollenbilder schafft, abhängig von den ökonomischen Notwendigkeiten. Es gibt heute einen ganzen Katalog an angeblich weiblichen und männlichen Eigenschaften – Zärtlichkeit, Fürsorge, Naivität für Frauen, Führungsgeist, Stärke und Härte für Männer. Diese Rollenbilder haben sich seit dem Bestehen der Klassengesellschaft mehr oder weniger ähnlich erhalten, da es in jeder Klassengesellschaft die Trennung von Produktion- und Reproduktion gab – wir sehen jedoch auch in den

verschiedenen Klassengesellschaften Unterschiede und Abweichungen, die sich jeweils in den Schranken der jeweiligen Gesellschaftsordnung bewegen. Und es gab natürlich immer Menschen, die von diesen Rollenbildern abwichen – diese sind nämlich nicht natürlich oder gottgegeben, sie liegen nicht im Wesen des jeweiligen Geschlechts, sondern sind gesellschaftlich geprägt. So wird beispielsweise anhand von Zetkins Argumentation deutlich, wie grundlegend sie die Änderung der Rolle der Frau einschätzt, die mit dem Kapitalismus begann und mit dem Kommunismus beendet würde. Mit der Veränderung der Stellung der Frau im Produktionsprozess ändert sich nicht nur die Sicht auf die Frau, sondern auch das eigene Empfinden. Zetkin attestiert den Frauen der Zukunft allein für das Säuglingsalter die Rolle der Erzieherin und Pflegerin – die Zeit, wo diese Aufgabe tatsächlich natürlich bestimmt sei. Darüber hinaus ließe sich nicht sagen, ob Frauen beispielsweise bessere Erzieherinnen oder Lehrerinnen seien als Männer, ob sie überhaupt irgendeine biologische Prädestinierung hätten, die sie in eine gesellschaftliche Aufgabe drängt. Sie bezieht somit direkt Stellung zu biologisch-deterministischen Vorstellungen, beispielsweise wenn es um die angeblich natürliche Bestimmung der Frau als Erzieherin geht: „[...] die in der Gesellschaft produzierende Frau wurde ihrem „natürlichen“ [Anführungszeichen von Zetkin!] Berufe entzogen, der überhaupt nur so lange natürlich war, als er sich mit den ökonomischen Grundbedingungen deckte.“ Der historische Materialismus kann nicht von einem männlichen, weiblichen oder (in Bezug auf die Diskussion rund um gender) nicht-binären Wesen ausgehen, sondern er erkennt, dass der Mensch in erster Linie Mensch ist, sein Empfinden allgemein sowie sein geschlechtliches Empfinden sich psychologisch ständig entwickeln und dass diese Entwicklung im Rahmen seiner gesellschaftlichen Aufgaben und Tätigkeiten entsteht. Wenn wir also nicht von einem idealistischen männlichen, weiblichen oder auch nicht-binären gender ausgehen, das sich unabhängig von Zeit und Gesellschaft Bahn bricht, sondern allein von Geschlechterrollen, deren Grenzen durch die jeweilige Gesellschaft gesetzt sind und somit auch aufgebrochen werden können, dann wird auch deutlich, welche Bedeutung der Sozialismus für die Befreiung von Geschlechterrollen hat. Diese Betrachtung hat starke Implikationen nicht

nur für die Befreiung der Frau, sondern auch für die politischen Forderungen bezüglich abweichender Geschlechtsidentitäten. Schon vor über 100 Jahren wurde für Zetkin deutlich, dass die Rollenbilder der kapitalistischen Gesellschaft unweigerlich in einen Widerspruch geraten und zur Frauenfrage im eigentlichen Sinne führen würden. Jetzt sehen wir heute, dass diese Rollenbilder keineswegs aufgebrochen sind, sondern sich vor allem in westlichen Gesellschaften in immer weitere Widersprüche verstricken, die durch eine allumfassende Propaganda in Medien umso einflussreicher wird. Die explizite Vermarktung von geschlechtsspezifischen Produkten und ihr psychologischer Einfluss auf das Selbstbild von jungen Menschen, die durch Medien und Werbung unweigerlich geschaffene Übersexualisierung und der schreiende Widerspruch so vieler unterschiedlicher Erwartungen und Anforderungen an die beiden Geschlechter führt heute unweigerlich zu einer vermehrten nicht-Identifikation und dem Wunsch, sich vom binären Geschlechtersystem und seinen Schranken für die Entfaltung abzuwenden. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, im akademischen Bereich und innerhalb des Spektrums der bürgerlichen Ideologie erhält dieser Drang Ausdruck in Form von poststrukturalistischen, idealistischen Vorstellungen, die die Gleichheit und individuelle Entfaltung der Identität zum Ziel haben. Aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung und somit der proletarischen Frauenbewegung sowie der damit zusammenhängenden, relativen Unbekanntheit von materialistischen Erklärungen dafür, wie Geschlechterrollen überhaupt zustande kommen und wie sie entsprechend bekämpft werden müssen, werden die Frauen- sowie LGBTI-Bewegung heute zunehmend zu einer Bewegung, die im Kern nichts weiter als Identitätspolitik betreiben kann.

In Deutschland wird beispielsweise der Internationale Frauentag, der 8. März, heute beispielsweise vielerorts als „FLINTA-Tag“ begangen (FLINTA meint Frauen, Lesben, nicht-binäre-, inter-, trans- und agender-Personen), in dem alle willkommen sind, die sich den entsprechenden Geschlechtern zugehörig fühlen, Männer jedoch explizit von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Der Begriff FLINTA ist dabei ein explizites Symptom für die benannte Vermischung verschiedener Fragen, der ihnen die ernsthafte politische Betrachtung ver-

wehrt. In dieser Vermengung werden all diese Themen und besonders der Frauenkampf geschwächt, der zu einem von verschiedensten Buchstaben wird (abgesehen davon, dass dieser Begriff der absolut erschlagenden Mehrheit der Menschen (und Frauen) in Deutschland nichts sagt). Diese Begriffsverschiebung geht Hand in Hand mit einer Degradierung der Proteste zu reinen Demonstrationen der Diversität, die nur empoweren sollen, anstatt politische Forderungen zu stellen, die heute bitter nötig wären. Die heutige Stärke der poststrukturalistischen Theorien und ihr Fokus auf Identität muss ebenfalls in Verbindung gebracht werden mit kapitalistischen, neoliberalen Ideologien und lässt sich nicht ohne Grund in vielen Fällen problemlos in Diversity-Konzepte von Unternehmen integrieren, in denen das Benefit der persönlichen Entfaltung die Produktivität der Belegschaft fördern soll. Und nicht zuletzt muss der Klassencharakter dieser Anschauungen deutlich werden, wenn sie immer häufiger gegen materialistische Betrachtungsweisen ins Feld geführt werden. So wird in den benannten Bewegungen Kräften, die auf den Begriff „Frau“ bestehen, weil er sowohl politisch unverzichtbar als auch die zentrale Analysekategorie ist, biologischer Determinismus vorgeworfen. Materialistische Ansätze sind allgemein als „queerfeindlich“ in Verruf geraten und werden ideologisch und politisch bekämpft. Dabei gibt uns explizit nur der historische Materialismus die Mittel an die Hand, um sowohl die Frauenfrage wissenschaftlich und politisch zu beantworten (wie es die proletarische Frauenbewegung historisch getan hat, was eigene Betrachtungen verdient) als auch den Weg für die weitestgehende Befreiung von Geschlechterrollen an sich aufzuzeigen, der für diejenigen gerade so wichtig wäre, die sich von ihnen eingeschränkt sehen (was in der heutigen Gesellschaft nicht nur nicht-binäre und trans-Personen sein dürften, sondern ein weit aus größerer Teil der Gesellschaft). Es muss darum gehen, für gesellschaftliche Bedingungen zu kämpfen, in denen Geschlecht eben nicht mehr den Rahmen bildet, in dem Menschen sich entfalten können oder nicht. Es bringt nichts, für abweichendes Empfinden Kategorien zu benennen und dabei stehen zu bleiben, dass all diese Kategorien akzeptiert werden müssen – dies setzt die materiellen Ursachen, die in unserer Gesellschaft zu Unterdrückung führen, nicht nur nicht außer Kraft, es lenkt von ihnen ab. Dagegen ist ein materialistisches Verständ-

nis der Unterdrückung der Frau und die Stärkung der Frauenbewegung auf dieser Grundlage zugleich der Schlüssel für die Befreiung von Unterdrückung aufgrund von Geschlecht und Geschlechterrollen überhaupt und deshalb nicht in einer allgemeinen Bewegung zur „Befreiung der Geschlechter“ unterzuordnen, sondern als eigenständige und die Hälfte der Arbeiterklasse umfassende Bewegung mit ihren entsprechenden Forderungen zu behaupten.

Die politisch-programmatischen Grundlagen der proletarischen Frauenbewegung zeigen jedoch den Weg auf, wie Rollenbilder und somit auch der damit einhergehende Zwang in unserer Gesellschaft grundlegend verändert werden können: Die bürgerliche Familie wird nicht mehr, wie im Kapitalismus, eine ökonomisch notwendige Einheit sein, in der die Reproduktionstätigkeit stattfindet und die den Geschlechtern klare Rollen im Produktionsprozess zuweist. Die Erziehungs- und Sorgearbeit wird, wie die gesamte Produktion- und Reproduktion, weitestgehend vergesellschaftet (was im übrigen auch positive Folgen für diese Bereiche selbst hat, da Bereiche wie Erziehung, aber auch Lebensmittelversorgung etc... als Tätigkeit kollektiviert, professionalisiert und auf einem höheren Niveau stattfinden können, wenn sie gesellschaftlich organisiert werden. Heißt: es muss nicht jede einzelne Mutter eine pädagogische Ausbildung genossen haben, damit Kinder eine qualitativ hochwertige Erziehung genießen, und nicht jeder Haushalt muss allein drei Mahlzeiten am Tag produzieren, was haushaltsübergreifend viel produktiver organisiert werden kann). Die Ehe verliert ihren Charakter als binden-

der Vertrag (wie schon in der jungen Sowjetunion, wo die Scheidung als erstes auf der Welt liberalisiert wurde) – sie ist im Sozialismus auch als Einheit zur Vererbung von Privateigentum nicht mehr notwendig. Es ist wichtig, zu verstehen, wie zentral diese Forderungen nicht nur für die Befreiung der Frau sind, sondern auch für LGBTI-Personen. Weitere Forderungen der proletarischen Frauenbewegung sind politische, aber insbesondere soziale Gleichstellung der Geschlechter, verwirklicht in der Form von gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Dies bedeutet auch soziale Absicherung und ökonomische Unabhängigkeit, die sowohl für Frauen als auch LGBTI-Personen heute an vielen Stellen fehlt und zu Abhängigkeit und Gewalt führt. Es ist die Einsicht, dass die Geschlechterrollen, die zu Unterdrückung führen, in den Produktionsverhältnissen (und nicht in der Biologie begründet sind), die es uns auch heute ermöglicht und weiter ermöglichen muss, politische Forderungen zu formulieren, mit denen die ökonomischen Grundlagen für die Geschlechterrollen verändert werden. Die Stärke von den in diesem Artikel benannten, bürgerlichen Theorien ist ein expliziter und direkter Ausdruck des bürgerlichen Klassencharakters dieser Bewegungen heute, der von Marxisten-Leninisten bewusst zurückgedrängt werden muss. Dabei befindet sich der Materialismus gegenüber den Fragen von Geschlecht und Befreiung nicht in einer rechtfertigenden Position, sondern muss diejenigen anprangern, die die Ursachen von Unterdrückung verschleiern wollen und diejenigen gewinnen, die sich von ihr befreien wollen.

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLAND

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Der notwendige Kampf für soziale Sicherheit und eine Garantie der Rechte: Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs

Von Ramón Natera

Die soziale Sicherheit gilt heute als Strategie des sozialen Schutzes, zumindest formal, obwohl die Fakten meist nicht den Worten entsprechen. Es heißt, dass ihre Maßnahmen darauf abzielen müssen, das Auftreten sozialer Risiken zu verhindern, die eine Gefahr für die wirtschaftliche Lage einer Familie darstellen, eine Bedrohung für ihr Vermögen und ihre Erwerbsbeteiligung, fast immer aufgrund von Krankheit oder Verletzung, Einkommensverlust, Alter, Behinderung oder Tod. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft schafft das Risiko und versucht dann, uns zu schützen, ohne die Ursachen zu ändern, die es verursacht haben.

Die soziale Sicherheit ist zweifelsohne eine große Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Während der Regierung von Otto von Bismarck (1871-1890) wurden unter dem Druck der Bewegung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zur Bekämpfung ihres Aufstiegs zwischen 1883 und 1885 drei Gesetze verabschiedet, die die Grundlagen des deutschen Sozialversicherungssystems legten; es wurde als Staatssozialismus¹ bezeichnet und verminderte somit die revolutionäre Gefahr, die von der Arbeiterklasse ausging. In den Vereinigten Staaten „begannen mit der Krise der 1930er Jahre

und der damit einhergehenden Zunahme der Arbeitslosigkeit - die zuerst die älteren Arbeitnehmer traf - Bewegungen zu wuchern, die ein Rentenprogramm für das Alter forderten“², so dass die 1935 geschaffene Sozialversicherung das Ergebnis politischer Versuche war, diese Bewegungen einzudämmen. Etwas Ähnliches geschah in England auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im November 1942, als das Sozialversicherungssystem eingeführt wurde. Dies war der Beginn des Aufbaus des britischen Wohlfahrtsstaates³ als Mittel zur Bewältigung der politischen und wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929. Es ging auch darum, die Entwicklung der Sowjetunion als alternatives Wirtschafts- und Sozialmodell zu bekämpfen.

Die Schaffung strukturierter sozialer Sicherungssysteme war zweifelsohne eine sehr erfolgreiche Reaktion der Bourgeoisie, die ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprach. Sie hat einen politischen Sieg errungen: Sie hat die Herausforderungen für ihre Gesellschaft verringert, die Bedeutung der Arbeiterbewegung heruntergespielt und dem kapitalistischen Staat ein höheres Maß an Legitimität verschafft, sogar in der Arbeiterklasse.

¹ Stiftung für ökonomische Bildung. (13. November 2022). Otto von Bismarck: der Mann hinter dem modernen Wohlfahrtsstaat. Von der Panam Post-Website: <https://panampost.com/fee-panampost/2022/11/13/otto-von-bismarck/>

² Dvoskin, N. (2012). Rechte, Kämpfe und öffentliche Politiken: Social Security in the United States in the 1960s. GESCHICHTE 396, 67-85

³ Llanos, C. (2013). Soziale Sicherheit, Beschäftigung und Privateigentum bei William Beveridge. Critical History No. 51, 223-246.

Es war auch ein wirtschaftlicher Sieg: In den Händen des Staates kam es zu einer beträchtlichen Kapitalakkumulation, die ihm die notwendigen Mittel verschafften, um Initiativen zur Unterstützung der Interessen der industriellen Bourgeoisie zu entwickeln und gleichzeitig soziale Hilfsprogramme zur Begrenzung der sozialen Proteste durchzuführen. Es zeigte sich also, dass der Kapitalismus in Bezug auf die Menschenrechte nicht schlechter ist als der Sozialismus. Es war kein Zufall, dass die soziale Sicherheit 1945 in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aufgenommen wurde und dass die Internationale Arbeitsorganisation 1952 das Übereinkommen über soziale Sicherheit verabschiedete.

Trotz aller Schwankungen entwickelte sich die soziale Sicherheit im Zickzackkurs ohne größere Rückschläge und stand stets auf der Tagesordnung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, allerdings mit einer starken reformistischen Tendenz, die die soziale Wohlfahrt stärker förderte als den Kampf um die Macht. In den 1980er Jahren wurde diese Pseudo-Stabilität durchbrochen. Ein Reformpaket, das die Ausweitung der Marktkräfte in der Wirtschaft, die wirtschaftliche Liberalisierung, die makroökonomische Stabilisierung und den Abbau des Staates vorsah, wurde 1989 als Washingtoner Konsens bezeichnet und den Ländern aufgezwungen, die sich in einer schweren Wirtschaftskrise befanden.⁴ Dieser Konsens wurde später als Grundlage für die neoliberale Politik identifiziert, die wichtige Veränderungen im Bereich der Gesundheit und natürlich der sozialen Sicherheit mit sich brachte. Dies war zu erwarten, da dies ein wichtiger Mechanismus für die Kapitalakkumulation ist.

⁴ Mit diesem Begriff bezeichnete der britische Wirtschaftswissenschaftler John Williamson den Vorschlag, der den Grundstein für den Neoliberalismus legte und ursprünglich folgende Punkte umfasste: a) Steuerdisziplin; b) Ausweitung der Steuerbemessungsgrundlage; c) vom Markt bestimmte Zinssätze; d) wettbewerbsfähige Wechselkurse; e) Liberalisierung des Handels; f) Aufhebung der Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen; g) Privatisierung staatlicher Unternehmen; h) Deregulierung des Marktes; i) Rechtssicherheit für Eigentumsrechte; j) Umlenkung der öffentlichen Ausgaben auf Subventionen, die auf die Armen ausgerichtet sind. Es wurde mit einigen Variationen von der Weltbank, dem IWF und der Interamerikanischen Entwicklungsbank umgesetzt, die dieses Paket als Bedingung für die Gewährung von Krediten durch diese Einrichtungen schnürten. Sie argumentierten, dass der wirtschaftliche Aufschwung ausreichen würde, um soziale Verbesserungen zu erzielen, d. h. zu wachsen und dann zu verteilen. Dies geschah nicht; im Gegenteil, die Anfälligkeit der Volkswirtschaften der betroffenen Länder wuchs und die sozialen Ungleichheiten nahmen zu. Die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten nahm zu. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen führte zu neuen politischen Konflikten. Angesichts der zunehmenden Opposition und Mobilisierung gegen diese Politiken wurde versucht, diese Reformen auf verschiedene Weise zu verändern, um ihnen ein neues Gesicht zu geben und ein akzeptables Maß an Legitimität zu erreichen. Dies ist noch nicht gelungen und der Protest wächst, aber das interessiert die politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht; ihr vorherrschendes Paradigma ist ein anderes.

So definieren sie die Hauptmerkmale der durch die neoliberale Politik verursachten Gesundheitsreformen:

„Die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen beschränken ihre Arbeit auf die Bereitstellung von Grundversorgungspaketen und intervenieren selektiv und zielgerichtet angesichts der sozio-gesundheitlichen Komplexität, sie führen die kommerzielle Logik in ihre Tätigkeit ein und privatisieren den profitablen öffentlichen Sektor. Ideologisch gesehen wird die Komplexität des Gesundheitsbereichs darauf reduziert, den Kranken die Schuld dafür zu geben, dass sie keinen gesunden Lebensstil pflegen, und die Suche nach Gesundheit wird auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen und das Risikomanagement auf individueller Basis reduziert.“

Im Bereich der sozialen Sicherheit wurde die Aufmerksamkeit auf die Krankenversorgung und die Renten gerichtet. In beiden Fällen wurde die Verantwortung des Staates auf private Vermittlungsagenturen mit direkten Verbindungen zu den Finanzeliten übertragen, unter dem Vorwand der Verwaltung von Rentenfonds und Gesundheitsrisiken. Sie zogen die Gesundheit des Marktes der Gesundheit der Bevölkerung vor. Die Krankenversorgung wurde nach der Logik der Privatversicherung und der Festlegung von Basisleistungspaketen organisiert, ohne die Bedürfnisse der Bevölkerung zu ermitteln. Die Rentensysteme wurden von Umlagesystemen auf Kapitalisierungssysteme auf individuellen Konten umgestellt, wobei das System mit Leistungszusage durch ein System mit Beitragszusage ersetzt wurde, bei dem die Höhe der Rente von den Beiträgen des Einzelnen abhängt und davon, wie gut oder schlecht der Kapitalmarkt ist. Das Recht auf soziale Sicherheit wurde zu einem sehr profitablen Geschäft, das von der amtierenden Regierung geschützt wird. Die arbeitenden Klassen wurden von Subjekten der Rechte zu Objekten der sozialen Wohlfahrt und schließlich zu einem Mittel zur Steigerung der Gewinne.

Warum wurde diese neoliberale Reform vorgeschlagen?

Der Grund, warum die Bourgeoisie in ihrem Eifer, ihre Gewinne zu steigern, nicht nachlässt, ist ganz rational. Er hat nichts mit zwingendem Verhalten

ten oder übermäßigem Ehrgeiz zu tun, jedenfalls nicht als Hauptfaktor. Es geht um das, was Marx als das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate definiert hat, das besagt, dass das Verhältnis zwischen dem durch den Mehrwert und den Verkauf eines Produkts erzielten ökonomischen Profit und dem vorgeschossenen Kapital im Laufe der Zeit abnimmt. Dies hat sich in der Praxis bewährt, wie das Schaubild über die Entwicklung der Profitrate des US-Wirtschaftssektors von 1945 bis 2021 zeigt. Angesichts dieser Realität stürzten sie sich unersättlich auf alles, was noch nicht dem Markt gehörte und was sich in den Händen des Staates befand. Sie brauchten diese Märkte und stürzten sich auf sie.

Und sie führten sie zum günstigsten Zeitpunkt durch

Die neoliberale Theorie begann kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in Paris, Frankreich, Gestalt anzunehmen, um das liberale Denken, das während der Weltwirtschaftskrise seine Legitimität verloren hatte, wiederzubeleben und so dem Wachstum des Sozialismus, des Roosevelt-Kollektivismus und des britischen Wohlfahrtsstaates zu begegnen, das „Lippmann-Kolloquium“. Diese Vorschläge wurden nach dem Krieg wiederholt. Es ist klar, dass die Bourgeoisie niemals schläft. Diese Vorschläge wurden jedoch erst mit dem Staatsstreich gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile in die Praxis umgesetzt. Im Kontext einer Militärdiktatur, die unter starker Repression stand, mit bedeutenden Fortschritten in der neoliberalen Politik und unter Beteiligung einer neuen Gruppe von Wirtschaftsexperten, den so genannten Chicago Boys, war dies eine unglaubliche Gelegenheit, die neoliberale Politik zu erproben, vor allem, weil Protest und Mobilisierung seitens der Arbeiterklasse unmöglich waren. Die massive Verbreitung der wirtschaftlichen Erfolge der Diktatur ermöglichte es, ein für das neoliberale soziale und politische Modell günstiges Narrativ zu schaffen, für eine neue Gesellschaft, die auf dem freien Markt und ohne politisch-ideologische Beschränkungen basiert.

Sobald diese Politik erprobt war, bestand die neue neoliberale Mission darin, den Rest der Länder anzugreifen. Die Gelegenheit in der Hauptwirtschaft ging Hand in Hand mit der Wirtschaftskrise im so genannten verlorenen Jahrzehnt sowie dem endgültigen Zerfall der UdSSR im Dezember 1991. Dies führte zu einem erheblichen Rückgang der politischen Fähigkeiten der Organisationen und Parteien der Arbeiterklasse, sogar der Guerillaorganisationen wie in El Salvador. Und auf ideologischer Ebene bot sich die Gelegenheit, eine Theorie zum Problem zu entwickeln, die von den Regierungen, der politischen Rechten und der konservativen Gewerkschaftsbewegung aufgegriffen wurde, die richtig war, insbesondere die Theorien von James M. Buchanan, der die heutige Anti-Regierungspolitik prägte und als Architekt der radikalen Rechten gilt.

Mehr als hundert Jahre, nachdem der Prozess der Umwandlung der sozialen Sicherheit in ein Recht begonnen hatte, wurden die neuen Modelle der sozialen Sicherheit zu Leugnern des Problems. Die Gelegenheit bot sich und sie nutzten sie. Die Parteien und Gewerkschaften der Linken, darunter auch einige revolutionäre, übernahmen, im Umfeld von den Diskussionen über das Ende der Geschichte, die meiste Zeit die Forderungen nach dem Recht auf Gesundheit, auf Versorgung bei Krankheit und das Recht auf soziale Sicherheit als Sozialhilfe. Sie beschränkten sich darauf, die Fortführung eines Modells der sozialen Sicherheit zu fordern, das von der Wirtschaft und der Regierung von innen heraus gesprengt worden war, und leider mit der Komplizenschaft des konservativen Gewerkschaftssektors, um es als notwendiges Scheitern zu entlarven, als eine Vergangenheit, die nie wiederkehren würde, genau wie das gescheiterte sozialistische Modell, von dem das, was davon übrig geblieben war, in den Händen der mit dem Staat verbundenen Bürokratie lag, die es ebenfalls verriet und der transnationalen Oligarchie auf dem Silbertablett überreichte.

Und sie wollen mehr

Trotz der Tatsache, dass das neoliberale Modell nicht in der Lage ist, ein objektiv günstiges Ergebnis in der Wirtschafts- und Sozialordnung aufzuwei-

sen, außer dass es die Mehrheit davon überzeugt hat, dass sie individuelle Konsumenten im Wettbewerb sind, trotz der Entlarvungen und Kritiken, die dazu gemacht wurden, den Mobilisierungen dagegen, aber der Schwäche der Arbeiterbewegung und des Fehlens eines überzeugenden Vorschlags, haben sie es zugelassen, dass das Gleichgewicht der Kräfte sogar zugunsten der Bourgeoisie kippt. Und natürlich hören sie nicht auf und wollen immer mehr, um den Trend des Rückgangs der Profitrate zu verhindern. Jetzt versuchen sie, uns die letzten Rechte zu nehmen. Sie versuchen, die Arbeit zu deregulieren, um die Ausbeutungsfreiheit zu begünstigen, die Ausnutzung der Steuersysteme, die ihnen Privilegien gewähren, aufrechtzuerhalten, Subventionen für Bildung, Kultur, Gesundheit und öffentliche Dienstleistungen zu streichen, die Ausbeutung und ausbeuterische Praktiken zu fördern, die die Umwelt und die natürlichen Ressourcen zerstören, die Ungleichheit in all ihren Formen unsichtbar zu machen, die Demokratie zu zerschlagen und sie durch despotische Regime unter dem Deckmantel der persönlichen Führung zu ersetzen, uns eine religiöse Vision der Gesellschaft und der Familie aufzuzwingen, kurz gesagt, uns in die Zeiten der Monarchien zurückzubringen. Es ist der ewige Wunsch der Bourgeoisie, der sich jetzt ohne Erröten zeigt.

Was Revolutionäre im Falle der sozialen Sicherheit tun sollten

Wenn Revolutionäre untätig bleiben oder bei ihren Aktionen Fehler machen, ist eine bessere Zukunft für die Arbeiterklasse und die Menschheit nicht zu erwarten. Ihre Aktivität ist unerlässlich. Es muss drei Aktionslinien geben: a) die neoliberale Politik auf der Grundlage des Klassenkampfes anzuprangern und herauszufordern; b) die Arbeiterklassen zu organisieren und zu mobilisieren, um sie zur Konfrontation mit dem kapitalistischen System zu führen, indem der Kampf für soziale Sicherheit zu einer Konfrontation im politischen Bereich wird, die die Ausbeutungsbedingungen, denen die Arbeiterklassen unterworfen sind, sichtbar machen kann; c) alternative Vorschläge zu unterbreiten, die den besten Weg für eine neue Gesellschaft frei von Ausbeutern aufzeigen.

Lasst uns vorwärts schreiten!

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCT) DOMINIKANISCHE REPUBLIK

FRANKREICH

Über Volksmobilisierungen, die sich gegen die Ursachen des Klimawandels richten

Der 10. Kongress unserer Partei (im Mai 2024) analysierte die Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Land (von 2020 bis 2024) und die Beteiligung unserer Partei an den großen Mobilisierungen: ihre politische und organisatorische Arbeit, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Möglichkeit eines revolutionären Bruchs mit dem imperialistisch- kapitalistischen System zu stärken.

Wir greifen hier den Teil auf, der den Mobilisierungen der Bevölkerung zu Umweltfragen gewidmet ist, die sowohl aus politischer Sicht als auch unter dem Gesichtspunkt des Ausmaßes der Mobilisierungen, insbesondere der Jugendlichen, ein wichtiger Bestandteil des sozialen Protests der Bevölkerung gegen das System sind.

**IMOBILISIERUNGEN GEGEN DIE URSACHEN UND FOLGEN DES KLIMAWANDELS;
MOBILISIERUNGEN GEGEN GROSSPROJEKTE,
DIE „NUTZLOS, KOSTSPIELIG UND
UMWELTSCHÄDLICH“ SIND.**

Diese Analyse, die auf die wichtigsten Aspekte des Klassenkampfes und der Volksmobilisierungen hinweist, wäre unvollständig, wenn sie nicht auch die sehr wichtige Frage der Kämpfe ansprechen würde, die sich gegen die Ursachen des Klimawandels und seine Folgen richten.

Die Folgen, nämlich die aufeinanderfolgenden immensen Klimakatastrophen, betreffen vor allem die Masse der Menschen und Völker auf der ganzen Welt. Sie lösen große Besorgnis aus, die oft dazu benutzt wird¹, den überall wachsenden Protest gegen das für diese Störungen verantwortliche „System“ lahmzulegen. Die massiven Bewegungen junger Gymnasiasten in den Ländern Nordeuropas und in Deutschland, die zu den „Fridays for future“-Streiks führten, beunruhigten die Regierungen, die nicht zögerten, sie systematisch zu unterdrücken. Dies wiederum führte zu einer Radikalisierung eines Teils der Proteste. In Frankreich richteten sich die Proteste direkter gegen die Monopole, die für die großen Mengen an Treibhausgasemissionen

¹ Häufig wird auf die Öko-Angst verwiesen, die vor allem bei jungen Menschen für tiefe Depressionen verantwortlich ist.

verantwortlich sind, gegen die Erdölgesellschaften und ganz allgemein gegen die Regierung, die keine Strafen gegen sie verhängt.

Anti-Atomkraft-Kämpfe

Es ist unbestreitbar, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung von der Propagandawalze der Regierung und der Industriellen der Atomkraftlobby über die „Vorteile“ dieser Energie auf zwei Ebenen beeinflusst wurde:

- Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen infolge der Blockade der Öl- und Gasimporte aus Russland, die Teil der internationalen Sanktionen sind. Die Möglichkeit, große Mengen elektrischer Energie in Kernkraftwerken zu erzeugen, wird als Schlüsselfaktor für die Energieunabhängigkeit dargestellt, auch wenn dabei der Rohstoff Uran, der insbesondere aus Niger importiert wird, nicht berücksichtigt wird.
- Die Kernenergie und die Erzeugung von elektrischer Energie werden als Alternativen zur Verwendung fossiler Brennstoffe, die Treibhausgase ausstoßen, vorgestellt. Die exponentiell steigende Nachfrage nach elektrischer Energie, die in sogenannten Elektrofahrzeugen verwendet wird, erfordert große Produktionskapazitäten, die Kernkraftwerke erzeugen können.
- Die Anti-Atomkraft-Bewegung stellte sich „gegen den Strom“ dieser Propaganda. Anfänglich konzentrierte sie sich vor allem auf zwei Themen:
- Ungelöste Probleme im Zusammenhang mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle²;
- Die Gefahren, die von alternden Kernkraftwerken ausgehen, ein reales Problem, das sich auch auf die schwindelerregenden Summen bezieht, die in die Nachrüstung alter Kraftwerke gesteckt werden, um deren „Lebensdauer“ zu verlängern, und auf die noch größeren Summen, die für den Bau von acht oder mehr neuen Reaktoren aufgewendet werden.

² Gegen das Großprojekt Cigeo [zur Endlagerung radioaktiver Abfälle] im Département Meuse.

Eine dritte Dimension ist hinzugekommen - oder besser gesagt, sie ist wieder auf den Tisch gekommen - nämlich die militärische Atomenergie im Zusammenhang mit den Drohungen des Einsatzes von Atomwaffen in zwischenimperialistischen Kriegen. Die Besonderheit der Atomindustrie in Frankreich besteht darin, dass die zivile und die militärische Atomkraft miteinander verflochten sind, wobei die „zivile“ Atomkraft sowohl den Brennstoff für die Reaktoren der Atom-U-Boote liefert, die Atomraketen abfeuern, als auch das Plutonium, das für die Herstellung von Sprengköpfen unerlässlich ist. Die Anti-Atomkraft-Bewegung, die im August 2023 in der Region Larzac zusammenkam, ist einer der wichtigsten Bestandteile dieses Kampfes.

Kämpfe gegen die Großprojekte der Monopole

Wir sprechen hier von den Kämpfen gegen die Großprojekte, die von den Monopolen mit Unterstützung des Staates in Angriff genommen werden und die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima haben. Hunderte von Jugendlichen mobilisierten gegen die großen Wasserreservoirs von Sainte-Soline und das Modell der Agrarindustrie, das sie nötig macht, und stellten sich stundenlang den Gendarmen entgegen. Am 25. März 2023 brachte diese langfristige Mobilisierung viele junge Menschen, Aktivisten und Gewerkschaftsgruppen des Bauernverbands, Aktivisten und Umweltschützer und andere zusammen und fand breite Unterstützung in der Öffentlichkeit. Es handelte sich in gewisser Weise um eine Erweiterung des Phänomens der „ZAD“³, ohne dass es zu dauerhaften Besetzungen über lange Zeiträume kam.

Die „Earth Uprisings“ haben den militanten Charakter eines persönlichen Engagements angenommen, mit einer breiten Palette von unterstützenden Organisationen, von denen viele nicht an diesen Aktionen beteiligt sind, aber das Recht auf zivilen Ungehorsam, das Recht auf legitime Revolte unterstützen. Sie kündigen ihre Aktionen öffentlich an, beanspruchen sie für sich und betonen, dass sie nicht Menschen angreifen, sondern Unterneh-

³ Die zu verteidigenden Gebiete führten zu Landbesetzungen, wie z.B. die zu verteidigende Zone (ZAD) von Nantes, die sich gegen die Erweiterung des Flughafens richtete: ein nutzloses und kostspieliges Projekt, das Ackerland bedrohte. Das bedeutete, dass die Aktivisten bereit waren, monatelang unter schwierigen Bedingungen zu leben und häufig mit der Polizei zusammenzustoßen. Die ZAD war siegreich, vor allem wegen der wachsenden Unterstützung durch die Bevölkerung.

men, insbesondere Großunternehmen, ja sogar Monopole, Institutionen usw., und dass sie „gewaltfrei“ sind, aber das Recht haben, sich gegen polizeiliche Repressionen zu wehren. Sie haben zu einer großen Anzahl von Mobilisierungen geführt, die viele Menschen zusammenbringen, um gegen Autobahnprojekte, die Zubetonierung und die Beschlagnahme von Land und Wasser durch die Agrarmonopole, Großbetriebe und das Transportwesen zu protestieren und die Repression anzuprangern. Gleichzeitig gab es Mobilisierungen mit Aufrufen zu Massenkundgebungen, wie die gegen den Bau der Autobahn A69 Tarbes-Castres. Ein weiterer Schwerpunkt der Mobilisierung ist die Baustelle der Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke (LGV) zwischen Lyon und Turin, die durch das Maurienne-Tal führt. Dieser Protest dauert bereits seit 30 Jahren an: Im Juni 2023 nahmen 5.000 Menschen an einer Aktion teil.

DIE KÄMPFE DER FORTSCHRITTLICHEN TEILE DER BAUERNSCHAFT

Bei den Demonstrationen gegen die Rentenreform 2023 waren Transparente und Traktoren des Bauernverbandes zu sehen. Er war bereits mit den Streikenden von 1995 solidarisch und setzt sich seit seiner Gründung⁴ für die Solidarität zwischen Bauern und Arbeitern ein. Er engagiert sich im Kampf gegen die neoliberale Politik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene (in Solidarität mit den Bauern Lateinamerikas, Afrikas, ohne die Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um sein Land zu vergessen) und setzt sich für eine „bäuerliche Landwirtschaft“ ein, die die Umwelt respektiert, mit kleinen und mittelgroßen Betrieben und einer qualitativ hochwertigen Produktion zu moderaten Preisen, im Gegensatz zum Agrobusiness.

Wir haben immer Verbindungen zu ihren Aktivisten gehalten und sind immer ihren Positionen gefolgt, gegen das Agrobusiness, gegen die kapitalistische Landwirtschaft, die von der Mehrheitsgewerkschaft FNSEA [Nationaler Verband der Bauerngewerkschaften] verteidigt wird, deren regionale und nationale Führer rechts stehen und an der Entwick-

lung der Agrarpolitik der jeweiligen Regierungen beteiligt sind. Der Bauernverband verteidigt zwar die „Ernährungssouveränität“, unterstützt aber die Bauernorganisationen, die weltweit gegen die Agrarmonopole kämpfen, und distanziert sich von den Positionen der „Bauern-Koordination“, die der extremen Rechten nahesteht.

Ob bei der Mobilisierung gegen die Wasserreservoir (in Sainte-Soline) oder bei der der Bauern im Januar 2024, die Positionen und Aktionen der Aktivisten des Bauernverbandes waren fortschrittlich. In den Aussagen eines Aktivisten aus Savoyen, die im Februar 2024 in La Forge veröffentlicht wurden, zeigt sich sowohl Aufgeschlossenheit als auch Verständnis dafür, dass die Probleme mit einem System verbunden sind:

„Es ist nicht verwunderlich, dass die Krise in der Landwirtschaft jetzt mit den zusätzlichen Energiekosten zusammenhängt. Die landwirtschaftlichen Prozesse verbrauchen immer mehr Energie, direkt oder indirekt (Stickstoffdünger wird aus Erdgas hergestellt). Der Kapitalismus ist unvereinbar mit einer Landwirtschaft, die Mensch und Natur respektiert. Er führt zu Problemen in allen Bereichen. Er hat die bäuerliche Bevölkerung vernichtet. Er zerstört die biologische Vielfalt, erschöpft die Wasservorräte, bedroht die Gesundheit der Landwirte und Verbraucher... Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und zwingt uns, uns grundlegende Fragen zu stellen. Das ist die positive Seite der Situation. Die Probleme sind miteinander verknüpft. Die Arbeiter fragen sich nicht mehr nur nach den Problemen der Arbeiter, die Bauern fragen sich nicht mehr nur nach den Problemen der Bauern... Es gibt mehr Konvergenz, weil wir das Problem als Ganzes sehen müssen.“

DIE HERVORHEBUNG DER STÄRKE DES KLASSENKAMPFES UND DER MACHT DER VOLKSBEWEGUNG DARF NICHT DIE SCHWÄCHEN DER ARBEITER- UND VOLKSBEWEGUNG VERDECKEN

In den letzten Jahren hat sich die Krise des Reformismus und der Organisationen, die ihn unterstützen, verschärft. Diese Kräfte, die einen großen Teil ihrer Aktivitäten auf die Kämpfe im Parlament konzentrieren, sind nicht in der Lage, aus den sozialen Protesten bei den Wahlen „Kapital“ zu schlagen, zumal sie gespalten sind. Das Bündnis NU-

⁴ Die Anfänge des Bauernverbandes gehen auf das Jahr 1987 zurück. Er ist Gründungsmitglied der Europäischen Bauernkoordination, von Via Campesina und Attac.

PES (Neue Ökologische und Soziale Volksunion) hat es diesen Parteien ermöglicht, im Parlament vertreten zu sein und in einigen großen Städten, Regionen und Departements zu regieren. Dieses im Wesentlichen auf Wahlen beruhende Bündnis wurde zwischen reformorientierten Parteien mit tiefen politischen Differenzen geschlossen. Es wurde insbesondere durch den Wettbewerb zwischen den Führern der verschiedenen Sektoren um die Führung oder um die Förderung der eigenen Partei gespalten.

Die Tendenz zur Wahlenthaltung in Arbeiterkreisen ist nach wie vor sehr stark. Das ist nicht gleichbedeutend mit mangelndem politischem Interesse, und wenn es auch eine gewisse Verwirrung widerspiegelt, so bestärkt es doch viele in dem Gedanken, dass wir trotzdem kämpfen müssen.

Es ist klar, dass es die soziale Bewegung ist, die sich wehrt, die kämpft, die der Bezugspunkt für die Volksmassen ist. Wie wir schon oft geschrieben haben, „findet dies in den Unternehmen und auf den Straßen statt“. Und während der Bewegung gegen die Anhebung des Rentenalters auf 64 Jahre haben wir betont, dass „der Protest gegen Macron sich auf den Protest gegen das System erstreckt“, was unsere beiden Aufkleber, die weit verbreitet wurden, unterstrichen haben.

In diesen Kämpfen und Bewegungen bilden sich Aktivisten, die nach Werkzeugen suchen, um die Situation zu verstehen und sich in einer komplexen

Situation zu orientieren. Die Antworten auf diese Fragen werden nicht spontan gefunden und sind nicht spontan revolutionär. In dieser Situation entwickeln sich „natürlich“ anarcho-syndikalistische Tendenzen und Verwirrungen, die radikale Strömungen zu erfassen versuchen.

Es ist die Aufgabe der Partei, die Menschen zu gewinnen und sie mit der marxistisch-leninistischen Theorie auszustatten. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass unsere Partei quantitativ noch klein ist, dass sie noch einen begrenzten Einfluss auf die Arbeiter- und Volksbewegung, auf die Jugend hat. Diese Realität ist eine der „Schwächen“ der Arbeiterbewegung, die uns herausfordert und uns zwingt, unsere Anstrengungen zu verdoppeln.

Dieses Klima der sozialen Mobilisierung richtet sich auch gegen die Reaktion und die Ideen, die sie, vor allem mit Hilfe der Medien, in den Massen zu verankern versucht. Aber es wäre falsch und gefährlich zu glauben, dass diese Ideen keine Wirkung haben.

Heute, wo in mehreren Ländern, in denen Mitgliedsparteien der Konferenz aktiv sind, revolutionäre Prozesse im Gange sind, halten wir es für einen integralen Bestandteil unserer Aufgaben als Revolutionäre und Kommunisten, diese Prozesse und die Arbeit der Schwesterparteien bekannt zu machen. So versteht unsere Partei die Praxis des proletarischen Internationalismus, wie Marx sie uns vorgelebt hat.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS

INDIEN

Indiens Unterstützung Israels gegen die Bevölkerung von Gaza entlarvt Modis Regierung

Obwohl die indische Regierung dies noch nicht zugegeben hat, haben mehrere indische und ausländische Medien bestätigt, dass Indien Israel in seinem völkermörderischen Krieg im Gazastreifen durch den Export von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung unterstützt.

Am 12. Dezember 2023 stimmte Indien für eine Resolution der UN-Generalversammlung, in der ein sofortiger Waffenstillstand in Gaza gefordert wurde. Am 5. April 2024 änderte Indien jedoch seine Position und gehörte zu den 13 Ländern, die sich bei einer vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedeten Resolution, in der ein sofortiger Waffenstillstand in Gaza und ein Waffenembargo gegen Israel gefordert wurde, der Stimme enthielten.

Im Februar dieses Jahres lieferte Indien über 20 unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs) vom Typ Hermes 900 Medium-Altitude Long-Endurance (MALE) an Israel. Diese Drohnen werden seit 2018 in Hyderabad von Adani-Elbit Advanced Systems India

Ltd hergestellt, einem Joint Venture zwischen dem indischen Unternehmen Adani Defence and Aerospace, einem Unternehmen von Gautam Adani, einem Oligarchen, der dem indischen Premierminister Narendra Modi nahe steht, und dem israelischen Unternehmen Elbit Systems.

Nach mehreren indischen und ausländischen Berichten sind diese Drohnen sowohl zur Überwachung als auch zur Bombardierung aus der Luft geeignet, und Israel hat diese Drohnen für Angriffe auf palästinensische Zivilisten und Häuser eingesetzt.

Darüber hinaus liefert Indien über seine öffentlichen und privaten Unternehmen auch mehrere andere militärische Produkte nach Israel. Einem Bericht der indischen Nachrichtenwebseite The Wire zufolge „hat Munitions India Ltd (MIL) - ein dem Verteidigungsministerium unterstehendes staatliches Unternehmen - ebenfalls die Erlaubnis erhalten, seine Produkte bis Januar 2024 nach Israel zu liefern.“

„In ähnlicher Weise“, so berichtet The Wire, „hat ein privates indisches Unternehmen, Premier Explosives Ltd., das mindestens seit 2021 Sprengstoffe und verwandtes Zubehör unter einer SCOMET-Lizenz (Special Chemicals, Organisms, Materials, Equipment and Technologies) nach Israel exportiert, seit Beginn des israelischen Krieges gegen den Gazastreifen im vergangenen Jahr zweimal die Erlaubnis erhalten, diese Güter zu exportieren - am 20. November 2023 und am 1. Januar 2024.“

Am 4. September 2024 reichte eine Gruppe ehemaliger Diplomaten, Aktivisten und Akademiker aus Indien eine Petition beim Obersten Gerichtshof Indiens ein, um dessen Eingreifen in dieser Angelegenheit zu erreichen. Die Petenten forderten, dass „Indien alle bestehenden Lizenzen/Genehmigungen annulliert und die Erteilung neuer Lizenzen/Genehmigungen an verschiedene Unternehmen in Indien für den Export von Waffen und anderen militärischen Ausrüstungen nach Israel stoppt“. Weiter heißt es: „Indien sollte seine Hilfe für Israel, insbesondere seine militärische Unterstützung einschließlich militärischer Ausrüstung, unverzüglich aussetzen, soweit diese Hilfe zur Verletzung der Völkermordkonvention, des humanitären Völkerrechts oder anderer zwingender Normen des allgemeinen Völkerrechts verwendet werden kann. Indien muss unverzüglich alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass die bereits an Israel gelieferten Waffen nicht zur Begehung von Völkermord verwendet werden, nicht zu Völkermord beitragen oder in einer Weise eingesetzt werden, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt.“

Es ist zwar noch ungewiss, wann das Gericht den Fall verhandeln wird, aber historische Präzedenzfälle deuten darauf hin, dass indische Gerichte zögern könnten, Entscheidungen der Exekutive in solchen Angelegenheiten anzufechten. Obwohl den verfügbaren Daten zufolge mindestens 40.435 Palästinenser bei den andauernden israelischen Bombardements auf die palästinensische Bevölkerung getötet und 93.534 verletzt worden sind. Laut dem jüngsten Bericht des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge sind mindestens 1,9 Millionen Menschen (oder neun von zehn Menschen) im Gazastreifen Binnenvertriebene, darun-

ter auch Menschen, die wiederholt vertrieben wurden (manche bis zu zehn Mal).

Beziehungen zwischen Indien und Israel

In Anbetracht der Tatsache, dass Indien die erste nicht-arabische Nation war, die sich 1948 gegen den Beitritt Israels zur UNO aussprach und 1974 die PLO und 1988 die palästinensische Staatlichkeit anerkannte, stellt Indiens jüngster Export von Militärgütern nach Israel eine deutliche Abweichung von seiner bisherigen Außenpolitik dar. Ein genauerer Blick auf die Geschichte der indischen Außenpolitik zeigt jedoch, dass diese Entwicklung möglicherweise der Höhepunkt eines langjährigen, wenn auch weniger offensichtlichen Engagements mit Israel ist.

Die veränderte Politik Indiens gegenüber Israel begann in den 1990er Jahren mit dem Aufstieg halbfaschistischer politischer Organisationen wie der Bharatiya Janata Party. Die BJP hat, wie viele ultranationalistische Parteien, Israel immer gegen den Kampf des palästinensischen Volkes um Befreiung und Selbstbestimmung unterstützt. Bis in die 1990er Jahre hatte sie jedoch nur ein sehr begrenztes Mitspracherecht in der indischen Außenpolitik. Und aufgrund ihrer schwächeren Position hielten sie an der traditionellen Politik fest. Dies lässt sich sehr gut anhand einer Aussage von Atal Bihari Vajpayee nachvollziehen, der 1977, als er Außenminister in der Regierung der Janata-Partei wurde, seine Position erläuterte. Auf einer Kundgebung erklärte er seine Position: „Es wird gesagt, dass die neu gebildete Regierung der Janata-Partei nicht die Araber, sondern Israel unterstützen wird. Ich möchte Ihnen sagen, dass Israel für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten palästinensisches Land räumen muss, das es illegal besetzt hat. Und die Rechte der Palästinenser sollten festgeschrieben werden.“ Als er 1996 Premierminister wurde, erlebte Indien einen beispiellosen Anstieg der gegenseitigen diplomatischen Besuche zwischen den beiden Ländern.

Bis in die 1990er Jahre verfolgte Indien, wenn auch im eigenen Interesse, regional und international, die Politik der Blockfreiheit. Bis zu diesem Zeitpunkt unterstützte es, zumindest scheinbar, eine

Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts im größeren Interesse des palästinensischen Volkes. Dennoch unterhielt es weiterhin Handelsbeziehungen mit Israel.

Nach 1999 jedoch, als die Hindutva-Politik an Boden gewann und ihre minderheitenfeindliche Rhetorik zunahm, begann sich auch die Innenpolitik des Landes zu verändern. Vor dem Hintergrund der antimuslimischen Ram-Janmabhoomi-Bewegung, die in der Zerstörung einer Moschee aus dem 16. Jahrhundert durch einen hinduistischen Mob gipfelte, nahm Indien 1992 diplomatische Beziehungen zu Israel auf. (Dies geschah übrigens durch eine Kongressregierung.) Damit wurde die so genannte humanitäre Beziehung neu gestaltet, die in den 1950er Jahren begann, als Indien Israel erlaubte, ein Einwanderungsbüro in Mumbai, dem damaligen Bombay, einzurichten. Das Einwanderungsbüro wurde später in ein Handelsbüro und dann in ein Konsulat umgewandelt.

Seitdem sind die Beziehungen zwischen Indien und Israel auf Kosten des palästinensischen Volkes nur noch stärker geworden. Einem Dossier des indischen Außenministeriums zufolge „hat sich der Warenhandel von rund 200 Millionen US-Dollar im Jahr 1992 (hauptsächlich Diamanten) auf rund 10,7 Milliarden US-Dollar (ohne Verteidigung) in den Jahren 2022-23 diversifiziert“. Derzeit ist Indien der zweitgrößte Handelspartner Israels in Asien und der siebtgrößte in der Welt.

Modi, Quad und Israel

Unter Modi hat sich Indien fest als Juniorpartner in der von den USA geführten westlichen Achse etabliert. Im Mai 2022 nahm Modi an der Gründung des Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF) in Tokio teil. Der IPEF ist ein wirtschaftlicher Flügel des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs oder Quad. Das 2007 gegründete Quad ist eine Partnerschaft zwischen Amerika, Australien, Indien und Japan. Obwohl die vier Länder sie als Wirtschaftspartnerschaft bezeichnen, handelt es sich in Wirklichkeit um eine militärische Partnerschaft mit dem stillschweigenden Ziel, China einzukreisen und seinen wachsenden wirtschaftlichen und strategischen Einfluss in der Welt, insbesondere

in Asien und Afrika, einzudämmen. Kein Wunder, dass China bei der Gründung des IPEF von einer „wirtschaftlichen NATO“ sprach.

Die Vierergruppe ist von ihrer Struktur her imperialistisch, und bis zum letzten Regime zeigte Indien kein Interesse an einer Fortsetzung der Vierergruppe. Nach dem Austritt Australiens aus der Quad im Jahr 2008 beteiligte sich Indien nicht an den Bemühungen um ihre Wiederbelebung. Erst nach dem Amtsantritt von Modi hat sich Indien aktiv an der Quad beteiligt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels hatte Indien angekündigt, dass es den Quad-Gipfel 2025 ausrichten wird.

Unter Modi ist die halbkoloniale Kapitalistenklasse Indiens, die Modi und seine Partei ebenso wie alle Hindutva-Kräfte repräsentieren, gierig geworden, die neue Welle des westlichen Imperialismus auszunutzen, selbst wenn dies bedeutet, die Souveränität des Landes aufzugeben, den Neokolonialismus zu übernehmen und die Dritte Welt zu verraten. In der „neuen Weltordnung“ ähnelt das heutige Indien mehr und mehr dem China von Tschiang Kai Tschek vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Indiens schamlose Unterstützung für Israel muss vor diesem Hintergrund gesehen werden, denn Israel ist ein sehr wichtiger Bestandteil der amerikanischen Quad-Politik. Seit 2022 versuchen die USA, die Quad auf den Nahen Osten auszuweiten. In diesem Jahr trafen sich die nationalen Sicherheitsberater (NSA) von vier Ländern - Indien, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und den Vereinigten Staaten - zu diesem Zweck in Saudi-Arabien. Die Zeitschrift *The Diplomat* bezeichnete das Treffen als „eine zweite Quad im Entstehen“ und berichtete, dass der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, vor dem Besuch des Treffens von der „Nahost-Quad aus Israel, Indien, den USA und den VAE“ gesprochen hatte.

Indiens Unterstützung für Israels völkermörderischen Krieg in Gaza zeigt sein Engagement für die Sache des neuen Imperialismus. Indiens Politikwechsel ist zwar gut für seine halbkoloniale Kapitalistenklasse, verheißt aber nichts Gutes für seine arme Arbeiterklasse. Indiens Verstrickung in die größere Rivalität zwischen den USA und China

wird sein Volk nur noch mehr ins Elend stürzen, das sich bereits heute in schwerer Arbeitslosigkeit, einer Krise in der Landwirtschaft und der Aushöhlung der Demokratie manifestiert.

Anhang

Die folgenden Informationen stammen von der Website der indischen Botschaft in Israel.

Investitionen indischer Unternehmen in Israel und israelische Investitionen in Indien

(a) Die kumulativen ausländischen Direktinvestitionen aus Indien beliefen sich zwischen April 2000 und März 2024 auf 396 Millionen US-Dollar*. Indische Unternehmen zeigen ihre Präsenz in Israel durch Fusionen und Übernahmen sowie durch die Eröffnung von Niederlassungen. TCS, State Bank of India, Sun Pharma, Infosys, Tech Mahindra und Wipro Infrastructure Engineering, Lohia Group sind einige der großen indischen Unternehmen, die in Israel tätig sind oder Übernahmen/Investitionen getätigt haben. Im Jahr 2022 erwarb ein Konsortium unter der Führung der indischen Adani Ports and Special Economic Zone Ltd (APSEZ) die Rechte zum Betrieb der Haifa Port Company Ltd von der israelischen Regierung mit einer Gesamtinvestition von 1,18 Milliarden US-Dollar.

(b) Indische Großunternehmen machen sich ebenfalls einen Namen im israelischen Innovations-Ökosystem. Tata Group, Wipro, Sun Pharma, Reliance Industries, L&T Technology Services sind einige der großen indischen Firmen, die direkt oder indirekt über Risikokapitalfirmen oder akademische Einrichtungen bemerkenswerte Investitionen in israelische Start-ups getätigt haben. Im März 2021 gründete die Indian Oil Corporation Limited ein Joint Venture mit dem israelischen Unternehmen Phinergy, um Aluminium-Luft-Batteriesysteme in Indien herzustellen und die umweltfreundliche Mobilität durch die Entwicklung von Brennstoffzellen und einheimischen Wasserstoffspeicherlösungen zu fördern. Im März 2022 investierte Ola Electric 5 Millionen US-Dollar in das israelische Batterietechnologieunternehmen StoreDot, das sich auf extrem schnelle Ladetechnologie spezialisiert hat, als Teil seiner Pläne, fortschrittliche chemische Zellen/neue Energiesysteme in Indien herzustellen. Im Februar 2024 erhöhte Indian Oil seine Beteiligung an Phinergy mit einer neuen Investition, wodurch sich seine Gesamtinvestition in das israelische Unternehmen

auf 25 Millionen US-Dollar erhöhte. Im Juni 2024 gab Sun Pharmaceutical Industries die vollständige Fusion des israelischen Unternehmens Taro Pharmaceutical Industries Ltd. mit seiner Tochtergesellschaft bekannt, wodurch das israelische Unternehmen zu 100 % zu Sun Pharma gehört.

(c) **Israelische Investitionen in Indien:** Zwischen April 2000 und März 2024 beliefen sich die israelischen ADI in Indien auf 314,8 Millionen US-Dollar. Israel hat in Indien über 300 Investitionen getätigt, hauptsächlich in den Bereichen Hochtechnologie, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft. Diese Investitionen sind unterschiedlicher Natur - Produktionsstätten, Forschungs- und Entwicklungszentren, Tochtergesellschaften, Joint Ventures und Technologiepartnerschaften mit Make in India usw. Neben den traditionellen Bereichen wie Landwirtschaft, Internet, Chemie usw. werden israelische Unternehmen in Sektoren wie erneuerbare Energien, Wassertechnologien, innere Sicherheit, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Gesundheit und Immobilien zunehmend bevorzugt. Teva Pharmaceuticals, Ecoppia, Naa'n Dan Jain, Aqwise, Polemix, Eli Hajaj, Rivulis, Alumayer, Plasson, Huliot, Metzgerplas, Avgol, IDE, Netafim, ADAMA, Mellanox, Dan Hotels, Watergen usw. gehören zu den führenden israelischen Unternehmen, die nennenswerte Investitionen in Indien haben. Israelische Rüstungsunternehmen setzen zunehmend auf „Make-in-India“ durch Kooperationen und Übernahmen. Im Mai 2024 eröffnete das israelische E-Mobilitätsunternehmen EVR Motors eine Produktionsstätte in Manesar. Siehe: <https://www.indembassyisrael.gov.in/pages?id=ne15a&subid=7ax9b>

REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE, INDIEN

ITALIEN

Der Kampf gegen das Aufkommen eines autoritären Regimes in Italien

Wie wir in der Ausgabe 46 von „Einheit & Kampf“ erklärt haben, ist die Regierung Meloni die reaktionärste Regierung, die in Italien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gebildet wurde; eine Regierung der Restauration und Faschisierung des Staates und der Gesellschaft, des Angriffs auf die Rechte der Arbeiter, der Migranten, der Frauen und der Jugendlichen sowie auf die politischen, gewerkschaftlichen und bürgerlichen Freiheiten, der Wiederaufrüstung und der Kriegspolitik.

Die Regierung Meloni ist der Ausdruck einer ausbeuterischen, reaktionären und chauvinistischen Minderheit, die die arbeitende Mehrheit, die Arbeit, Brot und Frieden fordert, dominiert.

Es ist eine Regierung des Großkapitals (Eni, Enel, Leonardo, Stellantis, Terna, Poste, Generali, die großen Banken...), der Bosse, die eine besondere Form der Reaktion auf die tiefe Krise der herrschenden Klasse zum Ausdruck bringt.

Ihre Aufgabe ist es, den Niedergang des italienischen Imperialismus zu verlangsamen und die kapitalistische Wirtschaft zu stabilisieren, indem sie die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletari-

ats und der Volksmassen intensiviert.

Die Politik und der Kurs der Regierung Meloni werden von den Monopolen bestimmt, insbesondere von den großen Energiekonzernen und dem militärisch-industriellen Komplex, und nicht von den Teilen der unteren Mittelschicht, die sie bei den politischen Wahlen 2022 gewählt haben.

Mit der Regierung Meloni ordnet sich der bürgerliche Staat den herrschenden Gruppen des Kapitalismus, den Monopolen und den mächtigsten kapitalistischen Verbänden unter und wird enger mit ihnen verbunden.

Die Regierung Meloni verfügt über eine große parlamentarische Mehrheit, ist aber im Lande in der Minderheit (nur 27 % der Wähler haben sie unterstützt). Ihre soziale Basis findet sich vor allem in den von der Krise gebeutelten Sektoren der kleinen und mittleren Bourgeoisie. Sie hat keine starke Präsenz in den Arbeitnehmerorganisationen, kann aber auf die Komplizenschaft der Gewerkschaftsführer, insbesondere der katholischen, zählen.

Die Bourgeoisie kann sich heute nicht mehr damit zufriedengeben, ihren reaktionären politischen Ausdruck in einer „Elite“-Partei zu finden, sie muss ihre reaktionäre Massenpartei finden, um die Ar-

beiterklasse ruhigzustellen und zu desorganisieren. Die „Fratelli d'Italia“ (die rechtsextreme Partei unter der Führung von Giorgia Meloni, die faschistische Elemente in sich trägt und offen faschistische Organisationen finanziert) beeinflusst und organisiert verärgerte und frustrierte Schichten der Mittelschicht, Sektoren der Arbeiteraristokratie und einen kleinen Prozentsatz von Arbeitern, die von chauvinistischer Demagogie berauscht sind. Aber sie ist noch nicht die reaktionäre Massenpartei, die sich die Bourgeoisie wünscht. Das beweist die Tatsache, dass sie bei den Wahlen nur 14 % der Wählerstimmen erhalten hat.

Die Stärke der Regierung Meloni liegt in der Schwäche und Spaltung der reformistischen und populistischen parlamentarischen Opposition. Aber das Zentrum des Klassenkampfes findet sich zunehmend außerhalb des Parlaments, in den Fabriken und auf den Straßen.

Die Regierung als Ganzes erlebt derzeit einen Rückgang des Konsenses in der Bevölkerung. Vor allem Salvinis Liga ist in Schwierigkeiten, besonders im Norden. Während sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, wächst die Unzufriedenheit im Proletariat und sogar in den Mittelschichten, die die Regierung unterstützen. Dies ist die „Achillesferse“ der Regierung Meloni, obwohl die Bourgeoisie versucht, Stabilität und Festigkeit ihrer Exekutivgewalt zu garantieren.

Wie die Faschisierung voranschreitet

Zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt setzt die Regierung Meloni ihren Rundumschlag gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen fort und betreibt eine Politik, die ausschließlich im Dienste des Großkapitals und der parasitären Schichten der Gesellschaft steht.

Je mehr Turbulenzen es an der wirtschaftlichen Front gibt (Italien befindet sich in einer Rezession), desto mehr verschärfen sich der Druck und die Maßnahmen gegen die Arbeiter, die Gewerkschaften und die jungen Menschen, die Widerstand leisten und kämpfen.

Gleichzeitig drängen die ernststen internen Bedingungen und die Verschärfung der Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten die Bourgeoisie und ihren Staat zu einer Kriegspolitik auf außenpolitischer Ebene mit dem Ziel, die Interes-

sen des italienischen Monopolkapitalismus zu verteidigen.

In diesem Zusammenhang ist die von der Regierung Meloni betriebene Faschisierung breit gefächert und vielschichtig.

Sie findet ihren Ausdruck in politischen Gesetzen, Bestimmungen, Gesetzesentwürfen und konkreten Maßnahmen, die wir im Folgenden zusammenfassen.

- „Grünes Licht“ für Entlassungen in Unternehmen, Lohnkürzungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen,
- Das Manöver der Spaltung, des Zerfalls und der Marginalisierung von Arbeiterorganisationen, die die Regierungspolitik ablehnen.
- Die ständige Einschränkung der demokratischen Rechte, wie des Streik- und Demonstrationsrechts, die repressiven Methoden, die gegen proletarische und studentische Kämpfe eingesetzt werden.
- Kürzung der Leistungen für Arbeitslose und Arme und Ablehnung der Einführung eines Mindestlohns,
- Die kontinuierliche Zunahme der Gelegenheitsarbeit und der Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen.
- Wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen zugunsten der Monopole, der Reichen und der privilegierten Schichten, begleitet von der Duldung der Steuerhinterziehung.
- Der Angriff auf die reproduktiven Rechte von Frauen, wie das Recht auf Abtreibung, und von LGBTQ+ Menschen.
- Die rassistische und fremdenfeindliche Politik der Verfolgung von Migrant*innen, die sich in einer Zunahme der Todesfälle auf See und in Vereinbarungen mit korrupten Regierungen zur Einrichtung von Konzentrationslagern wie dem in Albanien im Bau befindlichen niederschlägt, geht einher mit der Apologie der „italienischen Rasse“ und dem demagogischen Kampf gegen „ethnischen Austausch“.

Der freiheitsfeindliche und arbeiterfeindliche Gesetzentwurf Nr. 1660

Die Gesetzesverordnung 1660, die derzeit vom Parlament verabschiedet wird, verschärft die Strafen für Straßendemonstrationen; macht Straßen- und Eisenbahnblockaden zu einem Straftatbestand, der verschärft wird, wenn sie „von mehreren Personen gemeinsam“ und „mit dem eigenen Körper“ begangen werden (d.h. bei Streiks und Streikposten); weitere Verschärfung der Strafen für Verächtlichmachung, Widerstand und (selbst sehr leichte) Körperverletzung eines Amtsträgers; Einführung des Straftatbestands der Revolte in Gefängnissen und Migrantenzuglagern, der auf passiven Widerstand und sogar auf die Familien von Gefangenen ausgedehnt wird; Ermöglichung des illegalen Tragens von Waffen durch Bedienstete des öffentlichen Sicherheitsdienstes; Zuarbeit von öffentlichen Verwaltungen und staatlichen Unternehmen für Spionageagenturen; Aufhebung der Verpflichtung zum Aufschub der Strafvollstreckung für Schwangere und Mütter von Kindern bis zu drei Jahren.

Eine von Salvini's Lega vorgelegte Änderung des Gesetzesdekrets 1660 sieht sehr hohe Strafen von bis zu 20 Jahren Gefängnis für diejenigen vor, die sich „großen Bauvorhaben“ wie dem TAV (Hochgeschwindigkeitszug) oder der Messina-Brücke widersetzen, selbst wenn es sich um symbolische Handlungen handelt. Außerdem werden unter dem Vorwand des „Wortterrorismus“ die schärfsten Formen des Klassenkampfes der Ausgebeuteten und Unterdrückten angegriffen.

Betroffen von den Maßnahmen dieses Gesetzes sind die Streikposten der Arbeiter, die Straßen- und Eisenbahnblockaden - die schon immer zu den Kampfformen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gehörten -, die Proteste der Arbeitslosen, die Sitzstreiks der Studenten, die Demonstrationen für den Frieden und in Solidarität mit dem palästinensischen Volk, die Mobilisierungen gegen den Bau neuer Militärbasen, die Protestaktionen gegen die Klimakrise und die Umweltzerstörung, die Besetzungen leerstehender Häuser, die Proteste in Konzentrationslagern und überfüllten Gefängnissen. Gleichzeitig wird den „Ordnungshütern“ volle Straffreiheit für ihre immer häufigeren arbeiter- und volksfeindlichen Übergriffe garantiert.

Gegen diesen Gesetzesentwurf, der auf die Schaffung einer Staatspolizei abzielt, formiert sich eine breite Front der sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Opposition.

Auf institutioneller Ebene stützt sich die reaktionäre Politik der Regierung Meloni auf einige grundlegende Gesetze und Maßnahmen:

- Die Direktwahl des Premierministers, um das Gewicht und den Autoritarismus der Exekutive zu stärken.
- Die zerstörerische regionale Autonomie, um die Arbeitnehmer zu spalten und die nationalen Arbeitsverträge abzuschaffen; mit diesem Gesetz werden die Regionen zu einer Art „Kleinstaat“ mit eigener Gesundheitsversorgung, eigenem Bildungswesen usw., wodurch jede solidarische Umverteilung des produzierten Reichtums zugunsten der schwächeren Regionen zunichte gemacht wird.
- Die Abschaffung des Straftatbestands des Amtsmissbrauchs, um Mafiosi, Diebe und korrupte Beamte zu begünstigen.
- Die Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Exekutive und der Judikative mit der Trennung der Laufbahnen von Staatsanwälten und Richtern (was die Unterordnung der Staatsanwälte unter die Regierung voraussetzt).
- Die Kontrolle der öffentlichen Fernsehsender, Nachrichtenagenturen, Radiosender und anderer wichtiger Medien.
- Der Angriff auf alle Stellen, die die Regierungsarbeit kontrollieren.
- In der Außenpolitik:
- Die kriegstreiberische Politik, die sich in der Lieferung von Waffen, Raketensystemen und Geldern an die Ukraine, in der Entsendung von Tausenden von Soldaten, Landfahrzeugen, Flugzeugen und Schiffen an die „Ostflanke“ der NATO und in den Indopazifik, in der Unterstützung des zionistischen Israel, in der Aufrüstung

und Militarisierung der Gesellschaft niederschlägt.

- Der Start des „Mattei-Plans“ zur Ausweitung der Einflussphäre und des Raubes von Rohstoffen in Afrika, insbesondere in Niger, Libyen, Tunesien, Burkina Faso und am Horn von Afrika.
- Die Teilnahme an mehr als 40 militärischen Einsätzen im Ausland, an denen etwa 12 Tausend italienische Soldaten beteiligt sind.
- Die „Annäherung“ des Staatsapparats an die Unternehmen der Rüstungsindustrie wird ebenfalls fortgesetzt, und zwar durch die Koordinierung zwischen der Rüstungsindustrie und einem ausgewählten Regierungsausschuss, der die Länder auswählt, in die der Export von Rüstungsgütern und militärischer Ausrüstung geleitet werden soll, wobei die Ambitionen des italienischen Imperialismus berücksichtigt werden.

All dies bedeutet eine kontinuierliche Erhöhung der Militärausgaben, die sich in diesem Jahr auf rund 30 Milliarden Euro belaufen werden, zu Lasten der Sozialausgaben.

Auf ideologischer Ebene verstärkt die Regierung Meloni die Verbreitung von chauvinistischem, rassistischem und faschistischem ideologischen Gift, die Verunglimpfung des Antifaschismus und die Verfälschung der Geschichte.

Das politische Projekt der extremen Rechten

Die verabschiedeten und vorgelegten Gesetze und Entwürfe, die verabschiedeten Maßnahmen und Bestimmungen zeigen, dass das Ziel der von rechtsextremen Kräften geführten Regierung die Schaffung eines autoritären Regimes ist, das durch eine arbeitnehmerfeindliche, antidemokratische und kriegstreiberische Politik gekennzeichnet ist.

Ein Regime, das dem Proletariat die für den Kampf notwendigen Freiheiten und Möglichkeiten vorenthält, um die gesamte Last der wirtschaftlichen Stagnation, der Verschuldung und des imperialistischen Krieges auf die Schultern der arbeitenden Massen zu legen.

Der Prozess der Faschisierung der bürgerlichen Diktatur verläuft parallel zum Niedergang der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und betrifft den gesamten Staatsapparat.

Die spezifischen Ursachen dieses Prozesses, der sich zwischen den Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse und den Konflikten innerhalb der Regierungsparteien selbst abspielt, müssen bestimmt werden: in der Stärkung der Vorherrschaft der Monopole, die darauf abzielen, die bürgerliche Demokratie mit Hilfe von Formeln und Instrumenten, die als wirksamer angesehen werden, zu beseitigen; in der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche und in der Beteiligung an der kriegstreiberischen und arbeiterfeindlichen Politik der USA, der NATO und der EU; in der Angst vor einem starken Aufschwung der Bewegung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, die jetzt von den bürgerlichen Parteien und Institutionen desillusioniert sind.

In Zeiten der Rezession und des Krieges muss die Bourgeoisie ihr Hinterland festigen. Keine herrschende Klasse kann daran denken, Arbeiter zu entlassen, die Löhne weiter zu senken, die öffentlichen Dienstleistungen weiter zu kürzen, während Milliarden für den Krieg verschwendet werden, während den Reichen andere Vorteile und Erleichterungen gewährt werden, ohne die Arbeiter, die Jugendlichen, die Frauen, die kämpfen, hart zu unterdrücken, ohne den sozialen Protest zu kriminalisieren und zu zerdrücken.

Die politische Tendenz des Imperialismus geht hin zur Gewalt und zur Verschärfung der Reaktion in allen Bereichen, zur Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechte.

Dies entspricht den Interessen des Großkapitals, das in alle Institutionen der Bourgeoisie eindringt und sie in seine Abhängigkeit bringt, um eine Politik ausschließlich in seinem Dienst durchzusetzen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes.

Eine imperialistische, korrupte, parasitäre und volksfeindliche bürgerliche Politik, die unter bestimmten Bedingungen, die mit schweren Krisen verbunden sind, zum Faschismus, zur offenen, terroristischen Diktatur des Finanzkapitals führen kann.

Dieses Ergebnis sollte jedoch nicht mit dem laufenden Prozess der Faschisierung verwechselt werden, der ihn vorbereitet, auch wenn er nicht unvermeidlich ist. Wir befinden uns heute nicht in einem faschistischen Regime, auch wenn es faschistische Elemente in der Regierung gibt. Das Gegenteil zu behaupten, führt nur dazu, die Massen zu demoralisieren und nicht gegen das autoritäre Projekt, die reaktionären und arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu kämpfen, die die Machtübernahme des Faschismus begünstigen.

Die Aktionseinheit des Proletariats, um dem reaktionären Plan den Weg zu versperren

Wer kann den reaktionären Plan aufhalten, der heute von vielen Seiten vorangetrieben wird? Vielleicht die bürgerliche „Verfassungsopposition“? Aber gerade die Leugnung dieses Phänomens und seiner Ursachen durch diese falsche Opposition, die die Interessen der Monopole verteidigt und versucht, den von ihnen verursachten „Schaden zu begrenzen“, die die Kriegspolitik und die Angriffe auf das Proletariat unterstützt, die immer bereit ist, sich mit der extremen Rechten zu versöhnen, fördert reaktionäre und kriegstreiberische Tendenzen und Pläne.

Die liberal-reformistischen Führer vermeiden jeden ernsthaften Massenkampf gegen die Entwicklung der Faschisierung, weil sie befürchten, dass ein solcher Kampf die revolutionäre Bewegung gegen die Bourgeoisie verstärken würde. Für sie ist der Kampf gegen die Regierung Meloni kein Kampf gegen den italienischen Imperialismus, sondern ein Kampf, in dem die Arbeiterklasse nur ein Verbündeter der von der rechtsextremen Regierung betroffenen Sektoren der herrschenden Klasse ist.

In Wirklichkeit sind es die ständige Kapitulation und die von den Führern der Sozialdemokratie und der kollaborierenden Gewerkschaften auferlegten Spaltungen, die Populisten, die Politik der Sabotage des Klassenkampfes, die Opposition gegen die Einheitsfront zur Mobilisierung der arbeitenden Massen, die der Regierung Meloni Tür und Tor geöffnet haben, die Reaktion, Faschisierung und Faschismus begünstigen.

Vielleicht kann die EU sie aufhalten? Aber gerade die arbeiterfeindliche und kriegstreiberische Politik der EU ist es, die die Reaktion auf allen Ebenen beflügelt und ultrareaktionäre Regime wie das von Orban und Selenskiy unterstützt.

Die Reden derjenigen, die diese Lösungen zur „Retung der bürgerlichen Demokratie“ unterstützen, sind nichts anderes als Betrug und Täuschung, denn beide sind Stützen des verrotteten bürgerlichen Regimes.

Um den reaktionären Plan zu vereiteln und die Regierung Meloni zu stürzen, ist die Aktionseinheit des Proletariats für die unnachgiebige Verteidigung seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen und der in harten Kämpfen errungenen Freiheiten unerlässlich.

Auf dieser Grundlage muss ein Kampfbündnis gebildet werden, das von der Arbeiterklasse geleitet wird, mit den vom Großkapital unterdrückten Volksmassen, mit den echten Demokraten und Antifaschisten, das sich vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie, gegen die Monopole richtet.

Die reaktionäre Offensive wird auf zunehmenden Widerstand der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen stoßen, die die Befriedigung ihrer dringenden und lebenswichtigen Bedürfnisse fordern: Verteidigung der Beschäftigung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Rechte und Sicherheit am Arbeitsplatz, Beendigung des Prekariats, Sicherung der öffentlichen Dienste (Gesundheit, Schule, Verkehr), Kampf gegen Ungleichheit und Armut, Verteidigung des Friedens.

In der gegenwärtigen Situation sind der Widerstand gegen die Repression, gegen den grassierenden Autoritarismus und die Reaktion, gegen die Kriegspolitik, die Fähigkeit, Einschüchterungsversuche von Kämpfen und Klassensolidarität zurückzuweisen, die Proteste und Streiks, die in allen Bereichen stattfinden, wichtig und müssen unterstützt werden.

Die reformistischen und opportunistischen Führer, die sich dieser Linie widersetzen, müssen entlarvt und gnadenlos bekämpft werden. Aber das ist noch nicht genug.

Die Frage, die sich heute stellt, ist, den Kampf gegen Autoritarismus, Militarismus und die Faschisierung des Staates, den Kampf für Brot und Frieden in die radikale Kritik des kapitalistisch-imperialistischen Systems einzubeziehen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit der bürgerlichen Ordnung, für die Übertragung der Macht von einer Minderheit von Ausbeutern und Unterdrückern auf die Mehrheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu entwickeln.

Damit rückt die Frage der kommunistischen Partei in den Vordergrund. Nur mit einer eigenen unabhängigen und revolutionären Partei kann die Arbeiterklasse eine konsequente Politik betreiben, die in der Lage ist, sich dem Militarismus, der Faschisierung und dem Faschismus entgegenzustellen;

nur mit dieser Partei wird sie im Kampf um die Eroberung der politischen Macht vorankommen.

Dies ist der Knoten, den Kommunisten und fortgeschrittene Arbeiter lösen müssen, indem sie sich zusammenschließen und organisieren, um den Keim einer revolutionären Partei zu bilden, die sich auf die Arbeiterbewegung stützt und sich an ihre Spitze im Kampf für den Sozialismus stellt.

Das Beispiel der Piattaforma Comunista und der Militanza Comunista Toscana, die den Prozess ihres Zusammenschlusses zu einer einzigen kommunistischen Organisation vorantreiben, wird dem Kampf für die Partei Auftrieb geben.

Die Verschärfung aller grundlegenden Widersprüche unserer Zeit, die unvermeidliche Entwicklung des Klassenkampfes, wird zu den Entwicklungen beitragen, für die wir kämpfen.

September 2024

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM - FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS ITALIENS

SPANIEN

Über die aktuellen Aufgaben

Im Mai 2011 endete eine Demonstration junger Studenten mit einem Dauercamping auf der Puerta del Sol in Madrid. Daraus entstand die sogenannte 15M, eine spontane Bewegung ohne politische Ausrichtung, die große Sympathien weckte. Ab 2012 überschwemmte die breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen die brutalen Kürzungen der Regierung Rajoy die Straßen der wichtigsten Städte Spaniens und führte zu sehr heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Dies veranlasste den Staat, ein Gesetz zu verabschieden, das im Volksmund als „Knebelgesetz“ (ley mordaza) bekannt ist, um die Straffreiheit der Polizeikräfte zu garantieren und das Demonstrationsrecht einzuschränken; ein Gesetz, das die Koalitionsregierungen trotz ihrer Zusage nicht aufheben wollten. Im März 2014 endeten die Großdemonstrationen mit einem Marsch auf Madrid, an dem fast zwei Millionen Menschen teilnahmen. Obwohl diese Mobilisierungen keine allgemeinen politischen Ziele verfolgten und nicht von gefestigten Volksorganisationen ausgingen - sie wurden von den sogenannten „Gezeiten“, einer vielfältigen Gruppe von regionalen Kollektiven,

aufgerufen -, bedrohten sie die Stabilität des Regimes.

Das Risiko, dass die Jugendlichen, die gegen die Regierung opponierten, schnell eine revolutionäre Ausrichtung annehmen würden, veranlasste einige „meinungsbildende“ Medien dazu, die Rolle einer Gruppe von Aktivisten zu fördern, die zu meist von der Complutense-Universität in Madrid stammten und dem revisionistischen Milieu nahestanden, und ihnen bei der Gründung von Podemos (Wir können) im Jahr 2014 zu helfen. Dabei handelte es sich um eine Kraft, die sich die populistischen Thesen von Laclau, dem intellektuellen Kopf des argentinischen Kirchnerismus, zu eigen machte und deren politischer Charakter dem der griechischen Syriza nahekam. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai desselben Jahres erhielt Podemos unerwartet eineinhalb Millionen Stimmen und fünf Abgeordnete.

Für das Regime ging es darum, eine ähnliche Operation wie zu Beginn des Übergangs zu starten, mit

dem Ziel, den potenziell revolutionären Impuls der Jugend auszubremsen, die Entwicklung des damals aufkommenden Volkskampfes zu behindern und ihn innerhalb der institutionellen Grenzen des monarchischen Staates zu halten.

Die anfängliche Rhetorik der populistischen Führer wich einem bürgerlichen Pragmatismus. Das Bündnis mit der IU (Vereinigte Linke) und der revisionistischen PCE (Kommunistische Partei Spaniens) zu Unidas Podemos (UP - Vereint können wir) und die Bildung der ersten Koalitionsregierung im Dezember 2019 markierten schließlich den Beginn eines reformistischen Mandats, das beide Kräfte in den Augen des Proletariats und der Volksschichten in eine Situation völliger Diskreditierung führte.

Die Diskreditierung dieses „Bürgerpopulismus“ erfolgte sehr schnell: Im Mai 2021 fanden in der Region Madrid vorgezogene Wahlen statt, bei denen die Koalition Unidas Podemos ihren ersten schweren Schlag erlitt. Der bisherige UP-Vorsitzende Pablo Iglesias trat zurück und ernannte als seine Nachfolgerin Yolanda Díaz, eine Aktivistin der revisionistischen PCE und IU. Sie war eine alte Bekannte, die für die reformistische Wende und die anschließende Auflösung der Koalition Alternativa Galega de Esquerda [Galicische Linksalternative] verantwortlich war, die 2012 (zwei Jahre vor der Entstehung von Podemos) der erste Versuch einer Wahlvereinigung der galicischen Linken war, an der Genossen unserer Partei aktiv teilnahmen.

Die neue UP-Vertreterin führte eine intensive Imagekampagne, praktizierte aber stets den erbärmlichsten Reformismus, verteidigte den Frieden und den sozialen Dialog mit dem Großkapital und bekämpfte das, was sie als „Lärm“ in der Politik bezeichnete, indem sie die Einstellung jeglichen sozialen Drucks forderte. Aus Angst vor der Konfrontation mit einer „freundlichen“ Regierung weigerten sich die Gewerkschaftsführer stets, die Arbeitnehmer zu mobilisieren, obwohl die Arbeitslosigkeit, die prekären Arbeitsplätze und Löhne, die Armut und die soziale Ausgrenzung in unserem Land immer weiter zunahmen.

Die gesamte Amtszeit der ersten Koalitionsregierung war eine Abfolge von unerfüllten Versprechungen und leeren Worten. In unserem Zentralkomitee im November 2023 wiesen wir darauf hin,

dass „die Revisionisten in der Regierung ... unter Tränen weiterhin die Privatisierung von Dienstleistungen, die Militarisierung der Wirtschaft, die staatliche Unterstützung des Großkapitals usw. befürworten. Während das Großkapital jede Art von wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hilfe erhält, wurde keine wirksame Maßnahme zur Verbesserung der spanischen Wirtschaftsstruktur und natürlich auch nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen der sozialen Mehrheit ergriffen. Das Proletariat hat sehr unter den Folgen dieser Politik gelitten (die wichtigsten Entscheidungen der Regierung wurden von vielen autonomen Regierungen unter Führung der Rechten wiederholt und sogar noch vertieft, wie z.B. von der Regierung in Madrid, die das Großkapital in finanziellen Angelegenheiten ständig begünstigt und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen weiter vorantreibt, geschützt durch staatliche Gesetze, die die Regierung weder aufgehoben noch geändert hat).“ So wurden mit der Arbeitsreform nicht die Rechtsvorschriften wieder eingeführt, die ein Mindestmaß an rechtlicher und administrativer Kontrolle der Beschäftigung angesichts von Entlassungen und der allgemeinen Willkür der Arbeitgeber in den Arbeitsbeziehungen gewährleistet hätten. Infolgedessen stieg die Zahl der Entlassungen nach Ablauf der Probezeit (zeitweise bis zu 700 %) und aus disziplinarischen Gründen sprunghaft an; große Unternehmen setzten ihre Pläne zum Personalabbau fort (der Bankensektor beendete seinen Plan mit 19.000 Entlassungen, Telefónica (Movistar) entließ einige Monate später 3.500 Beschäftigte usw.). Die verschiedenen von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung des brutalen Anstiegs der Wohnungs- und Mietkosten (verschärft durch den Anstieg der Hypothekenzinsen) wurden sofort von den spekulativen Interventionen der Großaktionäre und der Geierfonds ausgehebelt, die ihre Kontrolle über den Immobiliensektor, teilweise mit Hilfe der Regierung, verstärkten. (So übertrug der Staat beispielsweise im April 2022 die Verwaltung des Immobilienvermögens der Sareb auf zwei Geierfonds: Aliseda Anticipa Blackstone und Hipoges KKR).

In Spanien werden nur 2,5 % der Wohnungen zu Sozialmieten vermietet, in den Niederlanden sind es 30 %, in Österreich 24 % usw., aber die Regie-

rungskoalition hat weder einen öffentlichen Fonds mit den vom Staat bezahlten Sareb-Wohnungen geschaffen, noch hat sie die Großgrundbesitzer enteignet, die durch ihr Verhalten den exorbitanten Anstieg der Immobilienpreise verursacht haben, noch hat sie der Spekulation in diesem Sektor ein Ende gesetzt, obwohl sie weiß, wer für dieses Problem verantwortlich ist. Alles hat sich auf partielle Maßnahmen beschränkt, die von außerhalb des Marktes ergriffen wurden und die von den Spekulanten schnell ignoriert oder ausgehebelt wurden. Das Ergebnis ist, dass das Alter, in dem sich junge Spanier selbständig machen, über 30 Jahre liegt.

Die Regierung hat die Renten gekürzt und mit dem am 9. Juni 2022 verabschiedeten Gesetz zur Förderung von Beschäftigungsrentenplänen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu ihrer Privatisierung getan. Ihr Argument ist wie immer der Anstieg der Zahl der Neurentner, aber sie verschweigt, dass der Staat zur Rettung der Banken in der Krise 2008 100.000 Millionen Euro aus dem Rentenfonds entnommen hat. Deshalb haben sich die verschiedenen Regierungen geweigert, die von der Rentnerbewegung geforderte Prüfung der Sozialversicherung durchzuführen usw.

Im Allgemeinen hat die Regierungskoalition den Interessen der Unternehmens- und Finanzoligarchie gegenüber eine gefällige Haltung eingenommen: So hat sie beispielsweise dem Missbrauch bei den Ausbildungspraktiken und den Praktikumsverträgen (etwa 1,3 Millionen Arbeitnehmer, vor allem Jugendliche, arbeiten im Rahmen dieser Art von Ausbildungsverträgen) kein Ende gesetzt, ebenso wenig wie dem Missbrauch durch die Finanzinstitute, die keine Einlagen auszahlen, sondern die Zinsen für ihre Kredite erhöhen und aus diesen Praktiken einen skandalösen Gewinn erzielen usw. Neben Desillusionierung und Demoralisierung trug die lange Zeit der Pandemie zur Abkühlung der politischen Atmosphäre bei; aber mit der Lockerung der außergewöhnlichen Gesundheitsmaßnahmen hat die Mobilisierung zugenommen. Trotz der Tatsache, dass sie immer noch verstreut, unkoordiniert und ohne gemeinsame politische Ziele ist, wurde eines der bemerkenswertesten Beispiele in Cádiz mit dem Kampf des Metallsektors Ende 2021 gesehen. Dieser Kampf wurde von Tau-

senden von Arbeitnehmern aus dem ganzen Land unterstützt, ebenso wie der lange Streik der Ärzte in der Grundversorgung und die großen Mobilisierungen zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheit in Madrid. Sie brachten Hunderttausende von Bürgern auf die Straße und waren auch ein Beweis für das Wiederaufleben der Mobilisierungen. In allen Fällen setzten sich die Gewerkschaftsführungen und die reformorientierten Politiker aktiv für den Abbau der Spannungen ein.

Trotz allem haben sich nach und nach Gruppen einer Klassenopposition gebildet, die versucht haben, die Kämpfe zu vereinheitlichen und ihnen einen kämpferischen Inhalt zu geben. Eine der aktivsten Bewegungen in dieser Hinsicht waren die Rentnerarbeiter, mit denen unsere Partei zusammenarbeitet. Die Rentnerbewegung hatte jahrelang Demonstrationen zur Verteidigung der gesetzlichen Renten und gegen die Kürzungen, die dieses Recht untergraben, durchgeführt. Als die Regierungskoalition deutlich machte, dass sie die regressiven Reformen der Vorgängerregierungen von Rajoy (PP) und Rodríguez Zapatero (PSOE) nicht zurücknehmen würde, wurde es für die Rentnerbewegung zu einer Priorität, gegen deren Versäumnisse Stellung zu beziehen, und zwar mit dem Slogan „Wer auch immer regiert, die Renten und die öffentlichen Dienste werden verteidigt“, der inzwischen weit verbreitet ist.

Dieses Wiederaufleben der Mobilisierung hat, wie wir sagen, gemeinsame Merkmale: Sie findet im Allgemeinen außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen statt, deren Führer versuchen, die Kämpfe zu verbergen und aktiv zu unterdrücken. Die Sektoren, die die Mobilisierungen vorangetrieben haben (CTM in Cádiz, Metallarbeiter in Vigo, Unternehmen im Konflikt usw.), versuchen, sie zu koordinieren, aber sie finden keine Unterstützung bei den politischen Organisationen. Allerdings haben sie eine starke Klassensolidarität gefunden.

Die Revisionisten in der Regierung haben nie daran gedacht, sich mit den Problemen der wirtschaftlichen und politischen Struktur auseinanderzusetzen, die zur Entwicklung unseres Landes geführt haben. Der Punkt ist, dass die Umsetzung eines jeden Reformprogramms unweigerlich mit einer

wirtschaftlichen und politischen Struktur kollidiert, die aus dem Franquismus stammt und die seit Beginn des Übergangs konsolidiert und an die Veränderungen der internationalen Situation angepasst wurde. Die Tendenzen, die die „allmähliche Anpassung“ des späten Franquismus mit der fortbestehenden Monarchie als Erbe hinterlassen hat, markieren die wichtigsten Grenzen für die Entwicklung unseres Landes seither, die nur durch den Bruch des Paktes überwunden werden können, den die unterwürfige Linke damals geschlossen hat.

Der Beginn der „Globalisierung“ in Spanien fiel mit dem Übergang zusammen. Nach einer langen Periode politischer Instabilität, in der der franquistische Staatsapparat sich voll und ganz der Durchsetzung des monarchischen Regimes verschrieben hatte (im Kampf um den Bruch mit dem Franquismus wurden mehr als 100 Menschen von der Polizei oder von Attentätern faschistischer Banden bei Demonstrationen oder Streiks getötet), war es nach der Etablierung der bourbonischen „Demokratie“ die PSOE von Felipe González, die den Weg zur vollständigen „Liberalisierung“ der spanischen Wirtschaft einschlug.

Was sich während des Franquismus abzeichnete, wurde unter der Monarchie in eine konsolidierte Wirtschaftsstruktur umgewandelt, die sich durch eine Wirtschaft auszeichnet, die sich auf Dienstleistungen stützt, die nicht mit der Produktion verbunden sind, insbesondere Tourismus, Gastgewerbe und Bauwesen. Der Beitritt zur Europäischen Union tat sein Übriges, indem er die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) einführt und die Eingriffsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Organe des Staates einschränkte, indem er wichtige Entscheidungen über Investitionen, Steuern, Staatsverschuldung usw. den von der EU getroffenen Vereinbarungen unterwarf. Heute wird nicht nur die Wirtschaft unseres Landes, sondern auch die Arbeit, die territoriale Struktur, der Verkehr usw. durch diese von den verschiedenen Regierungen des Regimes entwickelte Wirtschaftspolitik bestimmt. Eine weitere Folge der Wirtschaftsstruktur ist die Entvölkerung des spanischen Hinterlandes, dessen Bevölkerung isoliert ist und in wesentlichen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Zugang zur Kultur usw. völlig vernachlässigt wird.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Die wichtigsten Forderungen der Volksbewegung, die zum Zeitpunkt des Todes des Mörders Franco sehr stark, organisiert und erfahren im Kampf gegen die Diktatur war, wurden ignoriert. Im politischen Bereich waren dies der Bruch mit dem Franquismus, die Bildung einer Volks- und Bundesrepublik, die Säuberung von Elementen, die an der Unterdrückung und Unterstützung der Diktatur beteiligt waren, die Schließung der Yankee-Militärbasen und der Abzug ihrer Truppen usw. In den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Arbeit waren es die Stärkung des öffentlichen Industriesektors, die Schaffung einer öffentlichen Bank, der Schutz der Beschäftigung, die Schaffung eines starken öffentlichen Dienstes, die Beschlagnahmung des Großgrundbesitzes, die Übergabe von Land an die Tagelöhner und die staatliche Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. Der Verzicht auf diese Forderungen, die Annahme einer Verfassung wie der von 1978, die von oben verliehen wurde und nicht das Ergebnis eines verfassungsgebenden Prozesses mit Beteiligung des Volkes war, usw., wäre ohne die Beteiligung der Führung der PCE nicht möglich gewesen. Das monarchische Regime, das seinem Ursprung treu geblieben ist, hat die von Franco geerbte Machtstruktur nie in Frage gestellt. Die Minderheit, die nach dem Tod des Diktators die Wirtschaft beherrschte, tut dies auch heute noch. Die grundlegenden Institutionen des Staates stehen nicht im Dienste der gesellschaftlichen Mehrheit, und sie sind auch nicht von Elementen der reaktionären Kaste gesäubert worden, deren Mitglieder sich weiterhin in die Staatsorgane eingemischt haben, so dass sie eine Schicht bilden, die die Entwicklung von Programmen verhindert, die sich mit den dringendsten Problemen der Bevölkerung befassen.

Die zentralen Organe der Rechtsprechung, einschließlich derjenigen, die von der Verfassung mit ihrer Kontrolle beauftragt sind, folgen dem Diktat der politischen Kräfte, die die Interessen der verschiedenen Sektoren der Oligarchie vertreten: Weit davon entfernt, eine Garantie für Rechtmäßigkeit zu sein, haben sie sich darauf konzentriert, politische Entscheidungen juristisch zu rechtfertigen, die Rechte zu beschneiden und demokratische Fortschritte zurückzudrängen, und sich jeder

Maßnahme zu widersetzen, die die Interessen der Oligarchie angreift. Sie haben keinerlei Anzeichen von Autonomie gegenüber der Wirtschaftsmacht und ihren politischen Vertretern gezeigt; gleichzeitig haben sie sich offen in die beiden anderen Machtorgane, die Regierung und das Parlament, eingemischt, ohne den geringsten Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung zu zeigen, das jeder bürgerlichen Demokratie, die etwas auf sich hält, so wichtig ist.

Die Dynastie an der Spitze des Staates, die seinerzeit vom Franquismus eingesetzt wurde, ist das beste Beispiel für den reaktionären und antidemokratischen Charakter des Regimes. Die monarchische Verfassung garantiert in der Praxis die Straffreiheit der Mitglieder der Dynastie nicht nur in Bezug auf die Handlungen ihres politischen Lebens, sondern auch auf ihre persönlichen Handlungen. Ihr erster Repräsentant, Juan Carlos, lebt weiterhin außerhalb des Gesetzes, rechtlich geschützt vor den zahllosen Korruptionsskandalen, in die er verwickelt ist. Über seinen unerquicklichen Lebensstil machen sich die Kommentatoren lustig, aber der Staat und seine Vertreter verneigen sich vor seinen käuflichen Handlungen. Der zehnte Jahrestag seiner Abdankung wurde gefeiert, aber nur wenige erinnern sich daran, dass eine Entscheidung von so großer Tragweite eine einfache Formalität war, die wie so viele andere wichtige Entscheidungen in nur zwei Wochen erledigt wurde.

Heute kann jeder sehen, dass der Revisionismus keine revolutionäre Ideologie ist; dass die revisionistischen Führer, wenn sie von Sozialismus oder der Verteidigung der Republik sprechen, lediglich eine formale Haltung einnehmen, dass es nie ihre Absicht war, mit dem System zu brechen, das sie mit aufgebaut haben, dass sie die Ziele, die die klarsten und am besten organisierten Sektoren unserer Klasse und ihre eigene Militanten im Kampf gegen den Franquismus angetrieben haben, aufgegeben haben.

Die Revisionisten behaupten, dass wir in einer vollständigen Demokratie leben, auch wenn sie sagen, dass es demokratische Randbereiche wie die Wahl des Staatsoberhauptes gibt; aber sie lehnen es ab, den Konsensrahmen der monarchischen Verfas-

sung zu verlassen. In Wirklichkeit hat die moderne Geschichte unseres Landes den ständigen Kampf zwischen dem Volk, um die Demokratie in Spanien ohne Hindernisse zu entwickeln, und der Reaktion, um sie um jeden Preis zu vermeiden, gesehen. Die Oligarchie, die den Staat wirklich kontrolliert, hat immer die Akzeptanz des Status quo gefordert, und wann immer sie ihre absolute und allumfassende Kontrolle über den Staat bedroht sah, hat sie die politische und militärische Macht in ihren Händen genutzt, um sich durchzusetzen.

Es geht nicht darum, wie der Verräter Santiago Carrillo zynisch sagte, die Farbe einer Fahne zu ändern oder eine bürgerliche Republik zu gewinnen, die dieselben verfassungsmäßigen Beschränkungen aufrechterhält, die heute die gesellschaftliche Mehrheit daran hindern, demokratische Macht auszuüben. Es geht darum, die Verfassung von 1978 grundlegend zu ändern, die die Grenzen eines Staatsmodells und einer institutionellen und politischen Struktur festlegt, die ein System unterstützt, das von einer Minderheit von Parasiten, Großunternehmern und Finanziers beherrscht wird.

Es geht nicht um einen demokratischen Formalismus, sondern darum, dem Volk eine Stimme bei der Bestimmung der Staatsform zu geben und die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten, die demokratische Kontrolle der Institutionen, die anstehende Agrarreform, die öffentliche Kontrolle und Verstaatlichung strategischer Wirtschaftssektoren, die wirksame Kontrolle und Beteiligung der Bürger an den sie betreffenden Fragen zu gewährleisten. Es geht, kurz gesagt, um die Umsetzung des Programms, das immer mit dem Kampf für die Republik verbunden war.

Wir nähern uns rasch einer Zeit, in der die Zweifel der reuelosen Reformisten nichts mehr nützen werden, ebenso wenig wie der verrückte sektiererische und formal radikale, in der Praxis aber besänftigende Aktivismus der radikalen Opportunisten. Einheit ist dringend notwendig, aber nicht irgendeine Einheit; wir müssen uns entschlossen auf die Einheit des Volkes um ein Programm mit gemeinsamen politischen Zielen zubewegen, das über die Bekämpfung der Krise hinausgeht, die mit den nutzlosen Waffen dieser begrenzten Demo-

kratie fortgesetzt wird. Es ist dringend notwendig, Vereinbarungen zu treffen, um die Initiative für das Proletariat wiederzubeleben. Andernfalls werden es die Rechten und der Faschismus sein, die das „Missverständnis“ der kontinuierlichen [aus der Franco-Zeit stammenden] „Demokratie“ endgültig verdüstern werden.

Jeder, der nicht in seinem eigenen persönlichen Universum lebt, jeder, der sich nicht freiwillig von der politischen und sozialen Realität loslöst, weiß, dass die Bedingungen für eine Revolution nicht gegeben sind, dass eine immense Mehrheit unserer Klasse im politischen Kampf im Abseits steht, unter anderem wegen des Cäsarismus [System der absoluten Macht] und der Arroganz, die die Arbeit der Opportunisten und Revisionisten gekennzeichnet haben.

Wir befinden uns in der demokratisch-populären Phase der Revolution. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, unermüdlich an der Organisation des Proletariats zu arbeiten und dabei alle Möglichkeiten zu nutzen, die es uns erlauben, die Massen zu erreichen, ihre Probleme zu kennen, die die unseren sind, ihre Ursachen zu erklären und unser Programm zu ihrer Überwindung vorzuschlagen, sie zu organisieren und von ihnen zu lernen, die Kampfformen aufzugreifen, die jeder politische Moment hervorbringt, usw., um alle Anstrengungen des Volkslagers zu vereinen und sie gegen den gemeinsamen Feind zu richten. Ja, unser Ziel ist die sozialistische Revolution, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, um einen anderen auf radikal anderen Grundlagen aufzubauen. Aber in jedem spezifischen Moment müssen wir, wie Lenin riet, die spezifischen Bedingungen berücksichtigen, um uns nicht von unserer Klasse zu trennen, um das geeignete taktische Programm zu formulieren, das uns erlaubt, auf dieses Ziel zuzugehen.

Im Bericht, der auf unserem letzten Kongress angenommen wurde, haben wir ein Zitat des Genossen Lenin aufgenommen, das vor radikalem Doktrinarismus warnt:

„Es ist viel schwieriger - und von weitaus größerem Wert - Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich massenhaften

und wirklich revolutionären Kampf noch nicht gegeben sind, um die Interessen der Revolution (durch Propaganda, Agitation und Organisation) in nicht-revolutionären Gremien und oft genug in geradezu reaktionären Gremien, in einer nicht-revolutionären Situation, unter Massen zu vertreten, die nicht in der Lage sind, die Notwendigkeit revolutionärer Aktionsmethoden unmittelbar zu erkennen.“
(Lenin, *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*).

ÜBER DIE JUGEND

Die Jugendlichen sind der Sektor, der am meisten unter der allgemeinen Krise des Imperialismus leidet. Ein fester Arbeitsplatz mit Rechten, eine menschenwürdige Wohnung, die ihre Emanzipation ermöglicht, ein würdiger Ruhestand nach einem aktiven Arbeitsleben usw. sind für junge spanische Arbeiter fast zu einem Wunschtraum geworden, da ihnen eine Zukunftsperspektive verwehrt wird. Der kapitalistische Staat fegt alle Rechte hinweg, die unsere Klasse in jahrzehntelangen Kämpfen und unter Opfern erlangt hat.

Die Jugend scheint jedoch am Rande dieser Realität zu stehen, weit entfernt vom politischen Kampf, als ob sie einen Sieg für unmöglich hält, als ob sie glaubt, dass ihre Zukunft von vornherein schlechter sein wird als die ihrer Eltern und Großeltern. Wie ist diese Untätigkeit bei denen möglich, die in der offensten und vitalsten Zeit leben, in der man für die Lehren des Lebens am zugänglichsten ist? Diese Untätigkeit ist natürlich mehr Schein als Sein, und es gibt Faktoren, die erklären helfen, warum dieser für den revolutionären Kampf wichtige Sektor, der den Staffeln des Kampfes für die Emanzipation übernehmen muss, sich nicht massiv dem organisierten Kampf angeschlossen hat:

Wie wir bereits gesagt haben, erleben wir einen Zykluswechsel, in dem, wie Gramsci sagte, „die alte Welt stirbt und die neue erscheint nur langsam“. Heute wissen wir, wohin die revisionistische Entartung führt, welche Folgen die Aufgabe der Vernunft mit sich bringt, die uns sagt, dass nur der Kampf uns erlauben kann, ein System zu überwinden, das uns in die Katastrophe führt. Aber diese Erkenntnis hat eine tiefe Desillusionierung, Misstrauen und Verwirrung mit sich gebracht. Je deutlicher die

objektiven Gründe für den Kampf wahrgenommen werden, desto weiter scheinen die Möglichkeiten des Fortschritts in der Ferne zu liegen.

Andererseits sind die konkreten Kämpfe, die früher gemeinsam organisiert ausgefochten wurden, heute fragmentiert und jeder Bereich verteidigt seine eigenen besonderen Interessen. Die Organisationen, die es einst ermöglichten, im Vertrauen auf gemeinsame Interessen mit ihren Klassenbrüdern zu kämpfen, sind heute von einer Bürokratie übernommen worden, die sich darauf beschränkt, eine Struktur aufrechtzuerhalten, die uns wenig nützt, wenn sie uns nicht hilft, Stärke zu gewinnen, aus jedem Einzelnen viele zu machen, durch den Multiplikationseffekt der Einheit, das Teilen von Anstrengungen und Zielen; andernfalls werden sie bis zum Äußersten geschwächt und zerstreut.

Andererseits haben die verschiedenen opportunistischen Strömungen, die von der Bourgeoisie als „neu“ dargestellt wurden und die es angeblich ermöglichen würden, den Übeln ein Ende zu setzen, ohne die Krankheit zu bekämpfen, das Problem verschlimmert, indem sie eine Illusion geschaffen haben, die in kurzer Zeit zu mehr Frustration geführt hat. Alle diese „originellen“ Strömungen haben gemeinsame Merkmale: die Verachtung des Kampfes des Volkes, die Ersetzung der Organisation des Volkes durch das Handeln von Führern, die angeblich das allgemeine Gefühl interpretieren, und ihren reformistischen Charakter. Sie alle akzeptieren den Status quo, keine von ihnen schlägt vor, den liberalen Staat abzuschaffen, sondern ihn von innen oder außerhalb der organisierten Aktion der Massen zu reformieren.

Hinzu kommen weitere Veränderungen in der Struktur der Arbeit, ja sogar in den Formen der Beziehungen, die die Aufgabe der Organisation objektiv erschweren: Die Verteilung der Arbeit auf kleine Einheiten, in denen der Arbeitnehmer physisch von seinen Kollegen isoliert ist, eine Tendenz, die mit der „Telearbeit“ auf die Spitze getrieben wird. Und die sozialen Netze, die einerseits die rasche Verbreitung von Informationen begünstigen, andererseits aber auch deren Manipulation durch eine Handvoll Medien erleichtern, die kontrollieren, was gesagt wird, und sogar falsche Bezüge schaf-

fen, die weit von der realen Existenz der Menschen entfernt sind (die Figur des so genannten Influencers ist ein absurdes Beispiel für diese deformierten Modelle der Realität).

Wie alles bringt auch der technische Fortschritt eine Verbesserung mit sich und wird in den Händen der Ausbeuterklasse zu einer mächtigen Waffe der Bewusstseinsverdummung und Verblödung. Hinzu kommt, dass die Anonymität der sozialen Netzwerke die Debatten degradiert, da sie keinen gemeinsamen Normen unterliegen, die es erlauben, sie in den Grenzen des Rationalen zu halten; heutzutage ist es viel einfacher, dass Trotz, Formalismus und Extravaganz die politische Debatte übernehmen.

„Und an diesem dunklen Ort tauchen die Ungeheuer auf“, so beendete der italienische Kommunistenführer seinen berühmten Satz. In der Tat ist dies keine neue Situation, auch wenn sie natürlich ihre eigenen Nuancen hat, die sowohl günstig als auch ungünstig für revolutionäre Aktionen sind. Der Sieg des Proletariats in Russland eröffnete die Bühne der proletarischen Revolutionen, aber der Verrat des alten Revisionismus, seine Abkehr vom Marxismus, hat auch das Proletariat in Westeuropa vorübergehend entwaffnet und das Aufkommen von Strömungen ermöglicht, die den Kult des Irrationalen zu ihrer Ideologie machten. Der Nazifaschismus ist nicht nur die Ursache, sondern auch die Folge des vorherigen Überflusses an irrationalen Strömungen aller Art.

Heute sucht die Jugend, die bisher in revisionistischen oder radikalnationalistischen Kräften organisiert war, seit langem nach einer Orientierung für ihre Arbeit, weiß seit langem, dass die reformistischen Ziele ihrer früheren Organisationen nicht darauf abzielen, dem bürgerlichen Staat ein Ende zu setzen. Deshalb versucht die kapitalistische Bourgeoisie, die schon immer versucht hat, die Jugend vom revolutionären Weg abzubringen und sie für die „neuen“ Strömungen des Augenblicks zu gewinnen, diese Suche in einen neuen Formalismus ohne Ausweg zu lenken.

Der Schlüssel für die Bourgeoisie ist es, einen „Neustart“ zu erzwingen, das „Neue“ als einzigen Leitfaden für das Handeln zu preisen, um sie von den

Lehren zu isolieren, die sie aus früheren Fehlern ziehen können. Und da sie weiß, dass die marxistische Analyse, die Welt rational und objektiv zu interpretieren, dafür grundlegend ist, fördert sie den „Adamismus“ [zurück zum Anfang], indem sie den Zähler auf Null zurücksetzt und die Erfahrung der Kämpfe früherer Generationen ablehnt, allerdings mit „marxistischer“ und „revolutionärer“ Phraseologie.

Wir müssen daher überlegen, wie wir die Jugendlichen erreichen können: diejenigen, die sich bereits politisch engagieren, unabhängig davon, ob sie von diesen Strömungen beeinflusst werden oder nicht, vor allem die Arbeiterjugend, die am Rande der Politik bleibt, aber weiß, dass sie sich zusammenschließen muss, um für ihre Rechte zu kämpfen; diejenigen, die den Ursprung ihrer Probleme nicht genau kennen, aber spüren, dass dieses System sie in die Katastrophe führt.

Wie kann man dies tun, wie kann man es erreichen?

Der Kampf findet immer deutlicher zwischen der rationalen, materialistischen und dialektischen Weltanschauung sowie dem politischen Kampf und dem Idealismus in seinen verschiedensten Formen statt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sieht sich der neue „opportunistische Idealismus“ in seiner Arbeit erleichtert, weil die jungen Menschen die katastrophalen Folgen der Politik des monarchischen Staates für ihr Leben und das ihrer Familien erkennen. Sie haben auch die Leere des Revisionismus und des Opportunismus gesehen, wenn es darum geht, sich diesen Folgen zu stellen, aber die politische Debatte über die Ursachen der Probleme, die sie erleben, wird ihnen vorenthalten; dies fördert emotionale Reaktionen, die sie von der leninistischen Ideologie abkoppeln. Trotz allem beginnt ein neuer Zyklus des Kampfes. In unserem Land, wie auch im Rest der Welt, ist die Zeit des „sozialen Friedens“ zu Ende gegangen. Und dieser neue Zyklus wird zwangsläufig eine Zunahme der sozialen und politischen Konflikte mit sich bringen. Nach und nach stellen wir eine stärkere Beteiligung junger Menschen an sozialen und Arbeitermobilisierungen fest, ein größeres Interesse daran, sich über politische Fragen zu informieren und darüber

zu debattieren; eine aktivere Haltung von Teilen der jungen Menschen, die direkt in den politischen Kampf eingreifen wollen, den ihre Klasse führt, die sich weigern, Unsinn zu idealisieren, wenn die Welt vor einem gnadenlosen Kampf um die Zukunft steht. Folglich stellen wir auch ein größeres Interesse daran fest, den dialektischen Materialismus kennenzulernen, die leninistische Ideologie, die in der Praxis die reale Möglichkeit bewiesen hat, dem kapitalistischen Staat ein Ende zu setzen und einen proletarischen Staat auf radikal anderen Grundlagen aufzubauen. Sich mit der praktischen Erfahrung der Jugend zu verbinden, die Gleichgültigkeit zu bekämpfen und unerbittlich im Kampf gegen die idealistische Entartung zu sein, ist für unsere Partei grundlegend und grundlegend und wird es in der unmittelbaren Zukunft noch mehr sein.

Wir müssen, wie wir sagen, vom Konkreten ausgehen. Wir müssen also nicht nur die objektive Situation der Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, berücksichtigen, sondern auch das allgemeine Umfeld, in dem sich das Bewusstsein der Jugend bildet, und seinen konkreten Ausdruck in der Sphäre, in der jeder Genosse handelt. Unsere jugendlichen Genossen gestalten logischerweise ihre eigenen Beziehungsregeln, die ihrer Generation, die davon beeinflusst werden. Aber andererseits sind diese objektiven Beschränkungen, von denen wir sprechen, wie Zerstreuung, Tendenz zum Individualismus, sogar zur Selbstisolierung, keine bestimmenden und unveränderlichen Bedingungen für die politische Arbeit mit den jungen Sektoren, noch können wir uns als immun gegen sie betrachten. Der subjektive Zustand des Kampfes betrifft uns alle.

Bei anderen Gelegenheiten haben wir bereits betont, dass die Jugend in der unmittelbaren Zukunft zu einem Schlüsselsektor für die Entwicklung des revolutionären Kampfes wird, weil sie objektiv den Angriffen des Imperialismus mit besonderer Intensität ausgesetzt ist, weil sich ihre Situation in der Periode der zwischenimperialistischen Konfrontation, in der wir leben, nur verschlechtern kann, wenn sie nicht kämpft und weil ihre eigene Vitalität und Kampffähigkeit sie zu einem wesentlichen Akteur in den revolutionären Prozessen macht. Um den Jugendlichen unsere Politik näher zu bringen, müssen wir uns ihnen nähern: dort, wo es Ba-

sisvereinigungen gibt, als ein weiteres Mitglied, das ihre interne Disziplin akzeptiert und teilt; dort, wo es sie nicht gibt, indem wir helfen, sie zu gründen, indem wir auf alles Notwendige zurückgreifen: vorpolitische Aktivitäten, usw. Es ist absolut notwendig, die bestehenden Orte zu nutzen, die dazu beitragen, die Isolation der Jugendlichen zu durchbrechen, oder solche Orte zu schaffen.

Die Ausbildung junger Menschen ist eine grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Jugend Spaniens (ML). Aber es geht darum, sie in der Praxis auszubilden, nicht auf pedantische Art und Weise. Das Ziel ist nicht, dass Militante (ob jung oder nicht) die Zitate der Klassiker auswendig können, sondern dass sie lernen, ihre Analyse auf konkrete Situationen anzuwenden, die dialektische Methode auf die heutige Realität und in ihrem spezifischen Tätigkeitsbereich.

Wir Kommunisten werden zu Kämpfern, weil wir die Einheit brauchen, um unsere Kämpfe und Ideen mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern zu teilen und auch um persönliche Beziehungen der Freundschaft und Kameradschaft aufzubauen. Das erste, was wir anstreben und anbieten müssen, ist die kollektive Arbeit zur Bewältigung unserer Probleme, die ein individuelles Engagement erfordert. Bewusste Arbeiter wissen, weil die Praxis sie gelehrt hat, dass die Einheit einen unerbittlichen Kampf gegen Cäsarismus, Individualismus und den Kult der Zerstreung erfordert, die die Markenzeichen des Opportunismus waren und sind. Sie wissen, dass die Einheit die kollektive Kontrolle und die Verantwortung eines jeden Einzelnen erfordert. Wie Lenin betonte:

„Die Arbeiterklasse braucht die Einheit. Aber die Einheit kann nur durch eine einheitliche Organisation erreicht werden, deren Beschlüsse von allen klassenbewussten Arbeitern gewissenhaft ausgeführt werden. Die Diskussion des Problems, die Äußerung und Anhörung verschiedener Meinungen, die Feststellung der Ansichten der Mehrheit der organisierten Marxisten, die Äußerung dieser Ansichten in Form von Delegiertenbeschlüssen und deren gewissenhafte Durchführung - das ist es, was vernünftige Menschen in der ganzen Welt Einheit nennen. Eine solche Einheit ist unendlich wertvoll

und unendlich wichtig für die Arbeiterklasse. Uneinig sind die Arbeiter nichts. Vereint, sind sie alles.“
(Lenin, „Die Einheit der Arbeiterklasse“, Hervorhebung hinzugefügt).

Wir alle kennen hervorragende Genossinnen und Genossen, ehrliche Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in sinnlosem Aktivismus erschöpft haben und nicht in der Lage sind, ihre Arbeit zu organisieren oder um Hilfe zu bitten. Oder wir kennen andere, die jede praktische Arbeit vermieden haben, sich aber wohl fühlen, wenn sie bis zur Erschöpfung über einen Satz dieses oder jenes klassischen Autors debattieren, meist ohne den Kontext zu berücksichtigen, in dem er geschrieben wurde, und noch weniger, wenn sie ihn auf die heutige Zeit anwenden.

Im Bericht zu unserem 9. Kongress sagten wir: „Angesichts der Reformisten und Doktrinäre besteht unsere Aufgabe darin, Räume der Vergesellschaftung zu schaffen, die dazu beitragen, den politischen und sozialen Kampf wieder aufzubauen, zu versuchen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt des politischen Schachbretts zu stellen, und unsere Kräfte nicht an Projekte zu verschwenden, die dazu führen würden, dass wir in der Praxis eine erratische und inkohärente Politik betreiben, unsere Ziele verwischen und uns desorientieren.“

Wir sind nicht die treibende Kraft der Revolution, und wir geben auch nicht vor, es zu sein. Unsere Rolle ist eine andere: die Kämpfe zu führen, die stattfinden werden, um sie in eine revolutionäre Richtung zu lenken. Dafür müssen wir die Ersten im Kampf sein, Verantwortung abgeben und teilen, die Leute ermutigen, sie zu übernehmen und den Leuten zu vertrauen, die neben uns kämpfen. Heute befinden wir uns nicht in einer revolutionären Situation und gerade in diesen Zeiten ist es entscheidend zu wissen, wie wir unsere Organisation schützen und zur Stärkung der Organisation der Massen beitragen können, denn die Dynamik der imperialistischen Politik wird eher früher als später den politischen und sozialen Konflikt auslösen.

Und gerade jetzt probieren die entstehenden Kerne des organisierten Kampfes neue Wege aus, um dem

Klassenfeind zu begegnen. Lenin wies in einer relativ ähnlichen Situation darauf hin:

„Wir müssen bedenken, dass eine revolutionäre Partei nur dann ihres Namens würdig ist, wenn sie die Bewegung einer revolutionären Klasse tatsächlich anführt. Wir müssen bedenken, dass jede Volksbewegung eine unendliche Vielfalt von Formen annimmt, ständig neue Formen entwickelt und die alten verwirft, Abwandlungen oder neue Kombinationen von alten und neuen Formen vornimmt. Es ist unsere Pflicht, aktiv an diesem Prozess der Erarbeitung von Mitteln und Methoden des Kampfes teilzunehmen. ...“

(V. I. Lenin, „Revolutionäres Abenteuerertum“).

Diejenigen, die auf zynische Weise die Jugend vom Strom der revolutionären Erfahrung des Proletariats abtrennen wollen, tun dies nicht, um sie vor Irrtümern zu schützen, sondern um dem Kapital einen Dienst zu erweisen, das die Jugend braucht, um sich wieder einmal eine Zukunft auszumalen, die es jedoch nur geben wird, wenn das Proletariat seine wissenschaftliche Theorie und Ideologie zurückerobert, um zum Sozialismus vorzustoßen.

Sechzig Jahre sind seit der Gründung der PCE (m-l) vergangen; sechzig Jahre des Kampfes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus. In dieser langen Geschichte hat unsere Partei einen unerbittlichen Kampf gegen den Revisionismus geführt.

Heute haben die opportunistischen Strömungen ihre ideologische Nacktheit, ihre praktische Leere offenbart. Heute haben die opportunistischen Strömungen das Endziel ihrer Tätigkeit offenbart: das Proletariat von der Revolution zu trennen; heute ist unsere Partei notwendiger denn je. Der Imperialismus bereitet sich auf den Krieg vor und versucht, allen Fortschritten, die das Proletariat im Kampf erreicht hat, ein Ende zu setzen. Die Kommunisten der ganzen Welt kämpfen an unserer Seite; mit ihnen haben wir uns verpflichtet, eine Zukunft ohne Klassen, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete zu erobern.

Der Kampf wird immer erbitterter und härter, und die einzige Garantie dafür, dass die Menschheit in Zukunft frei von Ausbeutung leben kann, ist, dass wir Kommunisten lernen, uns zu organisieren, die härtesten Momente gemeinsam zu überwinden, uns geordnet zurückzuziehen, intelligent auf die Schläge des Feindes zu reagieren, im Vertrauen darauf, dass die Gerechtigkeit unseres Kampfes schließlich den Sieg der Vernunft über das Elend bringen wird, in der Gewissheit, dass wir mit Festigkeit und Disziplin das Proletariat zum Sieg führen können.

SEKRETARIAT DES ZENTRAKKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS/PCE (M-L)

TÜRKEI

China - imperialistisch oder guter Imperialismus?

Mustafa Yalçiner

Die Volksrepublik China, die fast niemand auch nur im Entferntesten mit dem Sozialismus in Verbindung zu bringen versuchte, erklärte ihre Gründung nach dem Ende der japanischen Besatzung und dem Sieg der Demokratie im Bürgerkrieg. Es wurde kein Versuch unternommen, die Bourgeoisie zu liquidieren, die als „national“ bezeichnet wurde und sich mit der Enteignung des Eigentums einiger weniger kollaborierender Familien begnügt, die von den von Mao so bezeichneten Kompradoren monopolisiert wurden. Daher konnte China, das nie versucht hat, den Sozialismus aufzubauen, leider nicht über eine demokratische Revolution hinausgehen. Infolgedessen gipfelte der Prozess der kapitalistischen Entwicklung, den Mao lenkte und Deng Siao Ping mit seinen „Reformen“ beschleunigte, in einer historisch kurzen Zeitspanne im Imperialismus. Durch die Nutzung ausländischer Kapitalinvestitionen und seiner Beziehungen zum Westen ist es zur zweitgrößten imperialistischen Macht der Gegenwart geworden, die sich sprunghaft entwickelt hat.

Abgesehen von der NATO und der EU ist China Mitglied in allen internationalen Organisationen wie der Weltbank, der Welthandelsorganisation und (sogar) den Vereinten Nationen (UN). In den Vereinten Nationen, wo es bereits Mitglied des Sicherheitsrats mit Vetorecht ist, erhielt die von China vorgeschlagene „Globale Entwicklungsinitiative“ - die „Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Entwicklungsfinanzierung“ usw. vorsieht - die Unterstützung des UN-Generalsekretärs und von mehr als hundert Ländern, und die Zahl der Länder, die 2022 der Gruppe der UN-Freunde der Millenniums-Entwicklungsziele beitraten, erreichte 68. Die von China vorgeschlagene „Globale Sicherheitsinitiative“, die „die gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder, die Ablehnung der Mentalität des Kalten Krieges, die Ablehnung des Unilateralismus und der Konfrontation zwischen rivalisierenden Blöcken, die Achtung der legitimen Sicherheitsanliegen aller Nationen, die Bemühungen um die Lösung von Differenzen durch Dialog und die gemeinsame Koordinierung zur Bewältigung traditioneller und

nicht-traditioneller Sicherheits herausforderungen“ fordert, hat ebenfalls die Unterstützung des Generalsekretärs und zahlreicher Länder bei den Vereinten Nationen gefunden. Beide Initiativen zielten darauf ab, China als „Freund der Völker“ darzustellen, der sich um die Entwicklung und Sicherheit seiner Länder kümmert und sie wertschätzt. Beides waren im Wesentlichen Versuche, den Einfluss Chinas unter den Ländern und Völkern zu verbreiten, von denen viele vorgeblich unabhängig, aber finanziell und wirtschaftlich abhängig sind.

Nicht nur über die UNO und die Initiativen, die es bei der UNO vorbringt, versucht China, alle möglichen Beziehungen, ob entwickelt oder unentwickelt, stark oder schwach, zu Pfeilern seiner Expansion zu machen und seinen Anteil an der Aufteilung der Welt kontinuierlich zu erhöhen, zweifellos auf Kosten seiner Rivalen. Das ist es, was die jüngste Erweiterung der BRICS bedeutet. Die BRICS und China, die Hauptmacht hinter ihrer Expansion, neigen dazu, diese neuen Beziehungen als Pfeiler ihrer Expansion zu nutzen.

Durch die Bildung von mindestens drei verschiedenen Arten von Allianzen mit verschiedenen Ländern versucht China, nicht nur in der Region, sondern in der Welt insgesamt voranzukommen, zum Nachteil der amerikanischen und europäischen Imperialisten. Mit Russland, mit dem eine Reihe von Fragen ungelöst sind, ist es ein rein strategisches Bündnis eingegangen. Mit Korea, Iran und Brasilien, die ebenfalls über einen relativ entwickelten politischen Kontext verfügen, erwägt es seine Beziehungen im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRICS-ähnlichen Plattformen auszubauen. Bei seiner Expansion versucht es auch, die wirtschaftlichen, finanziellen und kommerziellen Beziehungen, die auch politische Aspekte haben, mit Ländern wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten von Kronprinz Salman und Khalifa bin Zayed, zu nutzen. All dies wurde zweifellos durch die rasanten industriellen Durchbrüche Chinas ermöglicht - mit Hilfe der Vereinigten Staaten und der Europäer, die viel Kapital in das Land investiert haben. In nur wenigen Jahrzehnten hat China eine bemerkenswerte Industrialisierung auf einer modernen technischen Basis erreicht, die der amerikanischen Wirtschaft

fast ebenbürtig ist. Gestützt auf seine riesigen Industrie- und Finanzmonopole, die sich zu den größten der Welt entwickelt haben, ist China heute seinen Konkurrenten in Bezug auf Kapitalinvestitionen, Darlehen und Kredite sowie das Handelsvolumen auf allen Kontinenten außer Nordamerika voraus.

Dies verschärft den Kampf um die Aufteilung der Welt noch weiter. Die Rivalen führen einen Angriff nach dem anderen gegeneinander.

UNVERKENNBAR IMPERIALISTISCHER CHARAKTER

In Wirklichkeit ist alles offensichtlich und mit dem bloßen Auge sichtbar. Die Bemühungen, die offensichtlichen Tatsachen in Bezug auf Russland und insbesondere China und deren Expansion mit Ansichten und Theorien zu verschleiern, deren Ausgangspunkt eher politische Bedürfnisse sind und zweifellos durch Klasseninteressen bedingt sind, dürfen jedoch nicht unterschätzt werden.

Die Wahrheit ist, dass Russland und China zwei imperialistische Länder im selben Block sind, die mit ihren Rivalen um die Neuaufteilung der Welt kämpfen. Genau das wird vertuscht und verzerrt.

Es wird argumentiert, dass Russland nicht imperialistisch sei, weil es nicht über die wirtschaftliche Stärke und die fünf Merkmale verfüge, die Lenin in seiner Definition des Imperialismus hervorhob und die angeblich notwendig seien, um ein imperialistisches Land zu sein.¹ Diese Behauptung stützt sich auf die Schwäche der russischen Wirtschaft und die Unzulänglichkeit seiner Kapitalexporte trotz der bereits etablierten Monopole und der Vorherrschaft des Finanzkapitals und damit auf seine rückständige und unzureichende Position in der wirtschaftlichen Aufteilung der Welt. Abgesehen davon, dass die gegen Russland erhobenen Vorwürfe falsch sind, ist es eine Tatsache, dass nichts von dem, was als Beweis dafür angeführt wird, dass dieses Land nicht imperialistisch ist, auch nur im Entfernt-

¹ Lenin, der diese Merkmale aufzählte, die heute alle in Russland vorhanden sind, definierte den Imperialismus wie folgt: „Imperialismus ist der Kapitalismus, der ein Entwicklungsstadium erreicht hat, in dem die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals entstanden ist, in dem der Kapitalexport die größte Bedeutung erlangt hat, in dem die Aufteilung der Welt unter den internationalen Konzernen begonnen hat und in dem die Aufteilung aller Gebiete der Welt unter den größten kapitalistischen Ländern abgeschlossen ist“ (Lenin V. I., (2009), Imperialismus, Das höchste Stadium des Kapitalismus, trans. Cemal Süreya, Sol Yay., Ankara, 12. Auflage, S. 101)

testen als Beweis für China gelten kann. China ist weder wirtschaftlich schwach, noch ist sein Kapitalexport unzureichend, noch ist seine Position bei der Neuverteilung der Welt unbedeutend. Im Gegenteil: China ist die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und entwickelt sich viel schneller als sein erster Rivale. Seine Direkt- und Portfolioinvestitionen im Ausland sind so umfangreich, dass es nicht nötig ist, Beispiele zu nennen; dies ist allgemein anerkannt und eine Quelle des Stolzes für die chinesische Propaganda. Man braucht nur Chinas direkte und gemeinsame Investitionen in das 2013 gestartete „Belt and Road Project“ zu erwähnen, in das bereits Hunderte von Milliarden Dollar investiert worden sind. In den letzten Jahren hat China die meisten seiner Konkurrenten mit seinem hohen Kapitalexport übertroffen, und sein Gesamtbestand an exportiertem Kapital auf dem Markt hat sich dem der Vereinigten Staaten angenähert. Was die Kreditvergabe und -aufnahme, das Handelsvolumen und die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Handelstätigkeit betrifft, so ist China seinen Konkurrenten auf fast allen Kontinenten seit mindestens 4-5 Jahren voraus. Argumente wie „wirtschaftliche Schwäche“ und „unzureichender Kapitalexport“ konnten und können daher nicht als Beweis dafür dienen, dass China kein imperialistisches Land ist!

CHINESISCHES LOB

Es werden organisierte Anstrengungen unternommen, um die Realität Chinas zu verschleiern, die völlig offensichtlich geworden ist.

Die Haupttriebkraft für die Bemühungen, die chinesische Realität zu verschleiern oder zu verzerren, ist der chinesische Staat selbst, der beträchtliche Mittel für eine trügerische Propaganda aufwendet. Zu diesem Zweck hat die chinesische Partei den Staatsapparat, einschließlich der Universitäten und Verlage - wie z. B. Renmin University Press - und internationaler Einrichtungen wie Canut International und Canut Books Publisher, Berlin-London, mobilisiert, um die Völker der Welt mit theoretischen Produkten aus den Bereichen Philosophie, politische Ökonomie, Politik und Kultur „aufzuklären“. China, das über zahlreiche Online-Publikationen, Bücher und Zeitschriften auch aktuelle Veröf-

entlichungen herausgibt, versucht, seinen Einfluss international zu verbreiten, indem es Propagandamöglichkeiten wie die im Oktober letzten Jahres veranstaltete Istanbul Buchmesse TÜYAP nutzt. Die Drahtzieher der chinesischen Propaganda sind nicht auf den chinesischen Staat beschränkt und haben bezahlte und freiwillige Unterstützer in vielen Ländern. Unternehmen, die Handelsbeziehungen mit China unterhalten und ihre Zukunft in dieser Richtung suchen, und eine Reihe von revisionistischen, opportunistischen, bürgerlichen, kleinbürgerlichen politischen Parteien, Organisationen, Vereinigungen usw. sowie bestimmte Intellektuelle, die Anhänger Chinas sind oder China und seine Ziele nicht als schädlich, sondern als vorteilhaft für ihre Länder betrachten, sind die Träger der Propaganda dieses Landes. Sie loben es entweder direkt oder rechtfertigen es und halten es zumindest für akzeptabel für die Welt, ihr Land und sich selbst.

Am extremsten ist die Lobpreisung Chinas. All die Lobredner – jene, die der Meinung sind, dass es kein imperialistisches Land sei, jene, die es sogar für sozialistisch halten oder wiederum die, die in der Mehrheit sind und sich von Grund auf nicht für den Klassencharakter interessieren - behaupten, dass China ein „Freund der Völker“ sei.

VERSCHIEDENE BEISPIELE FÜR DARLEHEN UND KREDITE UND CHINA

Sie weisen Gründe für ihre Ansichten auf.

Das Hauptargument dieser Behauptung ist, dass China den Ländern und zweifellos auch den Völkern der Länder „hilft“, in denen es investiert, leiht und borgt. Die Völker der rückständigen Länder, die viel unter den amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten gelitten haben, deren unter- und oberirdische Ressourcen von den imperialistischen Kolonialmächten geplündert wurden und die schweren Verfolgungen, einschließlich Folter und Massenmord, ausgesetzt waren, werden von der Beifall spendenden Propaganda Chinas und ihrer Herrscher, die mit China kollaborieren, beeinflusst. Sie nehmen China als ein „wohlwollendes“ Land wahr, das ihre Befreiung von Plünderung und Unterdrückung gegenüber den plündernden, grausamen Imperialisten der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart unterstützt, die mit ihnen

konkurrieren und wirtschaftlich expandieren wollen. Diese Wahrnehmung eines „freundlichen“ und „wohlwollenden Chinas“ wird durch die Tatsache begünstigt, dass der Kolonialismus zusammengebrochen ist und China neokolonialistische Methoden anwendet, so wie es der amerikanische Imperialismus tat, als er den britischen und französischen Imperialismus ablöste, und dass diese Methoden darin bestehen, mit scheinbar unabhängigen Staaten zu verhandeln, auch wenn sie finanziell und wirtschaftlich abhängig sind, und ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu respektieren und nicht auf Besetzung und Annexion zurückzugreifen. Die Tatsache, dass China nicht wie die Kolonialherren der Vergangenheit sofort versucht, sich das Öl und Gas, das Gold und die Diamanten der Länder direkt anzueignen, kann auf kurze Sicht den Eindruck von „Freundschaft“ und „Wohlwollen“ vermitteln. Relativ langfristig jedoch werden die direkten und gemeinsamen Investitionen, Kredite und Darlehen sowie die Tendenz, die Wirtschaft der Länder, mit denen man Beziehungen unterhält, von sich abhängig zu machen, dazu führen, dass sich die Völker dieser Länder gegen den chinesischen Imperialismus auflehnen und den Kampf um ihre Unabhängigkeit aufnehmen.

China betreibt zwar keine offene und sichtbare Plünderung von Reichtümern wie Gewürzen, Gold, Diamanten und Öl, wie es beispielsweise die britischen und französischen Imperialisten in Südostasien und Afrika taten, denn die Zeiten und Bedingungen sind heute andere. Es gibt Projekten den Vorzug, die als „normal“ und „natürlich“ angesehen werden können und die es zumindest kurzfristig ermöglichen, die unter- und überirdischen Reichtümer der rückständigen Länder zu plündern, sowie Infrastrukturinvestitionen wie den Bau von Häfen, Eisenbahnen, Staudämmen und Kraftwerken usw. und die Bereitstellung von Krediten für solche Investitionen zu tätigen. Dies bietet ihm zusätzliche Möglichkeiten.

Hier werden die Kriterien für die Unterscheidung zwischen Imperialisten und Freunden der Völker wichtig. Welche Beziehungen sind abhängige imperialistische Beziehungen und welche sind wirklich Beziehungen der Hilfe und Freundschaft - was ist das Kriterium?

Die Tatsache, dass ein Land einem anderen rückständigen und bedürftigen Land Kredite und Darlehen gewährt, bedeutet nicht automatisch, dass es imperialistisch ist. Die imperialistischen Darlehen und Kredite, die darauf abzielen, Abhängigkeit zu schaffen, sind solche mit hohen Zinssätzen und vor allem solche, die an die Bedingung der Gegenseitigkeit geknüpft sind. Im Übrigen hat auch die sozialistische UdSSR, als sie noch in den Kinderschuhen steckte, zum Beispiel der Türkei, die gegen die imperialistische Besetzung kämpfte, Darlehen und Kredite gewährt.

So schickte die damalige Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik der Türkei unmittelbar nach der Einsetzung der Regierung in Ankara 6.000 Gewehre mit Millionen von Schuss Munition, einige Monate später mehr als 200 Kilo Goldbarren und sechs Monate später Tausende von Bomben. Ganz zu schweigen von politischen Erwägungen oder Interessen, es handelte sich um reine Zuwendungen. In den Jahren 1921 und 1922 schickte die Sowjetregierung der Türkei, ebenfalls unentgeltlich und als Zuschuss, Zehntausende von Gewehren mit Munition, mehr als dreihundert Maschinengewehre, mehr als 50 Geschütze mit mehr als hunderttausend Artilleriegranaten und insgesamt 10 Millionen Rubel in Gold.

1932 wurde der erste Darlehensvertrag zwischen der UdSSR und der Türkei über 8 Millionen Dollar unterzeichnet. Er war „bedingt“: Das Geld sollte für die Errichtung von Fabriken verwendet werden. Die Tuch- und Druckfabriken der Kayseri und der Nazilli Sümerbank wurden mit diesem Kredit gegründet. Er war zinslos und hatte eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Rückzahlung sollte in landwirtschaftlichen Produkten erfolgen.

Nach dem Abkommen mit der UdSSR ist das zweite Beispiel für einen Darlehensvertrag das 1936 mit den Briten unterzeichnete Abkommen. Verschiedenen Quellen zufolge handelt es sich um einen Vertrag über den Bau des Eisen- und Stahlwerks Karabük mit einer Rückzahlungsfrist von 10 oder 15 Jahren und einem Wert von 2,5 oder 13 Millionen Pfund Sterling. Das britische Brasserie-Monopol gewinnt die Ausschreibung und setzt sich gegen das

deutsche Krupp-Monopol durch, aber die Kreditverhandlungen werden zwischen den Regierungen geführt. Die Briten drängen auf den ersten Kreditvertrag mit der kemalistischen Türkei. Im selben Jahr besucht beispielsweise König Edward VIII. die Türkei. Das Abkommen wurde am Wendepunkt des Übergangs von der Annäherung an die UdSSR zur Annäherung an die Briten und den Westen unterzeichnet, und gleichzeitig mit dem Darlehensvertrag, der als „der mit den Briten zu günstigen Bedingungen unterzeichnete Darlehensvertrag“ bezeichnet wird, dessen Bedingungen jedoch in keiner Quelle genannt werden, wurden folgende Vereinbarungen zwischen der Türkei und Großbritannien getroffen: 1) Die Türkei würde die Waffen, die zur Verteidigung der Meerenge eingesetzt werden sollen, von den Briten kaufen, 2) Britische Experten werden in den öffentlichen Einrichtungen „arbeiten“. Außerdem wurden im selben Jahr trotz der Einwände der Sowjetunion im Vertrag von Montreux die Bestimmungen des Vertrags von Lausanne über die Durchfahrtsrechte durch die Meerenge und deren Sicherheit erneuert.

Weitere Beispiele im Zusammenhang mit der Türkei sind die Kreditverträge mit Russland, das im Gegensatz zu den zinslosen und bedingungslosen sowjetischen Krediten unter der Herrschaft des modernen Revisionismus in der Periode der Restauration des Kapitalismus, die mit Chruschtschow begann, sozialimperialistisch wurde und dessen Bedingungen sich schrittweise verschlechterten.

Mit dem 1957 mit der İsbank unterzeichneten Abkommen über die Errichtung einer Glasfabrik in Çayirova gewährte die UdSSR der Türkei ein Darlehen in Höhe von 3,4 Millionen Rubel für drei Jahre zu einem Zinssatz von 2,5 %, und es begann die „verzinsliche Darlehensperiode“ zwischen den beiden Ländern, wenn auch zu einem niedrigen Zinssatz, und die Rückzahlungsfrist wurde erheblich verkürzt.

1966 gewährt die UdSSR der Türkei mit einem neuen Abkommen ein Darlehen von 225 Millionen Dollar für 15 Jahre, wiederum zu 2,5 % Zinsen. Der Betrag des Darlehens steigt, aber der Zinssatz bleibt gleich.

CHINESISCHE DARLEHEN UND KREDITE: „HILFE“ ODER FALLE?

Was das heutige China betrifft:

Letztes Jahr verschob China die Fälligkeit eines Darlehens in Höhe von 2 Milliarden Dollar an Pakistan, dessen Zahlungsbilanz sich verschlechtert hatte und dessen Verhandlungen mit dem IWF ins Stocken geraten waren, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Mit solchen eher politischen als wirtschaftlichen Schritten hat China gezeigt, dass sein Image als „Freund der Völker“ und „wohlwollendes Land“ nicht allein vom Erfolg seiner Propaganda abhängt, sondern dass es sich nicht scheut, in die eigene Tasche zu greifen. Das hat China auch getan, indem es den afrikanischen Ländern zinslose Schulden in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar gestrichen hat, die sie bis Ende 2020 zurückzahlen müssen. Es erkennt die Bedürfnisse seiner wirtschaftlichen Expansion an und scheut sich nicht vor Flexibilität in Bezug auf Darlehen, Laufzeiten und Stundungen. Diese Flexibilität ist jedoch nicht Ausdruck von „Wohlwollen“, sondern eher von der Fähigkeit, kleine Ausgaben für große Gewinne zu tätigen. Wenn man sich vor Augen hält, dass ähnliche Flexibilitäten, ja sogar Milliarden von Dollar an Zuschüssen, wie im Falle Ägyptens und Israels, und Darlehen wie der Marshall-Plan, von denen ein erheblicher Teil unter dem Deckmantel der Unentgeltlichkeit gewährt wurde, von den USA genutzt wurden, um nach dem Zweiten Weltkrieg eine Hegemonie über Länder wie Europa und die Türkei zu errichten, sollte klar sein, dass „Großzügigkeit“, die darauf abzielt, Abhängigkeiten zu schaffen, nicht als Zeichen und Beweis von „Freundschaft“ gelten kann.

Andererseits ist diese „Großzügigkeit“ Chinas ein „Tropfen auf den heißen Stein“, um das Gesicht zu wahren, und sie ist weder allgemein noch weit verbreitet. China ist heute der größte Gläubiger auf allen Kontinenten und hat in den letzten 20 Jahren 22 rückständigen und abhängigen Ländern 240 Milliarden Dollar als Hebel für seine Expansion geliehen. Nach Angaben der China-Afrika-Forschungsinitiative der John-Hopkins-Universität haben die chinesische Regierung und Banken zwischen 2000 und 2017 insgesamt 143 Milliarden Dollar an afrikanische Länder verliehen. Durch die Vergabe von Krediten in Höhe von 200 Milliarden Dollar allein

an Regierungen in Asien hat China auf diese Weise seine Abhängigkeitsbeziehungen und Kapitalexporte gestärkt.

Daten der Harvard Business Review aus dem Jahr 2020 zeigen, dass die chinesische Regierung, staatliche Banken und private Unternehmen Kredite in Höhe von insgesamt 1,5 Billionen Dollar an mehr als 150 Länder vergeben haben - der höchste Betrag weltweit. Länder wie Dschibuti, Kongo, Niger, Sambia, Kirgisistan, Kambodscha, Laos und die Mongolei schulden China mehr als 20 % ihres BIP. China behauptet, dass seine Darlehen und Kredite an keine politischen Bedingungen geknüpft seien und dass es damit keine politischen Ziele verfolge. Das stimmt natürlich nicht; die kreditnehmenden Länder geraten in Abhängigkeit von China, wie im Falle Pakistans, und selbst Putsche und Regierungswechsel reichen nicht aus, um die Seiten zwischen den imperialistischen Rivalen zu wechseln, geschweige denn die Abhängigkeit zu beenden.

In einem weiteren Bericht von Euro News haben Forscher der US-amerikanischen Universität, des Colleges und des „Centre for Global Development“, des Kieler Instituts und des Peterson Institute for International Economics in Deutschland eine Untersuchung durchgeführt. Die Studie stellt fest, dass die Bedingungen der chinesischen Darlehensverträge „ungewöhnlich geheimnisvoll“ sind und den chinesischen Staatsbanken „Vorrang bei der Rückzahlung“ einräumen, was nicht im Entferntesten mit dem Darlehensvertrag zwischen der UdSSR und der Türkei von 1932 vergleichbar ist. Der Studie zufolge enthalten die Verträge „Vertraulichkeitsklauseln, die die Kreditnehmer daran hindern, die Vertragsbedingungen offenzulegen“, „informelle Sicherheitenvereinbarungen, die chinesischen Gläubigern Vorrang vor anderen Gläubigern einräumen“, „Garantien, die Umschuldungen verhindern“ und die Möglichkeit Chinas, „Kredite zu kündigen und Rückzahlungen zu beschleunigen“, was im Widerspruch zu den von China ratifizierten internationalen Verpflichtungen steht.

Außerdem sind die Chinesen „gute Geldverleiher“: IWF-Kredite werden in der Regel mit 1,5 bis 2,5 Prozent verzinst, während der durchschnittliche Zinssatz für chinesische Kredite zwischen 3 und 5 Prozent liegt.

Die meisten Darlehen und Kredite Chinas wurden im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ vergeben, die als „Hilfe für die Länder entlang der Route“ und „Befreiung von den USA“ vermarktet wird, aber selbst ein grundlegendes Instrument der wirtschaftlichen Expansion Chinas zur Neuaufteilung der Welt ist.

Ein Produkt der chinesischen Kredite und Schulden - das zweifellos vorhergesehen und sogar als „Schuldenfalle“ bezeichnet wurde - ist die für den Imperialismus typische völlige Beschlagnahme der Unternehmen, denen die Kredite als Gegenleistung für nicht rückzahlbare Schulden gewährt wurden.

Das erste Beispiel für die Häfen und Eisenbahnen, die im Rahmen des „Belt and Road Project“ das größte Interesse Chinas auf sich ziehen, ist der Hafen Hambantota in Sri Lanka. Rajapaksa, der 2022 infolge eines Volksaufstandes aus dem Land fliehen musste, hat die Wirtschaft des Landes jahrelang mit Auslandsschulden verwaltet, und 61 % des Haushaltsdefizits im Jahr 2016 wurden durch Auslandsschulden finanziert. Vor dem Aufstand beliefen sich die Auslandsschulden des Landes auf rund 35 Mrd. Dollar, davon 3,4 Mrd. Dollar bei China und 4,4 Mrd. Dollar bei der Asiatischen Entwicklungsbank, an der China beteiligt war, und waren uneinbringlich geworden. Die Lösung war der Verkauf von 80 % der Anteile an dem 2010 eröffneten, 1,3 Milliarden Dollar teuren Hambantota-Hafen an das chinesische Staatsmonopol China Merchant Port Holdings. Nach heftigen Protesten wurde der Vertrag in eine 99-jährige Verpachtung des Hafens an eine gemeinsame Investition des chinesischen Monopols und der Sri Lanka Ports Authority geändert, wobei 70 % der Anteile vom chinesischen Monopol gehalten werden.²

Das zweite Beispiel ist der griechische Hafen von Piräus. Diesmal nicht wegen chinesischer Schulden, sondern als Folge der Schuldenkrise, in die er hineingezogen wurde, hat die griechische Regierung seine Vermögenswerte aufgrund der Auflagen der Troika, bestehend aus der Europäischen Zentralbank, dem IWF und der Europäischen Kommission,

² Bk. Financial Times (11.11.2017), „China Signs 99-year lease on Sri Lanka's Hambantota Port“; <https://www.ft.com/content/e150ef0c-de37-11e7-a8a4-0a1e63a52f9c>

zum Verkauf gestellt, und in diesem Zusammenhang wurden mit der 2016 mit dem chinesischen Monopolisten COSCO unterzeichneten Vereinbarung zunächst 51 % und dann 67 % seiner Anteile verkauft, und der Hafen ging in chinesischen Besitz über.

Das dritte Beispiel ist der kenianische Hafen von Mombasa. Von 2010 bis 2020 stiegen die chinesischen Darlehen und Kredite an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen von 40 Milliarden Dollar auf 170 Milliarden Dollar, von denen mehr als die Hälfte an afrikanische Länder südlich der Sahara ging. Kenia nahm dabei einen besonderen Platz ein, und das „Belt and Road“-Projekt sah den Bau von Handelsrouten über den Indischen Ozean von Kenia (über den Hafen von Mombasa und die Hauptstadt Nairobi) nach Uganda, Tansania, Südsudan, Äthiopien und den Kongo per Eisenbahn vor, wofür Milliarden Dollar an Krediten ausgezahlt wurden. Der Bau der Eisenbahnlinie reicht nur 120 Kilometer über Nairobi hinaus und hat noch nicht die Grenzen Kenias überschritten. Aus diesem Grund wird die Rendite der Investitionen nicht realisiert, und Kenia ist seit der Eröffnung des Hafens im Jahr 2017 sowohl defizitär als auch äußerst knapp bei der Rückzahlung von Krediten. Ende 2018 wurden Gerüchte, dass der Hafen aufgrund unbezahlter Schulden an China verkauft werden sollte, von der kenianischen und der chinesischen Verwaltung dementiert, und es wurde erklärt, dass Kenia den Hafen nicht als Sicherheit für seine 3,6 Mrd. USD Schulden verpfändet hat. Seit mindestens einem Jahr sucht das verzweifelte Kenia jedoch „nach Investoren, die den Betrieb und die Verwaltung von fünf wichtigen Häfen in Mombasa übernehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit des maritimen Sektors zu steigern und der finanziell angeschlagenen Regierung Einnahmen in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar zu verschaffen“.³

Ein weiteres Beispiel ist Sambia, das im Jahr 2020 seine Auslandsschulden in Höhe von 13 Milliarden Dollar nicht mehr bedienen konnte, in die China über seine Exim-Bank und viele andere Monopole in großem Umfang investiert und finanziert hat

und der größte Gläubiger ist. Laut dem Bericht der Deutschen Welle (DW) von 2019 mit dem Titel „Chinas umstrittene Beteiligung an sambischen Medien“ hat Sambias nationaler Sender ZNBC bei der Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen eine gemeinsame Investition mit dem chinesischen Monopol StarTimes getätigt. Das chinesische Monopolunternehmen hielt 60 Prozent und ZNBC 40 Prozent der gemeinsamen Investition „TopStar“. Die Investition wurde mit einem Darlehen der staatlichen chinesischen Exim-Bank in Höhe von 232 Mio. USD finanziert, und die „wohlwollende“ StarTimes verließ das Kapital der Partnerschaft an die klamme ZNBC, wodurch scheinbar eine „Win-Win“-Situation entstand. Als jedoch die Sambier, die nicht in der Lage waren, die Vorteile der digitalen Umstellung zu nutzen, das Monopol beschuldigten, „ein Monopol sowohl als Verteiler als auch als Signalanbieter zu schaffen“, versuchte die Regierung, sich mit der Lüge zu verteidigen, dass „StarTimes TopStar nicht leitet“ und dass, sobald das Unternehmen und das Darlehen an die Exim Bank zurückgezahlt würden, „NBC der Mehrheitsaktionär und StarTimes der Minderheitsaktionär werden würde“.⁴

DIE EXPORTKAPAZITÄT CHINAS ALS BASIS FÜR BEZIEHUNGEN DER ABHÄNGIGKEIT

Eine der wichtigsten Säulen der wirtschaftlichen Expansion Chinas ist sein Exportpotenzial, und während das Land 2009 alle seine Konkurrenten übertraf, stiegen seine Exporte im Jahr 2020 auf 2,591 Billionen Dollar und übertrafen die USA und Deutschland, die unter 1,5 Billionen Dollar lagen, deutlich.⁵ Im Jahr 2023 liegen diese Zahlen für Deutschland bei 1,668 Billionen, für die USA bei 2 Billionen und für China bei 3,38 Billionen Dollar.⁶

Der erste Platz Chinas bei den Exporten beruht zweifellos auf seiner klaren Überlegenheit bei der Produktion des verarbeitenden Gewerbes. Im Jahr 2022 steht China mit einer Produktion von rund 5 Billionen US-Dollar erneut an der Spitze, verglichen mit Japans Produktion von rund 800 Milliarden US-Dollar und Deutschlands Produktion von

3 The Maritime Executive (4.6.2023), „Kenya Seeks to Generate \$10B Leasing Five Ports to Private Investors“

4 Vgl. DW (2019); <https://www.dw.com/en/chinas-contentious-stake-in-zambias-broadcast-media/a-49492207>

5 Siehe Statista (2022), <https://www.statista.com/statistics/269328/value-of-exports-of-selected-countries/>

6 Siehe Statista (2023), <https://www.statista.com/statistics/264623/leading-export-countries-worldwide/>

750 Milliarden US-Dollar.⁷ Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in den USA liegt im selben Jahr bei etwa 2,5 Billionen Dollar.⁸

Darüber hinaus ist China als direkte Folge der fortgeschrittenen technischen Basis seiner Wirtschaft bei der Produktion und dem Export von High-Tech-Produkten erneut weit vorne. Während Deutschland in diesem Bereich mit Hightech-Exporten im Wert von ca. 223 Mrd. auf Platz 2 und die USA mit 166,5 Mrd. auf Platz 4 liegen, steht China mit Exporten im Wert von ca. 770 Mrd. Dollar an erster Stelle und übertrifft damit die Summe der beiden Länder. Der hohe Anteil von Hightech-Produkten, Maschinen und Teilen sowie Infrastruktur-Investitionsgütern an den chinesischen Exporten schafft und verstärkt Abhängigkeiten, indem er zu einer Standardisierung führt und die Einfuhr von Ersatzteilen und damit verbundenen Zwischenprodukten durch die Importländer bedingt.

Die Überlegenheit Chinas im Außenhandel erleichtert die Entwicklung von Beziehungen wirtschaftlicher Abhängigkeit zu rückständigen und abhängigen Ländern. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Krediten, Schulden und Außenhandelspartnerschaften, da die Kredite und Verbindlichkeiten, die China diesen Ländern gewährt, von Importen aus China abhängig gemacht werden. Selbst wenn die Bedingungen nicht in den Kreditverträgen festgelegt sind, verlangen sie unter scheinbarer Freiwilligkeit Importe aus China, und beides bedingt sich gegenseitig.

DIE CHINESISCHE KAPITALEXPORTE ALS INSTRUMENT DER EXPANSION

Es sollte hervorgehoben werden, dass Chinas exportierte Kapitalinvestitionen eine primäre Rolle in den abhängigen internationalen Beziehungen spielen, die es aufgebaut hat.

Der Kapitalexport, wie er von Lenin bekannt und definiert wurde, ist eines der charakteristischen Merkmale des Imperialismus. Das „überschüssige“ Kapital, das in den entwickelten kapitalistischen

Ländern erwirtschaftet wird, sucht nach profitablen Investitionsmöglichkeiten und fließt auf der Suche nach hohen Profiten aus dem Land. Auch ein sozialistisches Land kann anderen Ländern Geld leihen und Kredite gewähren - vorausgesetzt, es handelt sich um bedingungslose Kredite -, und es kann nicht behauptet werden, dass dies im Widerspruch zum Sozialismus steht.⁹ Doch über die Vergabe von Schulden oder Krediten hinaus, Direkt- oder Portfolio-Investitionen in anderen Ländern zu tätigen - deren Eigentum in den Händen des Investors liegen wird - allein oder mit lokalen Partnerschaften, gemeinsame Investitionen zu tätigen, indem man Kapitalpartnerschaften gründet, die zweifellos darauf abzielen, auf dem Rücken der werktätigen Völker Profit zu machen, bedeutet vorrangig die Dominanz des Finanzkapitals und zweitens, im Hinblick auf ein Land wie China, das in den letzten Jahren alle anderen Länder in Bezug auf den Kapitalexport übertroffen hat, ausschließlich Imperialismus.

Viele kapitalistische Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Griechenland usw. exportieren ebenfalls gewisse Mengen an Kapital, die im Vergleich zu den imperialistischen Ländern äußerst gering sind. Obwohl der Kapitalexport allein kein Kriterium für Imperialismus ist, kann man nicht behaupten, dass China, das mehr Kapital exportiert als alle seine Konkurrenten, ein mittelgroßes kapitalistisches Land wie die Türkei und Griechenland ist. Außerdem versuchen selbst die Türkei und Griechenland, ungeachtet ihrer Größe, Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen, indem sie bestimmten Ländern in Afrika und auf dem Balkan, in die sie Kapital exportieren, Auflagen machen.

China zog weiterhin ausländische Kapitalinvestitionen an, die von 2021 bis 2022 leicht zunahmen (189 Milliarden Dollar), und obwohl es vor einigen Jahren seinen ersten Platz an die USA verlor, überstieg sein Kapitalexport - zusammen mit Hongkong

⁷ Siehe Macrotrends, Produktion des verarbeitenden Gewerbes nach Ländern; <https://www.macrotrends.net/global-metrics/countries/ranking/manufacturing-output?q=What+is+US%27s+industrial+outputs>

⁸ Siehe National Association of Manufacturers, 2022 US Manufacturing Facts; <https://nam.org/state-manufacturing-data/2022-united-states-manufacturing-facts/#:~:text=Manufacturers%20in%20the%20United%20States,employing%208.41%25%20of%20the%20workforce>

⁹ Die offizielle chinesische Staatsagentur Xinhua berichtet, dass China und seine lateinamerikanischen Partner zusammenarbeiten, um ein „neues Modell der chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen“ aufzubauen, das unter anderem auf einer „Win-Win-Kooperation in Wirtschaft und Handel“ basiert, einschließlich der gegenseitigen Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Es wird offen zugegeben, dass China seine Beziehungen zu rückständigen Ländern, die es als „Hilfe“ propagiert, sowohl für diese Länder als auch für China als gewinnbringend ansieht. (Xinhua, 22.07.2024; <https://english.news.cn/20240722/1012b9e2ee294003903ac424b1d3d509/c.html>)

- immer noch 250 Milliarden Dollar.¹⁰ Die Wahrscheinlichkeit, dass ein gewöhnliches kapitalistisches Land in der Lage ist, eine solche Menge an Kapital zu exportieren, ist gleich Null.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen chinesischen Investitionen und gemeinsamen Investitionen mit Ländern und Unternehmen, die im Rahmen des „Gürtel- und Straßenprojekts“ getätigt werden und bis 2027 voraussichtlich 1,3 Billionen Dollar übersteigen werden und das im Rahmen eines speziellen strategischen Plans ausgeführt wird. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass der Kapitalexport im Dienste der imperialistischen Expansion Chinas steht, das bereits eine wirtschaftliche Umverteilung der Welt vornimmt, um nicht nur auf der Ebene von Ländern, sondern auch auf der Ebene von Regionen und der Welt Abhängigkeiten zu schaffen.

Zweifellos ist die Vorherrschaft des Finanzkapitals mit seinen staatlichen, staatlich-privaten Partnerschaften und privaten Monopolen, die den Export von Rohstoffen und Kapital durch Darlehen und Kredite realisieren, die die Instrumente seiner wirtschaftlichen Expansion sind, charakteristisch für den chinesischen Imperialismus. In den Top 10 der Forbes-Liste der „Größten“ von 2022, auf deren 13. Platz die Bank of China mit einem Vermögen von über 4 Billionen Dollar und einer Marktkapitalisierung von 118 Milliarden steht, finden sich 5 amerikanische Monopole sowie 3 große chinesische Staatsbanken; die Industrial and Commercial Bank of China mit einem Vermögen von 5,5 Billionen steht an 2. Stelle und einer Marktkapitalisierung von 214 Milliarden, die China Construction Bank¹¹ mit einem Vermögen von 4,75 Billionen und einer Marktkapitalisierung von 181 Milliarden, die Agricultural Bank of China mit einem Vermögen von 4,5 Billionen und einer Marktkapitalisierung von 133 Milliarden ist auf dem 8. Platz. Die Zahl der chinesischen Monopole unter den Top 30 beträgt 9.

CHINA: EIN PROBLEM DES VOLKES ODER NICHT?

Es gibt noch eine andere Kategorie von Menschen, die in ihrer Haltung zum chinesischen Imperialismus China und seine Ziele nicht nur als schädlich,

sondern sogar als vorteilhaft für ihr Land ansehen und damit die Tatsachen verschleiern oder verdrehen und sich der Propaganda dieses Landes anpassen, wenn sie sie nicht sogar betreiben. Beispiele dafür gibt es zuhauf, insbesondere unter den Dissidenten in den rückständigen und abhängigen Ländern Lateinamerikas und Afrikas. Vielleicht loben sie China nicht direkt und vermeiden die Diskussion, ob es richtig falsch ist. Ausgehend davon, dass ihre Länder unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus und seiner Verbündeten stehen und von ihnen abhängig sind, behaupten sie, dass diese Imperialisten das eigentliche Problem darstellen, und sagen: „Russland und China sind nicht unser Problem.“ Das Ergebnis davon ist, dass der chinesische (und russische) Imperialismus, dessen Interessen, Ziele und Ausrichtungen sie bevorzugen zu ignorieren, für sie als akzeptabel angesehen wird. Ihr Ansatz und ihre Haltung sind die gleichen wie die derjenigen, die China als „Freund“ betrachten: Auch wenn sie es nicht als „Freund“ bezeichnen und nicht die für eine Freundschaft erforderliche Haltung entwickeln, betrachten sie es nicht als „imperialistischen Feind der Völker“ und verfolgen nicht die Feindseligkeit als die Haltung, die man gegenüber dem Imperialismus einnehmen sollte. Dies ist vor allem eine Haltung, die offen für Kompromisse mit dem Imperialismus ist. Vor allem unter Bedingungen, unter denen sich der Kampf gegen den imperialistischen Feind in den vom amerikanischen oder z.B. französischen Imperialismus abhängigen Ländern verschärft hat und die Notwendigkeit breiter Bündnisse gestiegen ist oder als gestiegen gilt, ist es fast unvermeidlich, dass sich eine wohlwollende Haltung gegenüber dem chinesischen Imperialismus entwickelt, der nicht davor zurückschreckt, die gegen seine Rivalen gerichteten Kämpfe zu unterstützen, und dass diese Haltung allmählich in eine Tendenz umschlägt, sich auf China zu stützen und gegen seine Rivalen zu kämpfen, indem man von ihm Kraft bezieht. Genau das ist im Fall von Venezuela und Maduro geschehen.

Nicht gegen den chinesischen Imperialismus Stellung zu beziehen, bedeutet, sich seiner Ziele, seines Kampfes mit seinen Konkurrenten um die Neuverteilung der Welt, seiner wirtschaftlichen Expansion nicht bewusst zu sein oder sie zu ignorieren, und

¹⁰ Siehe UNCTAD, Weltinvestitionsbericht 2023; https://unctad.org/system/files/official-document/wir2023_en.pdf

bedeutet in Wirklichkeit „halbe Freundschaft“. Die Tendenz zu einem begrenzten und inkonsequenten Antiimperialismus, der den Imperialismus als einfache Neigung zur Annexion begreift und den Kampf gegen den Imperialismus nicht auf seine wirtschaftlichen Grundlagen richtet, sondern sich damit begnügt, zum Beispiel seine militärische Präsenz und seine politischen Abhängigkeitsverhältnisse ins Visier zu nehmen, ist charakteristisch für die bürgerlichen Schichten: Eine antiimperialistische Tendenz, die ignorant gegenüber den Vorteilen ist, die der Imperialismus durch Kredite und Schulden, Direkt- und Gemeinschaftsinvestitionen und Außenhandel als Mittel der Expansion zu verschaffen sucht, kann in eine Richtung führen, in der anstelle einer Warnung der Arbeiterklasse und der Völker vor der chinesischen Expansion ein Klima der Kompromissbereitschaft gefördert wird, Erwartungen geschürt werden und die Tür zu einer neuen Abhängigkeit geöffnet wird. Der nächste Schritt ist die Illusion und Sackgasse, dass man einen Imperialisten unterstützen kann, um gegen einen anderen zu kämpfen!

Was über chinesische Kredite und Schulden, ausländische Kapitalinvestitionen und wirtschaftlichen Expansionismus gesagt wurde, gilt auch für diese Kategorie.

DIE „POLE“ DER WELT UND DER „WOHLWOLLENDE“ IMPERIALISMUS!

Eine andere Kategorie der „realistischen“ Haltung gegenüber dem chinesischen Imperialismus ist die Haltung, die angeblich akzeptiert, dass China imperialistisch ist, und die den Widerspruch zwischen Imperialisten als Ausgangspunkt nimmt. Sie zielt darauf ab, eine Wahrnehmung und Erwartung eines „wohlwollenden Imperialismus“ zu schaffen, indem sie das imperialistische China und seine Kredite und Schulden, Auslandsinvestitionen und Expansionsbasen wie das „Belt and Road Project“ lobt, die sie als „Hilfe für die Völker“ betrachtet. Sie hat den Inhalt, die Theorie des Imperialismus zu verfälschen, und betrachtet die Bildung einer „multipolaren Welt“ mit China und Russland als treibende Kräfte gegen die „unipolare Welt“ unter der Hegemonie der USA und der NATO als „Lösung“

und „Rettung“. Sie begnügt sich damit, die USA und die NATO ins Visier zu nehmen. Sie bekräftigt die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Ländern gegen die USA zu verteidigen, unabhängig davon, ob sie fortschrittlich oder reaktionär sind. Mit ihren Ansichten und Ansätzen, die die letzte und vulgärste Form der berüchtigten alten „Drei-Welten-Theorie“ wiederbeleben, die den sowjetischen Sozialimperialismus als Hauptfeind, die übrigen Imperialisten als Verbündete oder zu neutralisierende Kräfte und die Länder als „Hauptkraft der Weltrevolution“ betrachtet, ist diese Position in ihrer Perversion und Korruption am gefährlichsten.

Da die Grundlagen dieser Haltung, die China trotz seiner Verzerrung der leninistischen Imperialismuskategorie lobt und als imperialistisch bezeichnet, bereits im Zusammenhang mit den Lobhudlern Chinas erörtert wurden, ist dies zumindest vorläufig ausreichend.

In Bezug auf ihre Stellung zu China gibt es eine andere Kategorie von so genannten Kritikern, die China mit dem Imperialismus gleichsetzen, ähnlich den Nachahmern der maoistisch inspirierten „Drei-Welten-Theorie“, die das Lob des chinesischen (wie auch des russischen) Expansionismus und seiner Grundlagen zur Theorie erheben, weil es die USA und die NATO schwächt. Während einige der ehemaligen revisionistischen Parteien und Gruppen China, das sie als „sozialistisch“ bezeichnen, direkt verteidigen, verteidigen andere, wie die KKE und die TKP, die revisionistischen Parteien Griechenlands und der Türkei, die lange Zeit gemeinsam mit ihrer „Schwesterpartei“, der KPCh, auf der Plattform der „kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt“ mitwirkten, China schon seit einiger Zeit nicht mehr und bezeichnen es als imperialistisch; doch ähnlich wie diejenigen, die sagen „es ist nicht unser Problem“, bleiben sie in der Praxis China gegenüber gleichgültig und begnügen sich damit, die Aggression der USA und der NATO ins Visier zu nehmen.

Der chinesische Kapitalismus stimmt völlig mit der Definition von Lenin überein:

- Es handelt sich um einen Kapitalismus, der sich in einem Entwicklungsstadium befindet, das vom Finanzkapital mit seinen Monopolen, die zu den größten der Welt gehören, und seiner ungehemmten Wandelbarkeit beherrscht wird, in dem „die ‚Personalunion‘ von Banken und Industrie“ bereits durch eine „Personalunion“ zwischen ihnen und der Regierung, insbesondere Xi und seinem inneren Kreis, ergänzt wurde.
- Mit Hunderten von Milliarden Dollar an Darlehen, Krediten und mehr an Direkt-, Portfolio- und gemeinsamen Investitionen hat der Kapitalexpert erstrangige Bedeutung gewonnen.
- Er hat sich über die ganze Welt ausgebreitet, die er mit seinen internationalen Industrie- und Finanzmonopolen aufzuteilen versucht, und er erhebt Anspruch auf eine Neuaufteilung der Welt, deren territoriale Aufteilung unter den größten kapitalistischen Ländern bereits abgeschlossen ist.

Es ist unvorstellbar, dass China mit seinem Kapitalismus, der diese Eigenschaften aufweist, nicht imperialistisch sein soll und den Völkern der Welt auch nur den geringsten Nutzen bringen kann.

PARTEI DER ARBEIT (EMEP), TÜRKEI



Unity & Struggle
Unité et Lutte
Birlik ve Mücadele
Unidad y Lucha



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!